

KMU im Fokus 2025

Bericht über die Situation und Entwicklung
kleiner und mittlerer Unternehmen der
österreichischen Wirtschaft



KMU im Fokus 2025

Bericht über die Situation und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen der österreichischen Wirtschaft

Wien, 2026



Sehen Sie auch
www.kmuimfokus.at

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET)
Abteilung I/4 – KMU
Stubenring 1
1010 Wien
KMU@bmwet.gv.at

Wissenschaftliche Durchführung:

KMU Forschung Austria
Autor/innen: Karin Bachinger, Karin Gavac, Laurenz Heigl, Patrick Landendinger,
Thomas Oberholzner, Svetlana Pischikova
Gußhausstraße 8
1040 Wien

Fotonachweis: Glaser (S. 6), Freepik

Druck: BMWET

Gestaltung: Drahtzieher – Design & Kommunikation, Barbara Wais

Alle Rechte vorbehalten

Wien, 2026. Stand: Jänner 2026

Copyright und Haftung:

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig. Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des BMWET und der Autor/innen ausgeschlossen ist. Rechtsausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autor/innen dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgreifen.

Rückmeldungen zu vorliegender Publikation übermitteln Sie bitte an KMU@bmwet.gv.at.

Inhalt

Vorwort	6
Executive Summary	8
1 KMU im Fokus – Zahlen, Daten, Fakten	16
1.1 Unternehmen, Beschäftigung und Wertschöpfung	19
1.2 Betriebswirtschaftliche Situation und Entwicklung der KMU	24
1.3 Stärkefelder, Resilienz und zentrale Herausforderungen	28
1.3.1 Stärkefelder und Resilienzfaktoren österreichischer KMU	28
1.3.2 Zentrale Herausforderungen österreichischer KMU	30
1.3.3 Zusammenfassender Überblick	34
2 Anforderungen und Potenziale von KMU: Unternehmensphasen und Branchen im Fokus	36
2.1 Zentrale Unternehmensphasen im Fokus	40
2.1.1 Gründungsphase	41
2.1.2 Wachstumsphase	50
2.1.3 Reifephase	52
2.1.4 Nachfolge/Übergabe	54
2.1.5 Schließungsphase	58
2.2 Ausgewählte Branchen im Fokus	61
2.2.1 Branchenüberblick	61
2.2.2 Herstellung von Waren	66
2.2.3 Handel	70
2.2.4 Bau	72
2.2.5 Wirtschaftsnahe Dienstleistungen	74
2.2.6 Verkehr	76
2.2.7 Beherbergung und Gastronomie	79
2.3 Die Bedeutung der Industriestrategie Österreich 2035 für KMU	82

3	KMU unterstützen	86
3.1	Zentrale Förderorganisationen	91
3.1.1	Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG)	91
3.1.2	Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH (AWS)	91
3.1.3	Österreichische Hotel- und Tourismusbank (OeHT)	92
3.1.4	Klima- und Energiefonds (KLIEN)	92
3.1.5	Kommunalkredit Public Consulting (KPC)	93
3.2.	Säule 1: Kapazitätsaufbau und Unterstützung des Übergangs zu Nachhaltigkeit und Digitalisierung	94
3.2.1	Förderung von Innovation und Digitalisierung	94
3.2.2	Förderung des Übergangs zur Nachhaltigkeit	97
3.2.3	Förderung von Kapazitätsaufbau und Weiterqualifizierung von KMU und Arbeitnehmer/innen	99
3.3	Säule 2: Abbau regulatorischer Hürden und Verbesserung des Marktzugangs	102
3.3.1	Verbesserung des Marktzugangs	103
3.3.2	Abbau regulatorischer Hürden	105
3.4.	Säule 3: Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten	108
4	Anhang	110
4.1.	Methodische Erläuterungen	112
4.2.	Datenanhang	114
4.3	Glossar	122
	Tabellenverzeichnis	126
	Grafikverzeichnis	127
	Literaturverzeichnis	128
	Abkürzungen	133

Vorwort



Dr. Wolfgang
Hattmannsdorfer
Bundesminister für
Wirtschaft, Energie
und Tourismus

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind für den Wirtschaftsstandort Österreich von zentraler Bedeutung. Mit rund 604.100 Betrieben stellen sie 99,7 Prozent aller Unternehmen, beschäftigen etwa 2,46 Millionen Menschen – darunter mehr als 52.000 Lehrlinge – und erwirtschaften damit über die Hälfte der Bruttowertschöpfung der heimischen Wirtschaft. KMU sind das Rückgrat unseres Landes: Sie schaffen Arbeitsplätze, bilden Fachkräfte aus, treiben Innovationen voran und sichern Wertschöpfung in allen Regionen.

Gleichzeitig stehen viele Betriebe vor herausfordernden Rahmenbedingungen. Hohe Kostenbelastungen, Fachkräftemangel, geopolitische Spannungen und Veränderungen im internationalen Wettbewerb erhöhen den Anpassungsdruck. Für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie Österreich – sechs von zehn Euro werden im Ausland erwirtschaftet – ist es daher entscheidend, mit anderen Regionen auf der Welt im Standortwettbewerb mithalten zu können.

Die Industriestrategie Österreich 2035 setzt dafür den klaren Rahmen. Davon profitieren nicht zuletzt die vielen KMU unter den heimischen Industriebetrieben, ebenso wie die zahlreichen Zulieferbetriebe, denen unsere Maßnahmen direkt und indirekt zu Gute kommen. Sie stärkt Innovation und setzt einen klaren Fokus auf Schlüsseltechnologien. Bis 2029 stellen wir hierfür im FTI-Pakt ein Förderbudget von 2,6 Milliarden Euro bereit. Wir richten die Förderinstitute FFG, AWS und CDG neu aus und vereinfachen damit auch für viele KMU den Weg zu Fördermitteln. Garantien im Rahmen eines Standort- und Transformationsfonds bieten zusätzliche Anreize für Investitionen. Die Hebung von heimischen Fachkräftepotenzialen durch Aus- und Weiterbildung und die Entwicklung von Lehrberufen entlang von Schlüsseltechnologien sorgen für die Fachkräfte von morgen. Ein erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt für ausländische Hochschulabsolventinnen und -absolventen ermöglicht es Unternehmen, die Arbeitskräfte zu finden, die sie brauchen.

Der ab 2027 geltende Industriestrompreis entlastet energieintensive KMU und ermöglicht die Verwendung freier Mittel für die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Investition in Standortausbau und Innovationsprojekte. Der beschleunigte Ausbau von erneuerbaren Energieträgern und die aktive Mitgestaltung der Transformation hin zu Zukunftstechnologien attraktiviert den österreichischen Standort ebenso wie Entbürokratisierungsmaßnahmen und Finanzierungshilfen (etwa durch die Nutzung der Digitalisierung als Chance für Verfahrensbeschleunigung oder die Vereinfachung von Förderverfahren). Das alles mit dem Ziel, Wertschöpfung in Österreich zu halten und auszubauen, strategische Abhängigkeiten zu reduzieren und unsere Unternehmen international noch stärker zu positionieren.

Ein zentraler Punkt ist dabei „Made in Europe“. Wir stellen das nationale Förder- und Beschaffungswesen unter dieses neue Leitprinzip, erarbeiten einen Aktionsplan zur strategischen und innovationsfördernden öffentlichen Beschaffung und etablieren „Made in Europe & Partner Countries“ als strategische Grundmaxime. Österreichs KMU stehen für hochwertige, innovative Erzeugnisse. Der Fokus auf „Made in Europe“ sorgt dafür, dass diese qualitativen Produkte in der öffentlichen Beschaffung und Förderung Vorrang genießen. Öffentliche Investitionen und Fördermittel tragen damit maßgeblich dazu bei, europäische Wertschöpfung zu stärken, industrielle Kompetenz zu sichern und wirtschaftliche Souveränität auszubauen. In einem Umfeld, in dem andere Wirtschaftsräume ihre Schlüsselindustrien gezielt schützen, gilt es Europas Stärken konsequent zu nützen und faire Wettbewerbsbedingungen auch und gerade für heimische Unternehmen zu schaffen.

Darüber hinaus setzt die Bundesregierung gezielte Maßnahmen zur Entlastung und Unterstützung von KMU – etwa mit der kürzlich eingebrachten Reform der Gewerbeordnung. Diese soll eine Reduktion von Genehmigungspflichten (etwa durch die Konzentration von Genehmigungen und Bewilligungen im Betriebsanlagegenehmigungsverfahren), eine Erweiterung der Grace Period (dank Fristerstreckungen bei der Aussetzung von Auflagen oder vor Erlöschung von Genehmigungsbescheiden), Erleichterungen von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Energie- und Mobilitätswende (etwa durch Genehmigungsfreistellungen gewerblich betriebener Photovoltaikanlagen und E-Ladestationen), aber auch eine Internationalisierung der Gewerbeverfahren bringen. Ziel ist es, Rahmenbedingungen für KMU zu schaffen, die weniger Zeit für Bürokratie und mehr Zeit für Innovation, Leistung und unternehmerisches Wirken ermöglichen. Zusätzlich setzt die Bundesregierung konsequent Schritte, um die Rahmenbedingungen für heimische Betriebe zu verbessern. Zentraler Faktor sind hierbei die Kosten für Energie, insbesondere für Strom. Maßnahmen wie die Senkung der Elektrizitätsabgabe, die Senkung der Ökostrom-Abgabe oder die Reform des Strommarktes tragen dazu bei, dass Strom nicht nur sicher und sauber, sondern vor allem auch leistbarer wird und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit stärkt.

Österreich lebt von der Innovationskraft, dem Fleiß und dem Engagement seiner Unternehmerinnen und Unternehmer. Gerade in wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten zeigt sich ihre Stärke: mit Mut, Investitionsbereitschaft und internationaler Orientierung. Ihnen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt unser besonderer Dank. Sie sichern die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und gestalten die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Österreich aktiv mit.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus

Executive Summary



KMU im Zentrum der österreichischen Wirtschaft

Hohe Bedeutung der KMU für Beschäftigung und Wertschöpfung: Kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Im Jahr 2024 zählten insgesamt rund 604.100 Unternehmen (2023: rund 601.200) zu den KMU und machten damit 99,7 % aller Unternehmen in Österreich aus. Diese Betriebe beschäftigten rund 2,46 Mio. Personen (2023: 2,48 Mio.), darunter etwa 52.200 Lehrlinge. Damit entfallen 65 % aller Erwerbstätigen sowie 57 % der Lehrlinge in der marktorientierten Wirtschaft auf KMU – sie prägen Beschäftigung und Ausbildung in Österreich in besonderem Ausmaß. KMU tragen rund 169 Mrd. € (2023: 165 Mrd. €) zur Bruttowertschöpfung bei und erreichen einen Anteil von 56 % an der Bruttowertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft.

Verhaltene Entwicklung: Im Vergleich zu 2023 ist die Anzahl der KMU 2024 leicht gestiegen (+0,5 %), während die Beschäftigtenzahl um 0,8 % zurückgegangen ist. Das nominelle Plus der Bruttowertschöpfung (+2,5 %) ist vor allem auf Preissteigerungen zurückzuführen; real kam es zu einem Rückgang um 1,5 %. Im Zeitvergleich 2023/2024 haben sich die österreichischen KMU im Hinblick auf Beschäftigung und Wertschöpfung schlechter als die KMU im EU-Durchschnitt entwickelt. Im Jahr 2025 ist zwar der Konjunkturtiefpunkt durchschritten, die Entwicklung bleibt jedoch moderat: Die Anzahl der KMU wächst um 0,5 %, während die Beschäftigungszahlen und die reale Bruttowertschöpfung stagnieren.

Rückläufige Ertragslage, stabile Eigenkapitalbasis: Die Unternehmen verbuchten im Bilanzjahr 2023/24 einen Rückgang der Rentabilität, während die Eigenkapitalsituation stabil blieb. Die KMU erzielten im Durchschnitt eine Umsatzrentabilität von 5,5 % (indikativer Wert 2024/25: 5,2 %) und verfügten über eine Eigenkapitalquote von 37 % (indikativer Wert 2024/25: 38 %).

Stärkefelder der KMU

Hohe Spezialisierung und Nischenstärke: Österreich weist eine hohe Dichte hochspezialisierter Nischenmarktführer – sogenannter Hidden Champions – auf. Insgesamt werden 171 Unternehmen ausgewiesen, was rund 19 pro einer Million Einwohner/innen entspricht. Damit zählt Österreich gemeinsam mit Deutschland und der Schweiz zu den Ländern mit der höchsten Dichte an Hidden Champions.

Ausgeprägter Internationalisierungsgrad: 44 % der österreichischen KMU exportieren Waren oder Dienstleistungen und liegen damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 28 %. Auch die Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten ist ausgeprägt: 42 % der österreichischen Warenexporte und 32 % der Exporte in Drittländer entfallen auf KMU; bei den Importen liegt ihr Anteil bei 52 % (EU: 43 %).

Guter Zugang zu Finanzierung: 73 % der KMU bewerten ihren Zugang zu privater und öffentlicher Finanzierung als gut (EU: 52 %). 82 % gehen davon aus, im Bedarfsfall externe Finanzierung zu erhalten (EU: 68 %).

Ökologische Innovationsaktivitäten: 31 % der KMU führten in den zwölf Monaten vor Frühjahr 2025 eine Innovation mit positiven Umweltauswirkungen ein (EU: 21 %). Zudem bewerten 61 % die Unterstützungsangebote zur nachhaltigen Transformation als gut (EU: 44 %).

Hohe Kooperationsbereitschaft: 71 % der KMU bewerten die Zusammenarbeit mit Geschäftspartnern, Verwaltung und Forschungseinrichtungen positiv (EU: 65 %). Auch Unterstützungsangebote werden etwas besser bewertet als im EU-Durchschnitt (58 % vs. 53 %).

Herausforderungen der KMU

Bürokratische Hürden und hohe Arbeitskosten: 83 % der KMU sehen administrative und regulatorische Anforderungen als Problem im Geschäftsalltag (EU: 64 %). 40 % berichten von Zahlungsverzögerungen (EU: 39 %). Mehr als 70 % der KMU betrachten die Arbeitskosten als Hemmnis für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Zudem werden Bürokratie und regulatorische Anforderungen (63 %), Steuern und Abgaben (53 %) sowie Energiekosten (48 %) als weitere zentrale Wettbewerbshürden eingestuft.

Unterentwickelte Eigen- und Risikokapitalmärkte: Venture-Capital-Ausgaben entsprechen in Österreich nur 38,6 % des EU-Niveaus bzw. 0,04 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Dreijahresmittel 2022–2024 (EU: 0,10 %). 18 % der österreichischen KMU zeigen sich in Gesprächen mit Risikokapitalgebern zuversichtlich, die gewünschten Ergebnisse zu erzielen (EU: 19 %).

Digitalisierung im EU-Mittelfeld: 73 % der KMU verfügen über eine grundlegende digitale Intensität (EU: 71 %). 23 % verkaufen online (EU: 20 %); der Umsatzanteil liegt mit 13 % im EU-Schnitt. Der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) stieg 2025 auf 29 % (2024: 19 %) und liegt über dem EU-Wert von 19 %. Aufholpotenziale bestehen bei Data Analytics (25 % der österreichischen KMU vs. 39 % der KMU EU-weit setzen diese ein) und Cloud-Technologien (40 % vs. 46 % EU-weit).

Rückläufige Innovationsleistung: Der Anteil innovationsaktiver KMU ist rückläufig und lag zuletzt bei 55 % (2020–2022). Trotz des Rückgangs befindet sich Österreich damit weiterhin über dem EU-Durchschnitt von 50 %. 8 % der KMU verfügen über patentierte Innovationen (EU: 6 %). Zu den größten Innovationshürden zählen Unsicherheiten über Marktreaktionen (35 %), regulatorische Anforderungen (27 %) und fehlende Fach- und Führungskompetenzen (17 %).

Fachkräftemangel: Nur 43 % der KMU bewerten das Angebot an qualifiziertem Personal positiv (EU: 55 %). 49 % berichten von Schwierigkeiten bei der Rekrutierung oder der Mitarbeiterbindung (EU: 43 %).

Anforderungen und Potenziale von KMU: Unternehmensphasen und Branchen im Fokus

Für einen dynamischen KMU-Sektor ist es entscheidend, die Rahmenbedingungen auf die sehr vielfältigen Unternehmensgruppen abzustimmen. Vor diesem Hintergrund analysiert ein Schwerpunktkapitel des Berichts zunächst die Situation der KMU entlang ihrer zentralen Entwicklungsphasen – von der Gründung bis zur Schließung – und anschließend mit Blick auf wichtige Wirtschaftsbereiche und Branchen.



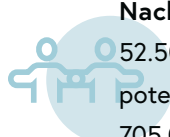
Unternehmensphasen im Fokus



Gründungsphase: Im Jahr 2024 wurden in der marktorientierten Wirtschaft rund 37.800 Unternehmen neu gegründet (+0,5% im Vergleich zu 2023); die Neugründungsquote lag 2024 bei 6,2% und damit deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 10,5%. 80% der Gründungen erfolgen als Ein-Personen-Unternehmen (EPU), die durchschnittliche Beschäftigtenzahl bei Gründung liegt bei 1,3 Personen. EU-weit werden 83% der Unternehmen als EPU gegründet, die durchschnittliche Beschäftigtenzahl bei Gründung ist mit 1,06 Personen dementsprechend niedriger als in Österreich. Besonders hohe Gründungsquoten verzeichnen hierzulande der Dienstleistungsbereich, Information und Kommunikation sowie der Verkehr.



Wachstumsphase: 46% der österreichischen KMU gaben 2025 an, in den kommenden Jahren wachsen zu wollen, wobei 18% ein Wachstum von 10% oder mehr anstreben. 28% planen eine Expansion in andere EU-Länder. 2024 gab es 4.070 Wachstumsunternehmen mit rund 228.000 Beschäftigten. Sie machten knapp 10% aller Arbeitgeberunternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten aus. 215 Gazellen (junge schnellwachsende Unternehmen) beschäftigten rund 8.800 Personen.



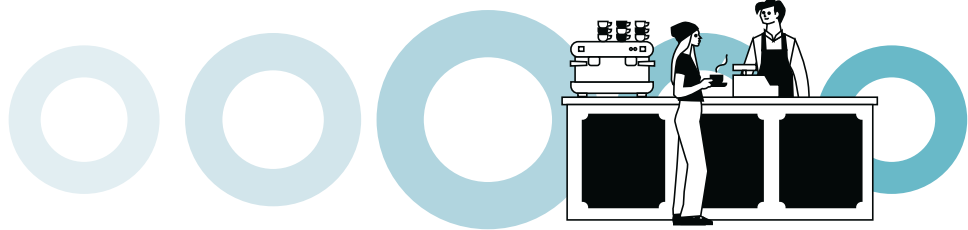
Nachfolge und Familienunternehmen: Zwischen 2025 und 2034 stehen rund 52.500 Unternehmen mit mindestens einem unselbstständig Beschäftigten vor einer potenziellen Übergabe – das entspricht 22% aller Arbeitgeberunternehmen mit etwa 705.000 Arbeitsplätzen. Im Jahr 2024 fanden fast 7.800 Unternehmensübernahmen statt (2023: rund 7.400). Die Übernahmeintensität, also der Anteil der Unternehmensübernahmen an den aktiven Kammermitgliedern, stieg auf 1,33% (2023: 1,29%).



Familienunternehmen im engeren Sinne (ohne EPU) umfassen rund 194.800 Betriebe (32% der Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft) mit rund 2,2 Mio. Beschäftigten (58%) und einem Umsatz von etwa 580 Mrd. € (56%).



Schließungsphase: Im Jahr 2024 wurden knapp 32.000 Unternehmen geschlossen; die Schließungsquote von 5,3% liegt unter der Neugründungsquote von 6,2%. Im europäischen Vergleich weist Österreich eine niedrige Schließungsrate auf (Durchschnitt 2021–2023: 5,5% vs. 8,2% in den EU-27) sowie eine höhere Bestandsdauer: die fünfjährige Überlebensquote beträgt 54% (EU-27: 46%).



Branchen im Fokus



Branchenstruktur: Die drei größten Wirtschaftsbereiche, gemessen an der Wertschöpfung, sind die Herstellung von Waren (2023: rund 72 Mrd. € bzw. 24% der Wertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft), der Handel (47 Mrd. € bzw. 16%) und der Bau (26 Mrd. € bzw. 9%).



Entwicklung: Zwischen 2024 und 2025 ist die reale Wertschöpfung in vielen Branchen zurückgegangen. Zuwächse erzielten der Handel, der Bereich Information und Kommunikation sowie die Herstellung von Waren. Der Bau sowie die Beherbergung und Gastronomie konnten bislang das reale Vor-Corona-Niveau noch nicht wieder erreichen. Der Handel lag 2025 ebenfalls unter diesem Niveau.



Innovation und Digitalisierung: Besonders hohe Innovationsraten (80%–90% innovationsaktive Unternehmen) verzeichnen Teile der Sachgütererzeugung (z. B. Elektro/Elektronik, Chemie, Maschinenbau) sowie der Bereich Information und Kommunikation. Hohe Digitalisierungsintensität findet sich ebenfalls im Bereich Information und Kommunikation und wissensintensiven Dienstleistungen, während Bau und Verkehr zu den am wenigsten digitalisierten Branchen zählen.



KMU unterstützen und entlasten

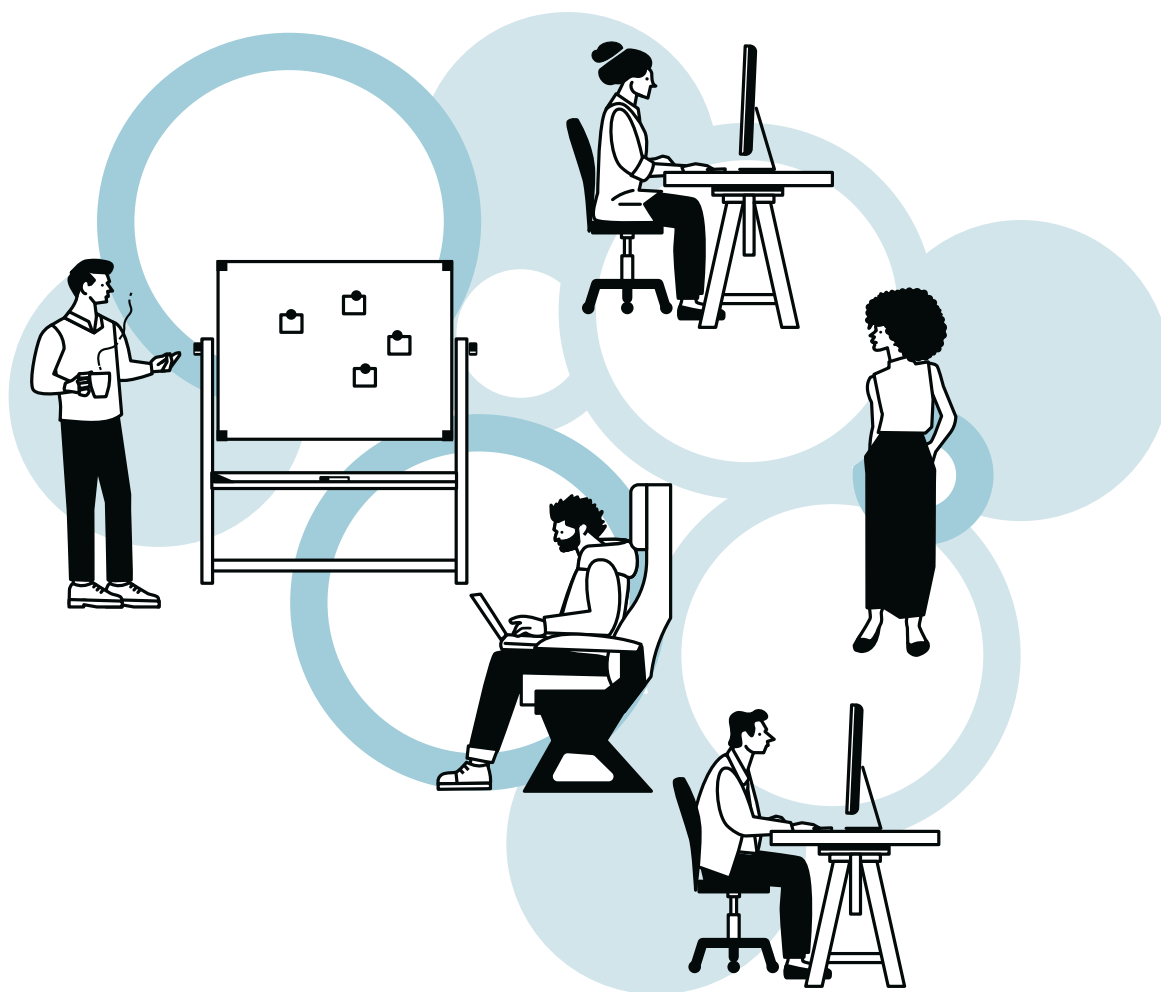
Vor dem Hintergrund zunehmender Transformationsanforderungen durch Digitalisierung, Klimaneutralität, volatile Energie- und Rohstoffmärkte sowie geopolitische Unsicherheiten setzt die im Jänner 2025 präsentierte **Industriestrategie Österreich 2035** einen industrie- und standortpolitischen Orientierungsrahmen. Vision der Strategie ist, Österreich bis 2035 unter die Top-10 der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften zu bringen. Sie bündelt 117 Maßnahmen in sieben Handlungsfeldern, die zentrale KMU-relevante Themen wie Forschung, Technologie und Innovation; Energie; Bildung, Fachkräfte & Arbeitsmarkt; Kreislaufwirtschaft, Bioökonomie & Transformation; Infrastruktur, Mobilität und wirtschaftliche Resilienz; Europa & geopolitische Herausforderungen sowie Entbürokratisierung & Finanzierung adressieren. Ein Schwerpunkt ist die Schlüsseltechnologie-Offensive mit neun Schlüsseltechnologien und Stärkefeldern, die Investitionen, Kooperationen und den Transfer in marktfähige Anwendungen stärkt.

In diesem Kontext steht kleinen und mittleren Unternehmen in Österreich ein breites Spektrum an Unterstützungsangeboten zur Verfügung – von Förderungen in den Bereichen Innovation, Digitalisierung und Nachhaltigkeit bis hin zu staatlichen Maßnahmen zum Abbau regulatorischer Hürden, zur Erleichterung des Marktzugangs und zur Verbesserung des Finanzierungszugangs. Eine Auswahl aktueller Maßnahmen, gegliedert nach den strategischen Säulen der „KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa“, wird in Kapitel 3 des Berichts vorgestellt.

1

KMU im Fokus – Zahlen, Daten, Fakten





Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) spielen eine zentrale Rolle für die österreichische Wirtschaft. In diesem Abschnitt wird ihre Bedeutung auf Basis gesamtwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Kennzahlen dargestellt, ihre Stärkefelder und Resilienzfaktoren werden analysiert sowie die wesentlichen Herausforderungen aufgezeigt, mit denen die Unternehmen konfrontiert sind. Ergänzende Daten und methodische Erläuterungen sind im Anhang zusammengefasst.

1.1 Unternehmen, Beschäftigung und Wertschöpfung

Im Jahr 2024 gab es in der marktorientierten Wirtschaft rund 604.100 KMU. Im Vergleich zum Vorjahr (2023: rund 601.200 KMU) bedeutet dies einen Anstieg um 0,5%. Bei rd. 58% aller Unternehmen handelte es sich um Ein-Personen-Unternehmen (EPU), also Selbstständige ohne dauerhaft beschäftigte Mitarbeiter/innen. In weiteren 34% der Unternehmen waren zwischen zwei und neun Personen tätig. Somit zählten 92% zu den Kleinstbetrieben mit weniger als zehn Mitarbeiter/innen. Insgesamt 7% entfielen auf Kleinunternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten, 1% waren Mittelbetriebe mit 50 bis 249 Mitarbeiter/innen. In Summe können im Jahr 2024 insgesamt 99,7% aller Unternehmen in Österreich den KMU zugerechnet werden.

Rund 65% aller Erwerbstätigen der marktorientierten Wirtschaft und 57% aller Lehrlinge arbeiteten 2024 in einem heimischen KMU. Dies sind 2,46 Mio. Beschäftigte (inkl. rund 52.200 Lehrlingen). Gegenüber 2023 (2,48 Mio. Beschäftigte) war die Zahl der gesamten Arbeitskräfte in KMU leicht rückläufig (-0,8%), jene der Lehrlinge ist um 2% gesunken. Die meisten Lehrlinge innerhalb der KMU wurden in Kleinunternehmen mit 10 bis 49 Mitarbeiter/innen (28% aller Lehrlinge) ausgebildet. Die Lehrausbildung ist eine gute Ausgangsbasis bzw. ein „Sprungbrett“ zur Gründung oder Übernahme eines Unternehmens (vgl. Dornmayr, 2025). Aus der Arbeitskräfteerhebung 2024 ist ersichtlich, dass der Lehrabschluss die zweithäufigste Form der Ausbildung von Selbstständigen darstellt: Rund 32% der selbstständig tätigen Personen in Österreich haben eine Hochschulausbildung abgeschlossen, rund 30%¹ eine Lehrausbildung.

Im Jahr 2024 erwirtschafteten die KMU eine Wertschöpfung von rund 169 Mrd.€. Gegenüber dem Vorjahr (rund 165 Mrd.€) bedeutet dies ein nominelles Plus von 2,5% (real -1,5%). Die Wertschöpfung verteilte sich relativ gleichmäßig über die verschiedenen KMU-Größenklassen. Insgesamt entfielen 56% der Wertschöpfung der gesamten marktorientierten Wirtschaft auf KMU. 2024 lag die Produktivität von KMU, gemessen als Wertschöpfung je Beschäftigten, im Durchschnitt bei knapp 69.000€ (nominell) und damit unter jener der Großunternehmen mit 100.000€ (nominell).

1 Es kann davon ausgegangen werden, dass der Anteil der Lehrabsolvent/innen unter den Selbstständigen insgesamt sogar etwas über den genannten 30% liegt, da auch manche Absolvent/innen höherer Schulen und Hochschulen zuvor bzw. zusätzlich eine Lehre abgeschlossen haben.

Tabelle 1
Unternehmen, Beschäftigte und Wertschöpfung nach Unternehmensgrößenklassen, 2024

	Unter- nehmen	Beschäftigte	Lehrlinge	Bruttowert- schöpfung
Absolutdaten KMU	604.100	2.457.500	52.200	169 Mrd. €
Verteilung nach Beschäftigten-Größenklassen				
KMU insgesamt	99,7 %	65 %	57 %	56 %
Kleinstunternehmen bis 9 Beschäftigte	92 %	28 %	10 %	18 %
davon EPU (1 Beschäftigter)	58 %	9 %	0 %	4 %
davon 2 bis 9 Beschäftigte	34 %	19 %	10 %	14 %
davon Kleine Unternehmen 10–49 Beschäftigte	7 %	20 %	28 %	18 %
Mittlere Unternehmen 50–249 Beschäftigte	1 %	17 %	19 %	20 %
Großunternehmen 250 und mehr Beschäftigte	0,3 %	35 %	43 %	44 %
Gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %

Quellen: Statistik Austria (vorläufige Werte), Abschätzung der KMU Forschung Austria (für Details siehe methodische Erläuterungen im Anhang in Kapitel 4.1); gerundete Werte; etwaige Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen (Stand: Oktober/November 2025)



Ein-Personen-Unternehmen (EPU) in Österreich

Ein-Personen-Unternehmen (EPU) stellen einen großen Teil der Unternehmenslandschaft in Österreich dar: 2024 waren 58 % der Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft EPU, also Selbstständige ohne dauerhaft beschäftigte Mitarbeiter/innen. In absoluten Zahlen waren im Jahr 2024 laut vorläufiger Daten der Statistik Austria insgesamt 351.100 EPU tätig. Die österreichischen EPU erzielten 2024 eine Bruttowertschöpfung von 11,2 Mrd. €, womit 4 % der Bruttowertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft auf EPU entfielen. Mehr als ein Drittel der EPU weist einen Jahresumsatz von weniger als 10.000 € auf, was darauf zurückzuführen ist, dass viele EPU nebenberuflich geführt werden.

Betrachtet nach absoluten Zahlen sind die meisten EPU der Branche den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (2024: 63.600 EPU) zuzurechnen, gefolgt vom Gesundheits- und Sozialwesen (rund 59.100 EPU) sowie vom Handel (rund 44.300).

In den Bereichen Erziehung und Unterricht (84 % der Unternehmen sind EPU) sowie Kunst, Unterhaltung und Erholung (83 %) ist der EPU-Anteil am höchsten. Die Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen (78 %) sowie das Gesundheits- und Sozialwesen (76 %) weisen ebenfalls einen sehr hohen Anteil an EPU auf. In den Branchen Information und Kommunikation sowie Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen liegt der EPU-Anteil bei jeweils 67 %.

Frauen sind bei den Ein-Personen-Unternehmen (EPU) stärker repräsentiert als in der Gesamtgruppe der Selbstständigen. Im Jahr 2023 wurden 47 % der EPU von einer Frau geführt, während der Frauenanteil innerhalb der Gesamtheit der Selbstständigen bei 38 % lag.²

2 Quelle: Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik, 2023



Österreichische KMU im EU-Vergleich

Im Jahr 2023 lag der Anteil der KMU in Österreich mit 99,7% geringfügig unter dem EU-27-Durchschnitt von 99,8%. Demgegenüber war der Beschäftigtenanteil in KMU in Österreich mit 65% etwas höher als im EU-Durchschnitt von 64%. Österreichische KMU sind, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, im Schnitt etwas größer als jene in den EU-27. Die durchschnittliche Unternehmensgröße der KMU betrug 2023 in Österreich rund 4,1 Beschäftigte je Unternehmen, gegenüber 3,1 Beschäftigten je KMU im EU-27-Durchschnitt. Der Anteil der Wertschöpfung der österreichischen KMU lag 2023 mit 56% ebenfalls über dem entsprechenden Durchschnittswert der EU-27 von 51%. Auch die Produktivität (Wertschöpfung je Beschäftigten) der österreichischen KMU ist höher ausgefallen als im EU-Durchschnitt. Da die Produktivität tendenziell mit der Unternehmensgröße steigt, ist dies insbesondere auf die etwas höhere durchschnittliche Größe der österreichischen KMU zurückzuführen.

Im Zeitvergleich 2023/2024 haben sich die österreichischen KMU im Hinblick auf Beschäftigung und Wertschöpfung schlechter als die KMU im EU-Durchschnitt entwickelt. Während die Beschäftigung in österreichischen KMU leicht zurückgegangen ist (-0,8%), hat sich diese EU-weit erhöht (+1,1%). Der Rückgang der realen Wertschöpfung ist in KMU in Österreich (-1,5%) etwas deutlicher ausgefallen als bei den KMU EU-weit (-0,2%)³.

Die Entwicklung österreichischer KMU zeigt, dass nach dem deutlichen wirtschaftlichen Abschwung aufgrund der COVID-19-Krise 2020 in den darauffolgenden Jahren 2021 und 2022 eine Erholung eingesetzt hat.

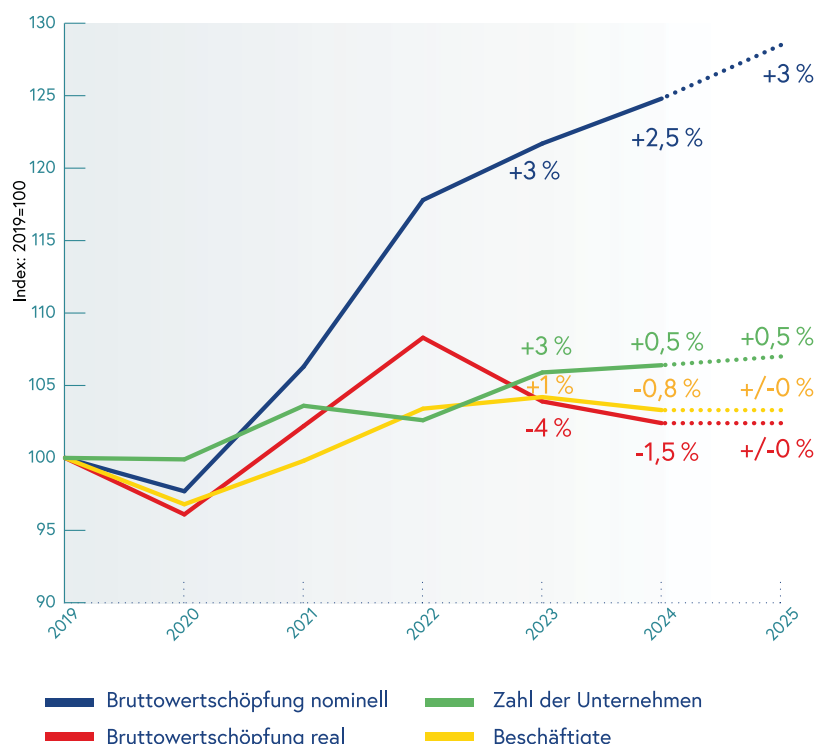
Im Jahr 2023 ist die Anzahl der Unternehmen (+3%) und die Anzahl der Beschäftigten (+1%) gestiegen. Das nominelle Plus der Wertschöpfung (+3%) war allerdings auf die hohen Preissteigerungen zurückzuführen; real ist es zu Rückgängen gekommen (-4%). Im Jahr 2024 hat sich die Anzahl der KMU zwar weiter leicht erhöht (+0,5%), die Anzahl der Beschäftigten ist jedoch um -0,8% gesunken. Der Zuwachs bei der Unternehmenszahl ist ausschließlich auf Ein-Personen-Unternehmen zurückzuführen. Das nominelle Wachstum der Wertschöpfung (+2,5%) ist auch 2024 preisbedingt, real ergibt sich ein Minus von 1,5%.

3 Die Werte für die EU-27 beruhen auf Schätzungen der Europäischen Kommission im Rahmen der SME Performance Review bzw. der Länder-Datenblätter (siehe https://single-market-economy.ec.europa.eu/smes/sme-strategy-and-sme-friendly-business-conditions/sme-performance-review_en). Aufgrund unterschiedlicher Schätzmethoden und -zeitpunkte sind die Daten nicht exakt miteinander vergleichbar.

2025 hat die österreichische Wirtschaft den Konjunkturtiefpunkt durchschritten und im zweiten Halbjahr hat eine Erholung eingesetzt. Laut Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) vom Dezember 2025 stieg das BIP in Österreich nominell um 3,6% und lag auch real knapp über dem Vorjahresniveau (+0,5%). Erste Prognosen der KMU Forschung Austria für das Jahr 2025 gehen davon aus, dass auch die Wertschöpfung der KMU nominell gewachsen ist (rund +3%) und real zumindest stabil blieb (+/-0%). Die Zahl der KMU ist den Schätzungen zufolge um 0,5% gestiegen. Der Arbeitsmarkt hat sich noch nicht erholt, es ist mit einer Stagnation der Beschäftigtenzahlen in KMU zu rechnen.⁴

Grafik 1

Entwicklung der KMU, 2019–2025 (Index: 2019=100)



2024: vorläufige Daten/Abschätzung; 2025: Prognose (für Details siehe methodische Erläuterungen im Anhang in Kapitel 4.1)

Quellen: Statistik Austria, KMU Forschung Austria, Europäische Kommission, Arbeitsmarktdatenbank (AMS, BMASGPK), WIFO (Stand: November 2025)

Für 2026 rechnet das WIFO damit, dass sich die seit der zweiten Jahreshälfte 2025 einsetzende Erholung der Wirtschaft fortsetzt und stabilisiert. Impulse kommen vor allem aus der Industrie, die ihren Tiefpunkt Ende 2025 überwunden hat. Dadurch sollten Exporte und Bruttowertschöpfung wieder steigen und die Anlageinvestitionen stützen. Deutlich verhaltener bleibt der Ausblick für den Bausektor, der nur langsam an Dynamik gewinnen dürfte. Auch der private Konsum wird voraussichtlich nur begrenzt zum Wachstum beitragen. Insgesamt wird für 2026 ein reales BIP-Wachstum von 1,2% erwartet. Gleichzeitig wird die Beschäftigung etwas stärker steigen und die Arbeitslosigkeit – auch demografiebedingt – zurückgehen. (vgl. Schiman-Vukan/Ederer, 2025b)

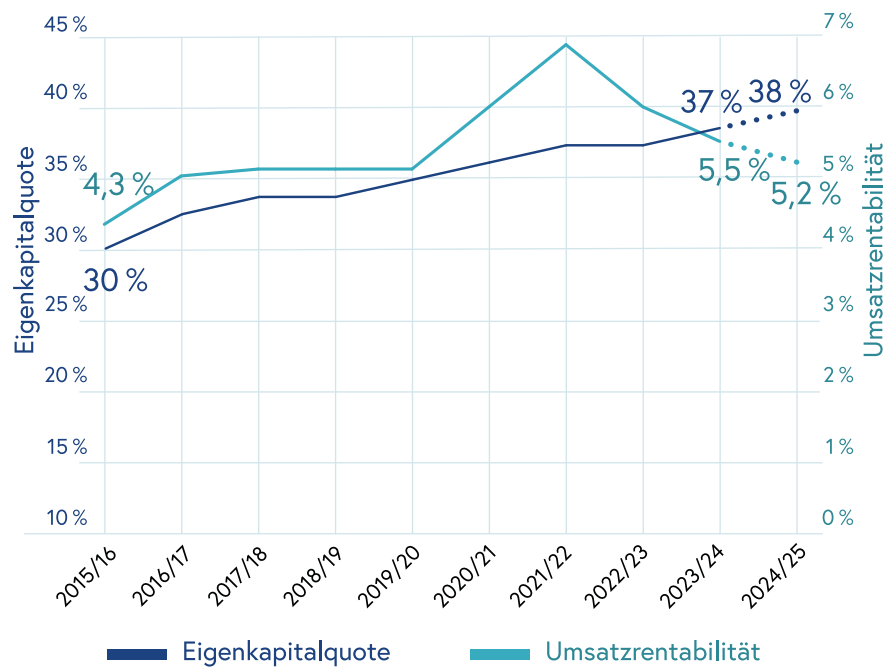
⁴ Abschätzung der KMU Forschung Austria; für Details siehe methodische Erläuterungen im Anhang in Kapitel 4.1

1.2 Betriebswirtschaftliche Situation und Entwicklung der KMU

In diesem Kapitel wird die betriebswirtschaftliche Situation der österreichischen Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen anhand von Kennzahlen zur Rentabilität sowie zur Finanzierung untersucht. Die Analyse bezieht sich auf das Bilanzjahr 2023/24⁵. Die Ergebnisse zeigen einen Rückgang der Rentabilität zum Vorjahr, im Gesamtdurchschnitt aber eine – gemessen an der Eigenkapitalquote – weiterhin stabile finanzielle Situation der KMU. Zum Rückgang der durchschnittlichen Umsatzrentabilität hat primär der Anstieg der betrieblichen Kosten seit 2022 beigetragen.

Grafik 2

Umsatzrentabilität und Eigenkapitalquote der KMU, 2015/16–2024/25



2024/25: indikative Werte

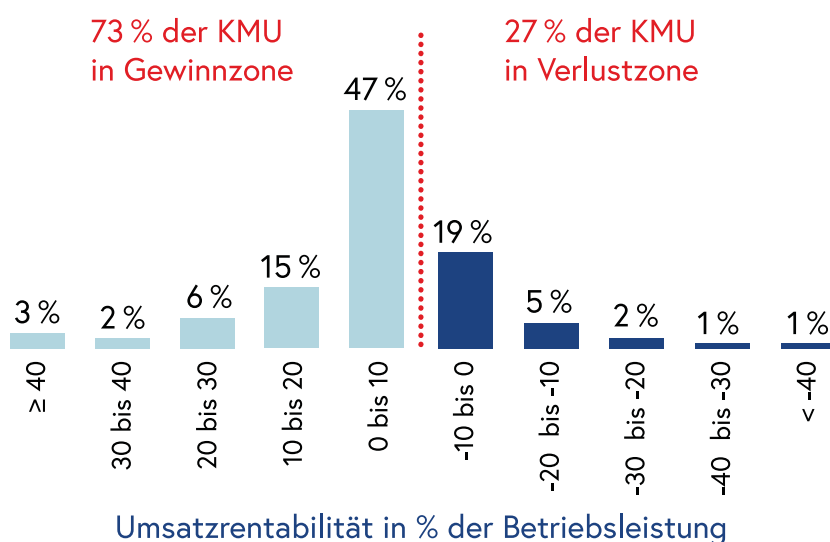
KMU der marktorientierten Wirtschaft; Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank (Erscheinungsdatum: November 2025, indikative Werte November 2025)

5 Als Grundlage wird die Bilanzdatenbank der KMU Forschung Austria herangezogen. Diese umfasst Jahresabschlüsse von 65.498 Unternehmen (darunter 63.259 KMU) der marktorientierten Wirtschaft Österreichs für das Bilanzjahr 2023/24 (Bilanzstichtage zwischen 1.7.2023 und 30.6.2024). Aufgrund von besonderen betriebswirtschaftlichen Strukturen bleiben das Realitätenwesen und Holdings hierbei unberücksichtigt. Die Steuerbilanzen werden zur Erhöhung der Vergleichbarkeit (z. B. von Unternehmen unterschiedlicher Rechtsform) betriebswirtschaftlichen Korrekturen unterzogen (Ansatz eines kalkulatorischen Unternehmerlohns). Im Rahmen der Analysen werden ausschließlich Jahresabschlüsse im Sinne der doppelten Buchhaltung einbezogen.

Im Bilanzjahr 2023/24 erzielten die österreichischen KMU im Durchschnitt ein **Ergebnis vor Steuern (Umsatzrentabilität)** in Höhe von **5,5%** (indikativer Wert 2024/25: 5,2%) der Betriebsleistung. Eine sektorale Analyse (genaue Aufstellung im Datenanhang) zeigt, dass die freiberuflichen/wissenschaftlichen/technischen Dienstleistungen im Jahr 2023/24 mit durchschnittlich 12,8% die höchste Umsatzrentabilität aufwiesen. Die niedrigste durchschnittliche Ertragskraft im Vergleich der Sektoren verzeichnete der Handel mit 3,7% (dieser vergleichsweise geringe Wert ergibt sich auch aus dem hohen Wareneinsatz in dieser Branche).

Die Ertragslage der österreichischen KMU zeigte sich im aktuellen Bilanzjahr gewohnt heterogen: 27% der KMU der marktorientierten Wirtschaft mussten 2023/24 Verluste hinnehmen. 73% der Betriebe waren in der Gewinnzone. Im Jahr davor betrug dieses Verhältnis 26% zu 74%.

Grafik 3 Verteilung der KMU nach Umsatzrentabilität, 2023/24



KMU der marktorientierten Wirtschaft; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank (Erscheinungsdatum: November 2025)

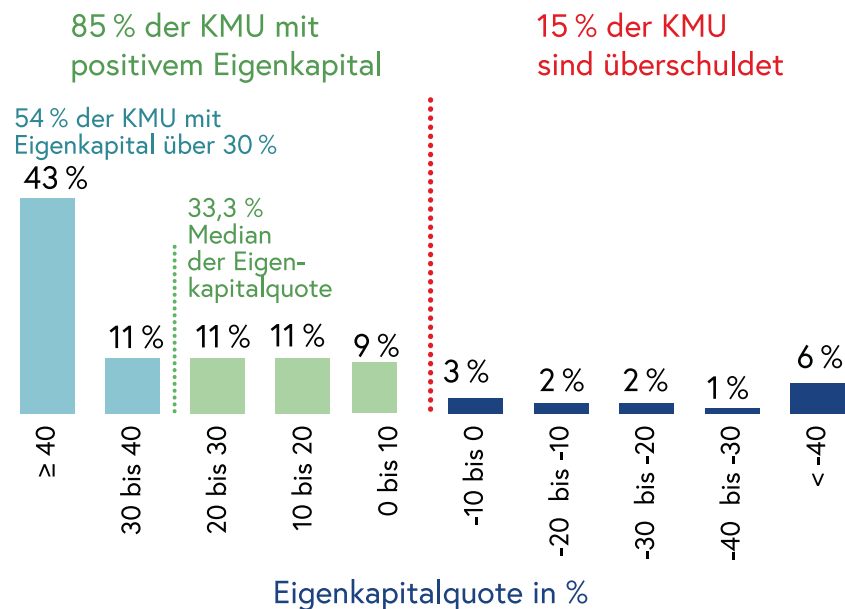
Für Unternehmen ist eine solide Eigenkapitalbasis unverzichtbar, um wirtschaftliche Krisen unbeschadet meistern zu können und potenzielle Verluste abzufedern. Aus betriebswirtschaftlicher Perspektive wird eine Eigenkapitalquote von mindestens 30% empfohlen. Je höher die Eigenkapitalquote ausfällt, desto höher ist auch die finanzielle Stabilität und Resilienz des Unternehmens zu werten. Im Bilanzjahr 2023/24 lag die **Eigenkapitalquote** der KMU im Durchschnitt bei rund **37%** (indikativer Wert 2024/25: 38%), was einen Anstieg um 1,4%-Punkte im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Ein Anstieg der Eigenkapitalquote war dabei in fast allen Sektoren zu beobachten. Bei der

Herstellung von Waren blieb die Eigenkapitalausstattung auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Die trotz sinkender Rentabilität steigende Eigenkapitalquote kann dabei u. a. durch eine strukturelle Änderung des Finanzierungsverhaltens, durch eine konjunkturell bedingt schwächere Darlehensnachfrage und durch eine restriktivere Kreditvergabe bewirkt werden.

Im Jahr 2023/24 verfügten 85% der österreichischen KMU in der marktorientierten Wirtschaft über (positives) Eigenkapital. Davon wiesen rund 54% der Unternehmen eine Eigenkapitalquote von über 30 % auf. Demgegenüber standen 15% der Betriebe mit negativem Eigenkapital (das bedeutet, dass die Verbindlichkeiten des Unternehmens höher sind als das Gesamtvermögen). Der Medianwert⁶ der Eigenkapitalquote liegt für KMU bei rund 33 %.

Grafik 4

Verteilung der KMU nach Eigenkapitalquote, 2023/24



KMU der marktorientierten Wirtschaft; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

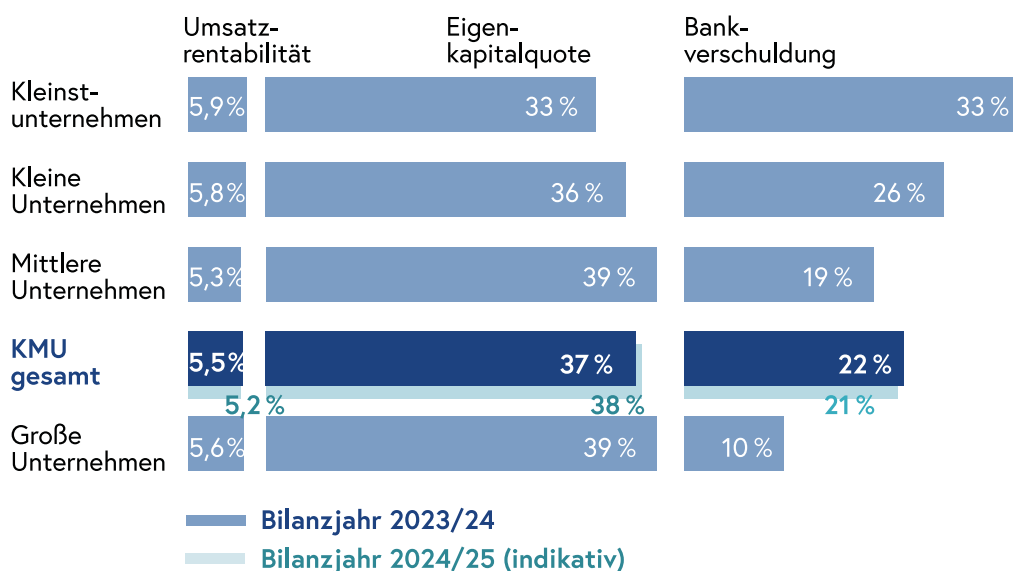
Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank (Erscheinungsdatum: November 2025)

Die Eigenkapitalquote steigt mit zunehmender Unternehmensgröße. Auf der Sektorenebene weisen insbesondere die KMU der Branche Kunst, Unterhaltung und Erholung eine hohe durchschnittliche Eigenkapitalquote von 43% auf. Unter den aus betriebswirtschaftlicher Sicht empfohlenen 30% an Eigenkapital liegen die Unternehmen der Beherbergung und Gastronomie mit durchschnittlich 27%, mit leicht steigender Tendenz in den vergangenen drei Jahren.

⁶ Sortiert man alle Messwerte bzw. Eigenkapitalquoten der Unternehmen der Größe nach, steht der Medianwert genau in der Mitte.

Im Gegenzug zur leicht steigenden Eigenkapitalquote sank die Bankverschuldung (Anteil der Unternehmensaktiva, der durch Banken finanziert ist) der KMU von 23 % in 2022/23 auf 22 % in 2023/24. Der indikative Wert für 2024/25 beträgt 21 %. Mit steigender Größenklasse sinkt die durchschnittliche Bankverschuldung. Während die Kleinstbetriebe im Durchschnitt rund 33 % ihres Vermögens durch Bankkredite finanzieren, liegt die Bankverschuldung der Großunternehmen mit durchschnittlich 10 % deutlich darunter. Gründe für die niedrigere Quote bei größeren Unternehmen sind ihre generell höhere Eigenkapitalfinanzierung bzw. Eigenkapitalquote sowie auch ihr breiterer Mix an Finanzierungsinstrumenten, insbesondere was den Bereich der externen Eigenfinanzierung (Partner, Investoren, Beteiligungsfinanzierung bis hin zu Aktien/Börse) betrifft. Zudem können Großunternehmen Gewinne eher reinvestieren (Innenfinanzierung), während sie in kleineren Unternehmen oft der privaten Lebensführung dienen.

Grafik 5 Rentabilitäts- und Finanzierungskennzahlen, 2023/24



Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft;

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank (Erscheinungsdatum: November 2025, indikative Werte November 2025)

1.3 Stärkefelder, Resilienz und zentrale Herausforderungen

Im internationalen Vergleich weisen österreichische KMU besondere Stärken sowie Resilienzfaktoren auf. Gleichzeitig stehen sie vor spezifischen Herausforderungen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen. Die folgenden Abschnitte beschreiben diese Merkmale im Detail und stützen sich dabei auf Indikatoren, die im europäischen Vergleich betrachtet werden.

1.3.1 Stärkefelder und Resilienzfaktoren österreichischer KMU



Hohe Spezialisierung und Nischenstärke: Österreich weist eine hohe Dichte hochspezialisierter Nischenmarktführer – oft als „Hidden Champions“⁷ bezeichnet – auf und zählt damit zu den international führenden Standorten in diesem Segment. Für Österreich werden insgesamt 171 Hidden-Champion-Unternehmen ausgewiesen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl entspricht dies einer Dichte von rund 19 Hidden Champions pro einer Million Einwohner/innen – ein Wert, der nahezu identisch mit Deutschland und der Schweiz ist und diese drei Länder im weltweiten Vergleich an die Spitze stellt (vgl. Simon, 2022).



Hoher Internationalisierungsgrad: Insgesamt gaben 44 % der heimischen KMU in einer Flash-Eurobarometer-Befragung⁸ aus dem Jahr 2025 an, Waren oder Dienstleistungen zu exportieren. Österreich führt damit das EU-Ranking an, während der entsprechende EU-Durchschnitt bei 28 % liegt. Die Exporte der österreichischen KMU sind zwischen 2019 und 2023 deutlich stärker gestiegen als jene der KMU im EU-Durchschnitt: Während die KMU-Exporte in Österreich in diesem Zeitraum nominell um rund 40 % zulegten, beträgt der Zuwachs bei den KMU-Exporten in der EU insgesamt nur rund 20 %. Dabei ist allerdings zu beachten, dass es sich um nominelle Werte handelt, in denen sich neben Mengenveränderungen auch die starken Preissteigerungen der letzten Jahre – etwa bei Energie, Vorleistungen, und somit teilweise auch bei Exportgütern – widerspiegeln. Der Anteil der KMU an den österreichischen Warenexporten liegt bei 42 %, und damit über dem EU-Durchschnitt von 35 %. Betrachtet man nur die Exporte in Drittländer, erreicht Österreich mit einem KMU-Anteil von 32 % ebenfalls einen etwas höheren Wert als der EU-Durchschnitt von 29 %. Beim Importgeschehen zeigt sich ein ähnliches Bild: KMU sind für 52 % der österreichischen Importe verantwortlich, während

⁷ Hidden Champions sind hochgradig spezialisierte, meist mittelständische Unternehmen, die in ihrem jeweiligen Marktsegment zu den Top-3 weltweit oder Nr. 1 im Heimatkontinent zählen, nicht börsennotiert und in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt sind (vgl. Simon, 2022).

⁸ Quelle: Europäische Kommission, Flash-Eurobarometer 559, Daten für 2025

der entsprechende Anteil EU-weit bei 43 % liegt.⁹ Dies weist auf eine insgesamt starke Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten österreichischer KMU hin. Importe ermöglichen KMU dabei den Bezug von Vorleistungen, Maschinen und Technologie aus anderen Ländern, die zu Produktivitäts- und Qualitätssteigerungen beitragen können. Gleichzeitig gehen hohe Importe mit einer stärkeren Abhängigkeit und höheren Risiken (z. B. bei Energie, Rohstoffen und anderen Vorleistungen) einher, was KMU in Krisensituationen anfälliger machen kann.



Grenzüberschreitende Online-Verkäufe¹⁰: 16 % der KMU in Österreich verkaufen über das Internet in andere EU-Länder, während der EU-Durchschnitt bei lediglich 8 % liegt. Auch bei Online-Verkäufen von KMU in Nicht-EU-Länder übertrifft Österreich den EU-Durchschnitt (9 % im Vergleich zu 5 %).¹¹ Im Jahr 2025 haben österreichische KMU Umsätze in Höhe von 6,5 Mrd. € mit Web-Verkäufen in anderen EU-Ländern und 1,5 Mrd. € mit Verkäufen in Drittländern erzielt.¹²



Finanzierungszugang für KMU: 73 % der österreichischen KMU bewerten den Zugang zu privater und öffentlicher Finanzierung als „sehr gut“ oder „ziemlich gut“. Damit liegt Österreich deutlich über dem EU-Durchschnitt von 52 % und führt das EU-Ranking an. Zudem sind 82 % der KMU überzeugt, im Bedarfsfall externe Finanzierung zu erhalten – 47 % davon „auf jeden Fall“ und weitere 35 % „wahrscheinlich“. Im EU-Durchschnitt liegt dieser Anteil mit insgesamt 68 % ebenfalls deutlich niedriger.¹³ Im Bereich der Bankfinanzierung denken 57 % der KMU, im Bedarfsfall Zugang zu Krediten zu erhalten, was in etwa dem EU-Durchschnitt entspricht (56 %).¹⁴ Im dritten Quartal 2025 haben sich die Kreditbedingungen für österreichische KMU erstmals seit 2021 leicht verbessert. Auch die Nachfrage nach Krediten in diesem Zeitraum sowie die Nachfrageerwartungen für das 4. Quartal 2025 liegen im positiven Bereich.¹⁵



Ökologische Innovationen: 31 % der österreichischen KMU gaben im Frühjahr 2025 an, in den zwölf Monaten davor eine Innovation eingeführt zu haben, die positive Umweltauswirkungen hat – darunter auch Maßnahmen zur Verbesserung der Energie- oder Ressourceneffizienz. Damit liegt Österreich über dem EU-Durchschnitt von 21 %. Zudem bewerten 61 % der österreichischen KMU die Verfügbarkeit von Unterstützungsangeboten, die Unternehmen helfen, nachhaltiger zu werden, als „sehr gut“ oder „ziemlich gut“, während dieser Anteil EU-weit 44 % beträgt.¹⁶

9 Quelle: Eurostat, Handel nach Unternehmensgrößenklasse, Daten für 2023

10 Sowohl bei den Statistiken zu Digitalisierung als auch bei den Statistiken zum Innovationsverhalten ist darauf hinzuweisen, dass hier KMU erst ab zehn Beschäftigten betrachtet werden. Es ist davon auszugehen, dass die entsprechenden Anteile für die Gesamtheit der KMU niedriger ausfallen.

11 Quelle: Eurostat, Nutzung von IKT in Unternehmen, Daten für 2025

12 Quelle: Eurostat, Monetärer Wert der E-Commerce Verkäufe, nach Unternehmensgrößenklassen

13 Quelle: Europäische Kommission, Flash-Eurobarometer 559, Daten für 2025

14 Quelle: Europäische Kommission, Survey on Access to Finance, Daten für 2025

15 Quelle: OeNB Report 2025/16: Bank Lending Survey <https://www.oenb.at/Presse/Presse-archiv/2025/20251028.html>

16 Quelle: Europäische Kommission, Flash-Eurobarometer 559, Daten für 2025



Kooperation und Unterstützung: Österreichische KMU bewerten die Zusammenarbeit mit Geschäftspartnern, öffentlichen Stellen und Forschungseinrichtungen besonders positiv: 71 % schätzen diese als (sehr oder eher) gut ein im Vergleich zu 65 % der KMU EU-weit. Etwas niedriger, aber dennoch über dem EU-Niveau, fällt die Bewertung der Unterstützungsangebote durch öffentliche und private Akteure aus (58 % vs. EU: 53 %).¹⁷

1.3.2 Zentrale Herausforderungen österreichischer KMU



Bürokratische Hürden: Mit 83 % sehen deutlich mehr österreichische KMU regulatorische Vorgaben und administrativen Aufwand als Problem im Geschäftsalltag als im EU-Durchschnitt (64 %). Zudem berichten 40 % der Betriebe von Zahlungsverzögerungen – ebenfalls etwas mehr als im EU-Durchschnitt (39 %) – während dieses Problem in Ländern wie Dänemark oder Schweden nur rund 11 % der KMU betrifft.¹⁸ Aus einer Erhebung im österreichischen Gewerbe und Handwerk geht hervor, dass die Bereiche Buchhaltung und Jahresabschluss, Lohnverrechnung und Sozialversicherung sowie Steuern und Abgaben mit insgesamt 64,5 % den größten Anteil an den gesamten Bürokratiekosten ausmachen. Weitere wichtige Kategorien umfassen Arbeitnehmerschutz und arbeitsrechtliche Vorschriften, IT-Sicherheit und Datenschutz, Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Sicherheitsvorschriften sowie Genehmigungen von Produkten und Anlagen (vgl. Pröll/Enichlmair, 2024). Mit dem Ziel, bürokratische Hürden zu senken, wurde in einem Ministerratsvortrag am 3.12.2025 ein Paket von insgesamt 113 Entbürokratisierungsmaßnahmen vorgestellt. Auf strategischer Ebene wird der Abbau administrativer Lasten u. a. durch den in der Industriestrategie Österreich 2035 (BMWET, 2026) skizzierten Entbürokratisierungsschwerpunkt (z. B. Standardisierung von Datenformaten/Schnittstellen, Once-Only-Prinzip, One-/No-Stop-Shop-Ansätze) als längerfristige Stoßrichtung adressiert (siehe dazu auch Kapitel 3).



Arbeitskosten: In der Winterbefragung des WKÖ-Wirtschaftsbarometers 2025 gaben mehr als 70 % der KMU an, dass hohe Arbeitskosten ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Darüber hinaus sehen die Unternehmen Bürokratie und regulatorische Anforderungen (63 %), Steuern und Abgaben (53 %) sowie Energiekosten (48 %) als weitere zentrale Wettbewerbshürden.



Eigen- & Risikokapitalfinanzierung: Die Risikokapitalfinanzierung bleibt in Österreich im EU-Vergleich unterentwickelt. Gemäß den aktuellen, auf Invest-Europe/European Data Cooperative (EDC)-Daten basierenden Werten des European Innovation Scoreboards entsprechen die Venture-Capital-Ausgaben in Österreich nur 38,6 % des EU-Niveaus, nämlich rund 0,04 % des BIP im Dreijahresmittel 2022–2024 im Vergleich zu rund 0,10 % im EU-Durchschnitt. Spitzenländer wie Schweden erreichen

¹⁷ Quelle: Europäische Kommission, Flash-Eurobarometer 559, Daten für 2025

¹⁸ Quelle: Europäische Kommission, Flash-Eurobarometer 559, Daten für 2025

0,33% des BIP; Dänemark und die Niederlande liegen ebenfalls deutlich darüber.¹⁹ Diese Länder weisen größere, reifere Venture-Kapital-Märkte mit u. a. bereits seit längerem bestehenden Fund-of-Funds-Modellen (vgl. Köppl-Turyna, 2025) sowie insgesamt günstige innovationspolitische Rahmenbedingungen auf²⁰. Bei Gesprächen mit Risikokapital-Investorinnen und -Investoren sind 18% der österreichischen KMU zuversichtlich, dass sie die gewünschten Ergebnisse im Hinblick auf eine Finanzierung erzielen können. Dieser Wert liegt in etwa im EU-Durchschnitt von 19%, wobei Dänemark mit 36% den höchsten Wert erreicht.²¹ Als ein strukturpolitischer Ansatzpunkt zur Mobilisierung von Wachstumskapital wird in der Industriestrategie Österreich 2035 ein Dachfonds („Rot-Weiß-Roter Standortfonds“) zur Finanzierung von Spin-offs und Scale-ups ab 2027 vorgesehen (siehe auch Kapitel 3.4).



Digitalisierungsaktivitäten im EU-Mittelfeld: 73% der KMU in Österreich weisen eine zumindest grundlegende digitale Intensität²² auf, was geringfügig über dem durchschnittlichen Anteil in der EU (71%) liegt. Am höchsten liegen die Anteile in Ländern wie Finnland oder Dänemark, wo bereits über 90% der KMU über eine grundlegende digitale Intensität verfügen. Gründe für die deutlich höhere digitale Intensität der nordischen KMU liegen u. a. in der überdurchschnittlich leistungsfähigen digitalen Infrastruktur, den im EU-Vergleich hohen digitalen Kompetenzen der Beschäftigten sowie einer strukturell größeren Bedeutung des Sektors Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)²³. Bei den **E-Commerce Aktivitäten** liegt Österreich im oberen EU-Mittelfeld. 23% der KMU in Österreich verkaufen ihre Produkte oder Dienstleistungen über das Internet, was über dem EU-Durchschnitt von 20% liegt. Beim Blick auf den Umsatzanteil, der durch Online-Handel generiert wird, liegen österreichische KMU mit 13% etwa im EU-Schnitt von 12%. Dänemark führt in diesem Bereich mit einem E-Commerce-Umsatzanteil von 23%. Positiv hervorzuheben ist der deutliche Anstieg beim Einsatz von **KI-Technologien** in österreichischen KMU: 2025 nutzten 29% der Betriebe KI, im Vergleich zu 19% im Jahr 2024. Damit liegt Österreich 2025 über dem EU-Durchschnitt von 19%. In einer OECD²⁴-Erhebung aus dem Jahr 2025 unter rund 800 österreichischen KMU gaben bereits 34% an, generative KI im Unternehmen zu nutzen (vgl. OECD, 2025a). Im Bereich **Data Analytics**²⁵ zeigen sich hingegen Aufholpotenziale: 25% der heimischen KMU setzen diese Technologien ein, während der EU-Durchschnitt bei 39% liegt. Ähnlich ist die Situation bei **Cloud-Technologien**, die von 40% der österreichischen KMU genutzt werden – ebenfalls unter dem EU-Schnitt

19 Quelle: Europäische Kommission, European Innovation Scoreboard 2025 Country profile Austria, Denmark, Netherlands

20 Siehe auch: https://research-and-innovation.ec.europa.eu/statistics/performance-indicators/european-innovation-scoreboard_en

21 Quelle: Europäische Kommission, Survey on Access to Finance, Daten für 2025

22 Eine grundlegende digitale Intensität setzt voraus, dass mindestens vier digitale Technologien der folgenden Liste zum Einsatz kommen: https://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/Annexes/isoc_e_dii_esmsip2_an_Digital_Intensity_Index_compos.pdf

23 <https://digital-decade-desi-digital-strategy.ec.europa.eu/datasets/desi/charts>

24 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

25 Data Analytics umfasst den Gebrauch von Methoden, Algorithmen und Softwaretools zur Analyse von Daten. Data Analytics erlaubt es, Muster, Trends und Erkenntnisse abzuleiten oder Vorhersagen zu machen.

von 46 %.²⁶ Für 23 % der österreichischen KMU stellen Schwierigkeiten im Bereich der Digitalisierung ein Problem für ihr Unternehmen dar – mehr als im EU-Durchschnitt (17 %). Insgesamt deuten die Ergebnisse auf größere Hürden bei der digitalen Transformation hin.²⁷ Die Barrieren für die digitale Transformation liegen dabei nicht nur im Zugang zu Technologien, sondern auch in fehlendem Know-how, Fachkräftemangel und begrenzten Implementierungskapazitäten; insbesondere in kleineren Betrieben verstärken ein geringes Bewusstsein bzw. fehlendes Know-how, hohe Anfangskosten bei der Einführung datenintensiver Technologien, kulturelle Faktoren sowie eine insgesamt niedrigere Investitionsbereitschaft in fortgeschrittene digitale Lösungen diese Hürden (vgl. Eiffe/Biaggi, 2025).



Rückläufige Innovationsleistung: Die aktuell vorliegenden Innovationserhebungen weisen auf einen Rückgang der Innovationsaktivität österreichischer KMU hin. Der Anteil innovationsaktiver Unternehmen in Österreich ist von 61 % (im Zeitraum 2016–2018) auf 59 % (2018–2020) und zuletzt weiter auf 55 % (2020–2022) gesunken. Dennoch liegt der Anteil innovationsaktiver KMU in Österreich weiterhin über dem EU-Durchschnitt (55 % gegenüber 50 % in den EU-27).²⁸ Österreichische KMU bringen etwas häufiger als der EU-Durchschnitt neue oder deutlich verbesserte Produkte und Dienstleistungen auf den Markt (28 % vs. 25 % in den EU-27) und setzen etwas häufiger organisatorische Innovationen bzw. neue Geschäftsmodelle um (19 % vs. 16 %), während sie bei Prozessinnovationen in etwa auf EU-Niveau liegen (jeweils 19 %). Zudem verfügen 8 % der KMU in Österreich über eine Innovation, für die ein Patent erteilt wurde oder ein Patentantrag vorliegt, gegenüber 6 % im Durchschnitt der EU-27.²⁹ In Bezug auf Innovationspartnerschaften sind österreichische KMU ebenfalls aktiver als der EU-Durchschnitt (18 % im Vergleich zu 12 % EU-weit). Der Prozentsatz der Unternehmen in Österreich, die Forschung und Entwicklung betreiben, ist mit 21 % genauso hoch wie innerhalb der EU.³⁰ Zu den größten Innovationshürden für KMU zählen Schwierigkeiten, die Marktreaktion auf neue Produkte oder Dienstleistungen einzuschätzen (35 %), gefolgt von rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen (27 %) – etwa in Form von Genehmigungen, Zulassungen oder Normen – sowie einem Mangel an Fach- und Führungskompetenzen (17 %).³¹

26 Quelle: Eurostat, Nutzung von IKT in Unternehmen, Daten für 2025

27 Quelle: Europäische Kommission, Flash-Eurobarometer 559, Daten für 2025

28 Quelle: Eurostat, Community Innovation Survey, Daten für die Zeiträume 2016–2018, 2018–2020 sowie 2020–2022

29 Quelle: Europäische Kommission, Flash-Eurobarometer 559, Daten für 2025; die Innovationsdaten der Flash-Eurobarometer Erhebung sind methodisch nicht exakt mit jenen des Community Innovation Survey vergleichbar.

30 Quelle: Eurostat, Community Innovation Survey, Daten für die Zeiträume 2016–2018, 2018–2020 sowie 2020–2022

31 Quelle: Europäische Kommission, Flash-Eurobarometer 559, Daten für 2025



Fachkräftemangel: Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass österreichische KMU im Bereich Fachkräfteverfügbarkeit schlechter abschneiden als der EU-Durchschnitt. Nur 43 % der Unternehmen bewerten das Angebot an qualifiziertem Personal – einschließlich Führungskräften – als (sehr oder eher) gut, gegenüber 55 % im EU-Durchschnitt. Gleichzeitig berichten 49 % der österreichischen Betriebe von Schwierigkeiten, qualifizierte Mitarbeiter/innen zu halten oder neue zu gewinnen (EU: 43 %). Der Fachkräftemangel bleibt somit eine zentrale Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer KMU.³² Gründe für den im EU-Vergleich akutereren Fachkräftemangel in Österreich sind u. a. höhere Teilzeitquoten, eine im EU-Vergleich geringere Beschäftigung älterer Personen, regionale Mismatches sowie die spezifische Branchenstruktur. So sind österreichische Unternehmen häufiger in Sektoren aktiv, die europaweit als engpassanfällig gelten (z. B. Tourismus, bestimmte techniklastige Industrie- und Handwerksbereiche) (vgl. Europäische Kommission, 2023). Die Beschäftigungsquote älterer Personen (55–64 Jahre) ist nach wie vor unterdurchschnittlich (Österreich: 59 %, EU: 65 %³³). Zudem weist der Arbeitsmarkt regionale Passungsprobleme auf: Die Arbeitslosigkeit ist in Wien (9,4 %) deutlich höher als in Tirol (3,1 %) oder Vorarlberg (4,1 %)³⁴. Eine aktuelle Studie der OECD zeigt dabei, dass österreichische Unternehmen zwar im Ländervergleich von besonders starkem Arbeitskräftemangel betroffen sind, diesen jedoch zugleich überdurchschnittlich häufig durch die Nutzung von KI kompensieren (vgl. OECD, 2025b).

32 Quelle: Europäische Kommission, Flash-Eurobarometer 559, Daten für 2025

33 Quelle: Eurostat, Daten für 2024

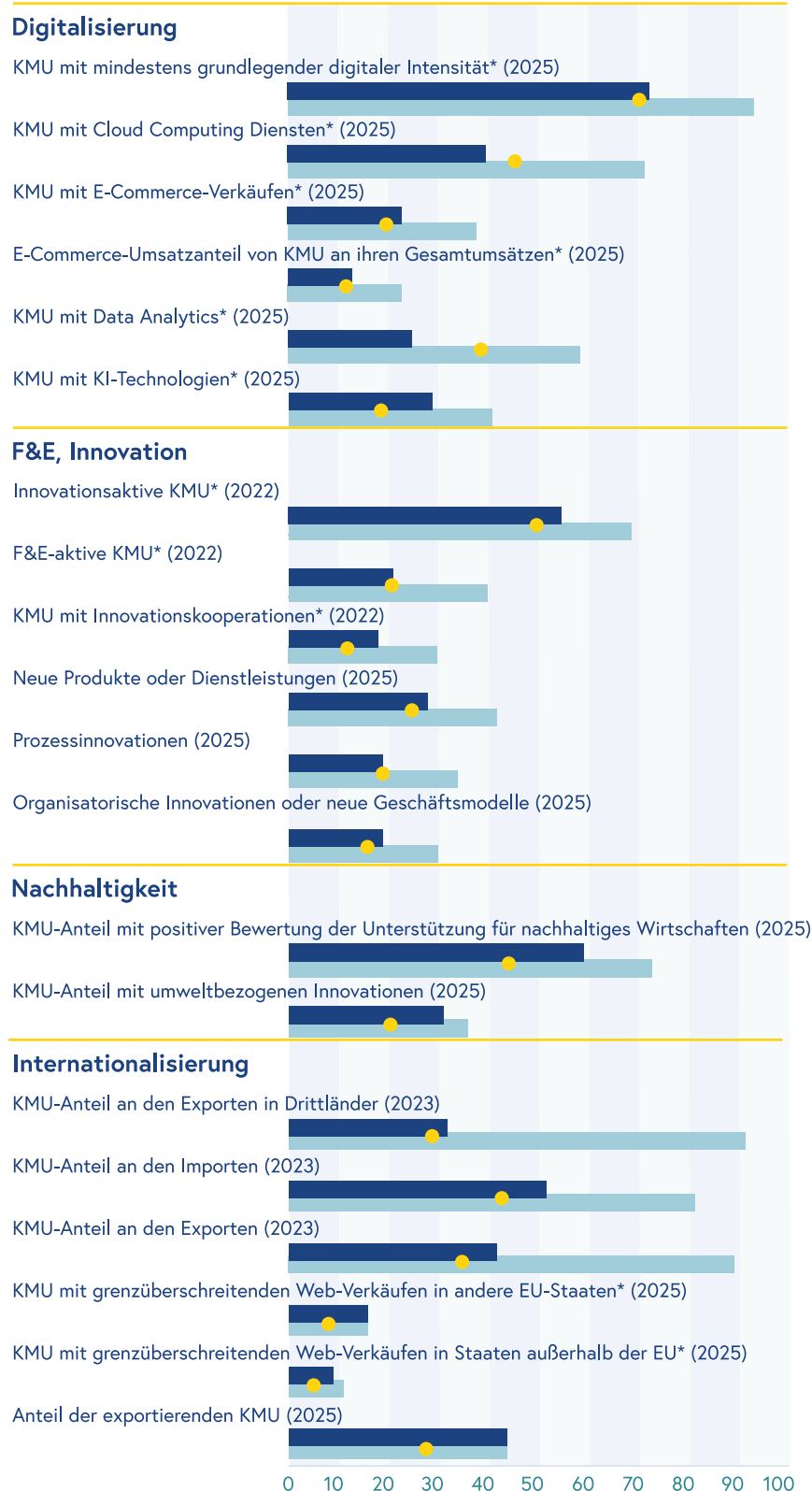
34 Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus, Daten für 2024, Arbeitslosenquote nach internationalem Konzept

1.3.3 Zusammenfassender Überblick

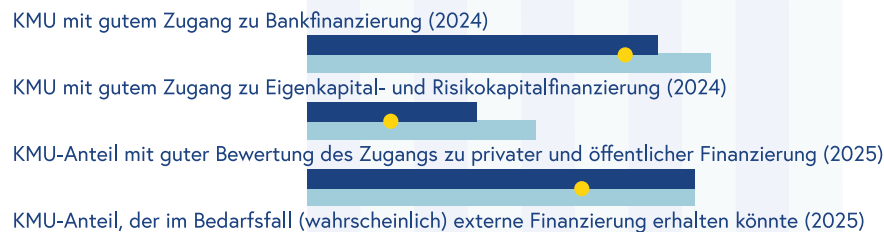
Die nachfolgenden Grafiken stellen die wichtigsten Indikatoren nochmals thematisch gegliedert dar.

Grafik 6

Indikatoren der Resilienz und Zukunftsfähigkeit von KMU; Anteile in Prozent



Finanzierungszugang



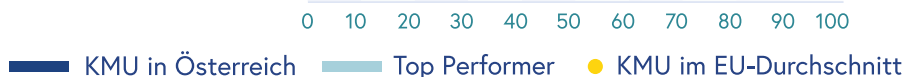
Fachkräfte

KMU-Anteil mit positiver Bewertung der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte (2025)

Unternehmerisches Umfeld

KMU-Anteil mit gutem Zugang und Kooperation zu Geschäftspartnern (2025)

KMU-Anteil mit positiver Bewertung der Unterstützungsdienste für Unternehmen (öffentlich/privat) (2025)

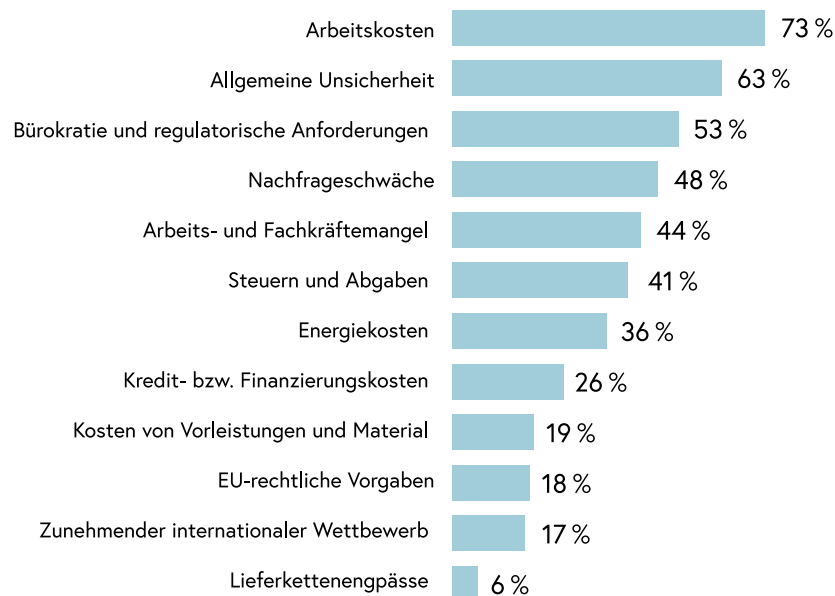


*KMU mit 10 bis 249 Beschäftigten, Top Performer: Länder mit den höchsten Anteilen des jeweiligen Indikators

Quellen: Statistik zur IKT-Nutzung in Unternehmen, Eurostat; Community Innovation Survey (CIS); Flash-Eurobarometer 529, 549 und 559, Europäische Kommission; Internationaler Warenhandel nach Unternehmensmerkmalen, Eurostat; Survey on Access to Finance (SAFE), Europäische Kommission; IMF/Invest Europe.

Grafik 7

Größte Hemmnisse für die Wettbewerbsfähigkeit von KMU, Anteile der Unternehmen in Prozent, Winter 2025



Quelle: WKÖ Wirtschaftsbarometer, Winter 2025

2

Anforderungen und Potenziale von KMU: Unternehmens- phasen und Branchen im Fokus





Für einen dynamischen KMU-Sektor ist es entscheidend, geeignete Rahmenbedingungen für die sehr vielfältigen Gruppen von Unternehmen zu schaffen. Vor diesem Hintergrund analysiert das vorliegende Kapitel zunächst die Situation der KMU entlang ihrer Entwicklungsphasen und anschließend mit Blick auf zentrale Wirtschaftsbereiche und Branchen. Die Analyse bietet somit erste Orientierungspunkte für weitere wirtschaftspolitische Handlungsfelder.

Das Wichtigste in Kürze:



Gründungsphase: Im Jahr 2024 wurden in der marktorientierten Wirtschaft rund 37.800 Unternehmen neu gegründet; die Neugründungsquote lag bei 6,2% und damit leicht über 2023 (+0,5%), aber deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 10,5%. Rund 80% der Gründungen erfolgen als Ein-Personen-Unternehmen; besonders hohe Gründungsquoten verzeichnen Dienstleistungen, Information und Kommunikation sowie der Verkehr.



Wachstumsphase: 46% der österreichischen KMU gaben 2025 an, in den kommenden Jahren wachsen zu wollen, wobei 18% ein Wachstum von 10% oder mehr anstreben. 28% planen eine Expansion in andere EU-Länder. 2024 gab es 4.070 **Wachstumsunternehmen** mit rund 228.000 Beschäftigten; sie machten knapp 10% aller Arbeitgeberunternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten aus.



Nachfolge und Familienunternehmen: Zwischen 2025 und 2034 stehen rund 52.500 Unternehmen mit mindestens einem unselbstständig Beschäftigten vor einer potenziellen Übergabe – das entspricht 22% aller Arbeitgeberunternehmen mit etwa 705.000 Arbeitsplätzen. Im Jahr 2024 fanden fast 7.800 Unternehmensübernahmen statt. **Familienunternehmen** im engeren Sinne (ohne EPU) umfassen rund 194.800 Betriebe (32% der Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft) mit rund 2,2 Mio. Beschäftigten (58%) und einem Umsatz von etwa 580 Mrd. € (56%).



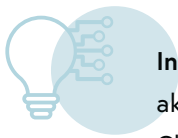
Schließungsphase: Im Jahr 2024 wurden knapp 32.000 Unternehmen geschlossen, womit die Schließungsquote von 5,3% unter der Neugründungsquote von 6,2% liegt. Im europäischen Vergleich weist Österreich eine niedrige Austrittsrate auf (Durchschnitt 2021–2023: 5,5% vs. 8,2% in der EU-27) sowie eine höhere Bestandsdauer: Die fünfjährige Überlebensquote beträgt 54% (EU-27: 46%).



Branchenstruktur: Die drei größten Wirtschaftsbereiche, gemessen an der Wertschöpfung, sind die Herstellung von Waren (2023: rund 72 Mrd. € bzw. 24%), der Handel (47 Mrd. € bzw. 16%) und der Bau (26 Mrd. € bzw. 9%).



Entwicklung: Zwischen 2024 und 2025 ist die reale Wertschöpfung in vielen Branchen um rund 0,5 – 1,5% zurückgegangen. Zuwächse erzielten der Handel sowie der Bereich Information und Kommunikation. Der Bau, die Beherbergung und Gastronomie sowie der Handel konnten bislang ihr reales Vor-Corona-Niveau noch nicht wieder erreichen.

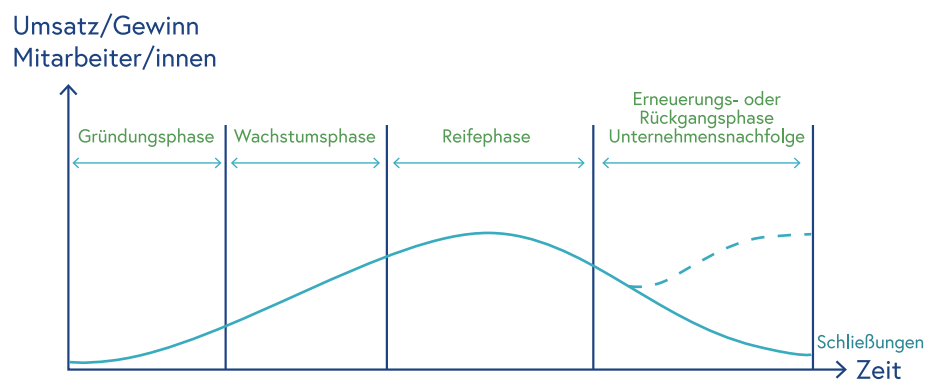


Innovation und Digitalisierung: Besonders hohe Innovationsraten (80–90 % innovations-aktive Unternehmen) verzeichnen Teile der Sachgütererzeugung (z. B. Elektro/Elektronik, Chemie, Maschinenbau) sowie Information und Kommunikation. Hohe Digitalisierungsintensität findet sich u. a. in IKT und wissensintensiven Dienstleistungen, während Bau und Verkehr zu den am wenigsten digitalisierten Branchen zählen.

2.1 Zentrale Unternehmensphasen im Fokus

Die Entwicklung von Unternehmen wird häufig in Phasen unterteilt, die von der Gründung bis zur eventuellen Auflösung des Unternehmens reichen. Die zugrundeliegende Annahme ist, dass Unternehmen in unterschiedlichen Phasen spezifische Charakteristika, Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe aufweisen. Für das vorliegende Kapitel werden die Gründungsphase, Wachstumsphase, Reifephase, Nachfolge sowie die Schließung näher betrachtet.³⁵

Grafik 8 Phasen des Unternehmenslebenszyklus



Quelle: In Anlehnung an Bodenmann (2006)

³⁵ Unternehmen können weitere Transformationsphasen durchlaufen, wie z. B. Zusammenlegungen, Standortwechsel, Änderungen von Geschäftsmodellen in Zusammenhang mit der Digitalisierung u.v.m.

2.1.1 Gründungsphase

Die Gründung stellt eine besonders risikobehaftete und kritische Phase dar. Die Gründungsphase umfasst die konkrete Ausarbeitung eines tragfähigen Geschäftsmodells, die Produktentwicklung, den Zugang zu Startkapital (Eigen- und Fremdfinanzierung, Förderungen), die Bewältigung administrativer Hürden (z. B. Wahl der Rechtsform, steuerliche Fragen, Berechtigungen), den Schutz von geistigem Eigentum (Patente, Marken), Organisations- und Prozessaufbau sowie den Markteintritt und die Kundengewinnung. Auf der persönlichen Ebene der Gründer/innen bzw. des Gründungsteams kann der Umgang mit der neuen beruflichen Situation sowie der Erwerb neuer Kenntnisse (z. B. im Bereich Betriebswirtschaft, Marketing) Herausforderungen bergen.

Die Zahl der Neugründungen hat sich gemäß Daten der Statistik Austria seit dem Jahr 2021 positiv entwickelt, nachdem es zwischen 2019 und 2020 zu einem Rückgang gekommen war. Im Jahr 2024 wurden in der marktorientierten Wirtschaft rund 37.800 Neugründungen³⁶ verzeichnet; die Neugründungsquote (= Anteil der Neugründungen an allen Unternehmen) lag bei 6,2 %. Abschätzungen der KMU Forschung Austria zufolge³⁷ ist die Anzahl der Neugründungen im Vergleich zu 2023 damit leicht um 0,5 % gestiegen. Vorläufige Daten (Gründungsstatistik) der Wirtschaftskammerorganisation (WKO) zeigen einen weiteren Anstieg der Gründungen im Jahr 2025. Im EU-Vergleich weist Österreich eine relativ niedrige Neugründungsquote auf (2023: 6,2 % vs. 10,5 % im Durchschnitt der EU-27). Gleichzeitig ist die Schließungsquote in Österreich geringer und die Bestandsdauer der Unternehmen tendenziell höher.

Auch laut Global Entrepreneurship Monitor weist Österreich eine im internationalen Vergleich eher niedrige Rate der Jungunternehmen³⁸ von 6,6 % auf (Rang 18 von 21 europäischen Vergleichsländern). Bei der Rate der etablierten Unternehmer/innen³⁹ schneidet Österreich mit 7,9 % demgegenüber besser ab. Die Tatsache, dass Österreich andere Länder zumeist in Bezug auf die Überlebensdauer der Gründungen übertrifft, ist möglicherweise neben soziokulturellen Faktoren (siehe unten) auch auf strengere Regularien zurückzuführen. Diese Bedingungen führen dazu, dass Gründungen hierzulande wohlüberlegt und langfristig angegangen werden (vgl. Ecker et al., 2024; Friedl et al., 2025).

36 Bei den Werten handelt es sich um eine Abschätzung der KMU Forschung Austria für das Jahr 2024 auf Basis der Statistik zur Unternehmensdemografie von Statistik Austria (aus dem Jahr 2023).

37 auf Basis von Daten der WKO

38 Anteil der 18- bis 64-Jährigen, die sich in der frühen Gründungsphase befinden oder ein Unternehmen führen, das jünger als 3,5 Jahre ist.

39 Anteil der 18- bis 64-Jährigen, die ein Unternehmen führen, das seit mehr als 3,5 Jahren besteht.

Aufgrund von eingeführten gesetzlichen Erleichterungen (Reduzierung des Mindeststammkapitals, Einführung der neuen Rechtsform Flexible Kapitalgesellschaft FlexKapG) stieg seit 2024 die Anzahl der Gründungen von Kapitalgesellschaften, wenngleich die durchschnittliche Zahl der Gesellschafter/innen je Gründung zurückgegangen ist (vgl. Ecker et al., 2024).

Das Durchschnittsalter österreichischer Jungunternehmer/innen liegt mittlerweile bei 42 Jahren, was vor allem auf einen Anstieg von Gründungen durch ältere Personen („Senior Entrepreneurship“) zurückzuführen ist (vgl. Friedl et al., 2025). Studien zeigen weiters, dass Unternehmertum in anderen Ländern einen höheren Stellenwert hat und in Österreich Migrant/innen aus bestimmten Ländern deutlich häufiger gründen. Insbesondere der österreichische Startup-Sektor ist mit Blick auf Gründer/innen sowie Absatzmärkte tendenziell internationaler und europäischer ausgerichtet (vgl. Ecker et al., 2024). Die Befunde deuten damit darauf hin, dass internationale Hintergründe – etwa durch einen höheren Gründungsanteil von Migrant/innen – und ein europäisch und international ausgerichtetes Startup-Sektor zur Gründungs- und Marktdynamik in Österreich beitragen.

Die Gründungsdynamik unterscheidet sich nach Branchen: Überdurchschnittlich hohe Gründungsquoten verzeichnet etwa der Dienstleistungssektor, der Bereich Information und Kommunikation sowie der Verkehr (Quelle: Statistik Austria). Die höheren Gründungsquoten in diesen Branchen hängen dabei auch mit geringeren Einstiegshürden (niedriger Kapitalbedarf, geringere Mindestbetriebsgröße) zusammen.

Der überwiegende Anteil bzw. 80% der Gründungen erfolgen weiters als Ein-Personen-Unternehmen (EPU). Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten liegt bei der Gründung bei 1,3 Personen, wobei die selbstständig Beschäftigten eingerechnet sind. Viele Unternehmen bleiben auch nach der Gründung langfristig EPU. EU-weit werden 83% der Unternehmen als EPU gegründet, die durchschnittliche Beschäftigtenzahl bei Gründung ist dementsprechend niedriger als in Österreich und beträgt 1,06 Personen (Quelle: Statistik Austria, Eurostat, Daten für 2023).

Herausforderungen und Bedarfe

Soziokulturelle Normen und Unternehmenskultur: In Österreich werden die gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber Unternehmertum nach wie vor als wenig gründungsfördernd wahrgenommen. Laut Global Entrepreneurship Monitor 2024/25 erkennt zwar fast die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung Gründungsmöglichkeiten, doch nur 7,5% planen tatsächlich eine Unternehmensgründung (vgl. Friedl et al., 2025). Auch die Bereitschaft, ein bestehendes Unternehmen im Rahmen einer Unternehmensnachfolge zu übernehmen, bleibt vor diesem Hintergrund begrenzt. Die Österreicher/innen weisen im internationalen Vergleich eine höhere Risikoaversion auf. Daher ist eine stärkere Verankerung von Entrepreneurship Education im Bildungssystem – insbesondere

in der Primär- und Sekundarstufe sowie im vorschulischen Bereich – erforderlich, um unternehmerisches Denken frühzeitig zu fördern, ergänzt durch eine positive Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen durch die Gesellschaft und im Elternhaus. Positiv ist hervorzuheben, dass Initiativen in diesem Bereich bereits erste Früchte tragen und die Bevölkerung ihre Gründungskompetenzen zunehmend positiv bewertet (vgl. Friedl et al., 2025). Dazu trägt unter anderem auch der Nationale Aktionsplan für Entrepreneurship Education für Kinder und junge Erwachsene unter dem Titel „Landkarte 2030“ bei, in dem gebündelte Maßnahmen zur Förderung unternehmerischer Kompetenzen junger Menschen, wie zum Beispiel die „Youth Entrepreneurship Week“, enthalten sind.

Gleichzeitig besteht ein deutlicher Bedarf an einer **positiven Kultur des Scheiterns**. Unternehmertum sollte stärker als Lern- und Entwicklungserfahrung verstanden werden, bei der eine Unternehmensschließung nicht als persönliches Scheitern, sondern als Teil eines beruflichen Werdegangs gesehen wird (siehe auch Kapitel 2.1.5). Eine solche Haltung kann Hemmschwellen für Gründungen bzw. Nachfolgen senken und dadurch mehr Menschen motivieren, unternehmerische Wege einzuschlagen (vgl. Ecker et al., 2024).

Einfache Gründungsprozesse und Unterstützung: Wenngleich die regulatorischen Neuerungen der letzten Jahre – etwa die Einführung der Flexiblen Kapitalgesellschaft (FlexKapG) mit 1. Jänner 2024 – positiv zu bewerten sind, besteht weiterhin Bedarf nach Vereinfachungen und einer stärkeren Digitalisierung des Gründungsprozesses. Einpersonen-GmbH und -FlexKapG können vollständig digital über das Unternehmensserviceportal gegründet werden – ohne Notar/innen. Bei Mehrpersonengründungen dieser Rechtsformen ist hingegen weiterhin ein Notariatsakt erforderlich. Eine Ausweitung digitaler, unbürokratischer Verfahren auf alle Unternehmensformen würde Gründungen deutlich erleichtern. Darüber hinaus werden systematische Unterstützungsangebote für Gründer/innen als wesentlich erachtet, insbesondere bei der Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen, beim Zugang zu Netzwerken und bei der Akquise von Kund/innen und Kapital (vgl. Ecker et al., 2024). Dabei ist zu erwähnen, dass die Unterstützung durch Förderung und Beratung im Gründungsprozess in Österreich bereits sehr positiv bewertet wird – bei der Beurteilung der Förderprogramme im Global Entrepreneurship Monitor 2024/25 belegt Österreich innerhalb Europas den ersten Platz (vgl. Friedl et al., 2025).

Vor dem Antritt eines reglementierten Gewerbes ist der Nachweis einer entsprechenden Qualifikation erforderlich. Neben formalen und non-formalen Nachweisen – wie Meister- oder Befähigungsprüfungen, Schul- oder Lehrabschlusszeugnissen oder Kursbestätigungen – besteht mit der **individuellen Befähigung gemäß § 19 GewO 1994** eine Möglichkeit, auch im Berufsleben erworbene Kenntnisse und Erfahrungen geltend zu machen. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass die Umsetzung dieses Instruments in Österreich stark variiert und Verfahren oftmals langwierig sind. Eine bundesweit einheitliche, objektivierte und digitale Bewertung der Kompetenzen im Rahmen der individuellen

Befähigung könnte hier Abhilfe schaffen. Sie würde zu einer höheren Transparenz und Vergleichbarkeit der Entscheidungen beitragen und zugleich die Verfahrensdauer durch den Einsatz digitaler Technologien deutlich verkürzen.

Soziale Absicherung: Der Schritt in die Selbstständigkeit erfordert ein hohes Maß an Engagement und Risikobereitschaft. Eine verlässliche soziale Absicherung kann dabei wesentlich zur Entscheidungsfindung beitragen. Österreich gilt mit der Arbeitslosenversicherung für Selbstständige als Best-Practice-Beispiel, dennoch bieten weiterführende Anpassungen die Chance, das System noch gezielter an aktuelle Bedürfnisse anzupassen. So zeigt sich, dass bislang nur wenige Selbstständige der Versicherung beitreten, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass rund 90 % auf Ansprüche aus früheren unselbstständigen Beschäftigungen zurückgreifen können. Angesichts eines sich wandelnden wirtschaftlichen Umfelds und veränderter Erwerbsverläufe sollte die Arbeitslosenversicherung für Selbstständige weiterentwickelt werden, beispielsweise durch flexiblere Eintritts- und Austrittsmöglichkeiten, die erleichterte Mitnahme bestehender Ansprüche sowie die Streichung von Rückzahlungsverpflichtungen bei Gründungen aus der Arbeitslosigkeit. Verstärkte Informations- und Beratungsangebote würden Gründer/innen in der frühen Phase noch besser über ihre sozialen Absicherungsoptionen informieren. Darüber hinaus könnten auch im Bereich der Mutterschutzleistungen Erleichterungen vorgenommen werden: Derzeit wird das Wochengeld in Konstellationen mit teilweiser Erwerbstätigkeit – also wenn (werdende) Mütter nicht durchgehend im Mutterschutz sind – nicht laufend, sondern erst nach Abschluss dieser Zeiträume rückwirkend ausbezahlt. Das kann zu finanziellen Engpässen führen. Eine generelle monatliche Auszahlung des Wochengeldes würde die finanzielle Planungssicherheit für Selbstständige deutlich verbessern.

Niedriges Kapitalerfordernis bei Kapitalgesellschaften: Ein hohes Mindeststammkapital kann für viele Gründer/innen eine erhebliche Einstiegshürde darstellen, insbesondere für Frauen, Personen mit Migrationshintergrund oder Gründungen aus der Arbeitslosigkeit. Diese Gruppen sind jedoch wichtige Träger der österreichischen Gründungsaktivität. Internationale Vergleiche zeigen, dass Länder mit besonders dynamischem Gründungsgeschehen meist geringe oder keine Kapitalanforderungen kennen. In Österreich wurde das Mindeststammkapital für GmbH mit dem Gesellschaftsrechts-Änderungsgesetz 2023 von 35.000 € auf 10.000 € gesenkt, wovon bei Gründung lediglich 5.000 € als Geldeinlage eingezahlt werden müssen. Bei der neuen Flexiblen Kapitalgesellschaft (FlexKapG) beträgt das gesetzliche Mindeststammkapital ebenfalls 10.000 €, wobei die Mindeststammeinlage pro Gesellschafter/in bereits ab 1 € möglich ist und auch hier bei Gründung zumindest 5.000 € als Geldeinlage zu leisten sind. Die Senkung des Mindeststammkapitals und die Einführung der FlexKapG sind daher als positive Schritte zur Stärkung der Gründungsdynamik zu bewerten (vgl. Ecker et al., 2024).

Gründungs- und Innovationsökosysteme: Regionale, gut vernetzte Ökosysteme sind ein zentraler Erfolgsfaktor für Unternehmensgründungen. Entscheidend sind

dabei abgestimmte Förderprogramme, Inkubatoren, Acceleratoren und der Zugang zu Finanzierung in allen Phasen der Gründung (Seed Capital, Business Angels, Wachstumskapital). Österreich verfügt über ein breit ausgebautes Fördersystem, das eine starke Basis für Unternehmensentwicklungen bietet. Durch eine noch bessere Abstimmung und Entbürokratisierung von Maßnahmen sowie den gezielten Ausbau ökosystemischer Strukturen könnte dieses Potenzial noch wirkungsvoller ausgeschöpft werden. Neben der Förderung hochinnovativer Startups sollten auch niederschwellige Gründungsinitiativen gestärkt werden. (vgl. Ecker et al., 2024) Damit sich das in Startups entstehende Innovationspotenzial in der Breite der Wirtschaft entfalten kann, ist es weiterhin wichtig, den Wissenstransfer und die Vernetzung zwischen Startups und etablierten KMU zu stärken – etwa durch gemeinsame Innovationsprojekte, Clusterstrukturen und Plattformen für Kooperation.

Finanzierungszugang: In der Gründungsphase ist ein verlässlicher Zugang zu Finanzierung entscheidend. Finanzierungsmöglichkeiten sollten alle frühen Entwicklungsphasen abdecken – von der Pre-Seed-Phase und ersten Eigenmitteln der Gründer/innen über Zuschüsse und Förderungen bis hin zu Seed-Finanzierungen, etwa durch Business Angels. Dafür braucht es einen Mix aus Finanzierungsformen, der neben Eigen- und Beteiligungskapital auch Bankkredite sowie ergänzende Instrumente (z. B. Haftungen, Förderdarlehen) umfasst; weiterführende Wachstumsfinanzierungen werden im anschließenden Kapitel behandelt.



Unternehmerinnen/Female Entrepreneurship

Frauen gründen laut WKO-Gründungsstatistik bereits rund die Hälfte aller Unternehmen: Für das Jahr 2024 weist die Statistik einen Frauenanteil von 51,3 % an allen Gründungen aus. Ein großer Teil der Gründungen entfällt dabei auf die Personenbetreuung – ohne diesen Bereich liegt der Frauenanteil an den Gründungen bei 46 %. Auch der Frauenanteil an den Jungunternehmer/innen erreichte zuletzt mit 48 % einen Höchststand, bei den gemischten Teams war allerdings ein Rückgang zu verzeichnen – von 62 % auf 53 % (vgl. Friedl et al., 2025). Im Startup-Bereich, also bei innovativen, rasch wachsenden Unternehmen, fällt der Frauenanteil mit 22 % deutlich niedriger aus, wenngleich er zuletzt (2024) angestiegen ist (von 17 % 2023) (vgl. Leitner et al., 2025).

Frauen führen zudem meist kleinere Unternehmen mit geringeren Umsätzen, und sind damit auch unter den Arbeitgeberunternehmen weniger stark vertreten. Lediglich 28 % der Arbeitgeberunternehmen werden von Frauen geführt. Von den insgesamt bestehenden KMU werden etwa 37 % von Frauen geleitet, wobei der Anteil je nach Branche stark variiert. Besonders hoch ist dieser z. B. im Bereich der sonstigen (persönlichen) Dienstleistungen (75 %) sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (70 %). Demgegenüber handelt es sich im Bereich Information und Kommunikation sowie im Verkehr bei lediglich 12 % bzw. 13 % der Selbstständigen um Frauen. Den niedrigsten Frauenanteil unter den Selbstständigen in KMU hat das Baugewerbe mit nur 5 %.⁴⁰

Studien zeigen, dass die allgemeinen Rahmenbedingungen, Unterstützungsangebote und die Kultur für Gründungen durch Frauen in Österreich im europäischen Vergleich deutlich negativer bewertet werden. Schwächen bestehen weiterhin bei Unterstützungsangeboten wie Kinderbetreuung, haushaltsnahen Dienstleistungen oder Pflege sowie bei der allgemeinen Attraktivität von Rahmenbedingungen, die Frauen dazu bewegen könnten, Unternehmerin statt Arbeitnehmerin zu werden. Auch der Zugang zu Finanzierung und Märkten wird als größere Barriere für Frauen identifiziert. (vgl. Friedl et al., 2025)

40 Quelle: Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik, 2023

Um **Unternehmertum und Gründungen von Frauen zu fördern**, braucht es dementsprechend **spezifische Unterstützungsmaßnahmen, Netzwerke und Mentoring-Angebote**, die gezielt auf die Bedürfnisse von Gründerinnen zugeschnitten sind. Programme wie INNOVATORINNEN der FFG oder Frau in der Wirtschaft der WKO leisten bereits wertvolle Beiträge. (vgl. Ecker et al., 2024)

Ein zentraler Hebel ist die **Verbesserung der Vereinbarkeit von Selbstständigkeit und Familie**, etwa durch den flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten – insbesondere in ländlichen Regionen und während der Schulferien – sowie durch Anreizsysteme, die beide Elternteile einbeziehen (vgl. Ecker et al., 2024).

Darüber hinaus sollten **Investorinnen gezielt gestärkt** und der **Zugang zu Kapital** für Gründerinnen erleichtert werden. Dies betrifft neben Beteiligungskapital auch den Zugang zu Bankkrediten, bei denen Unternehmerinnen in der Praxis häufig mit höheren Hürden konfrontiert sind. Hier können Mentoring-Angebote, Netzwerke und spezielle Fonds für Frauen – wie der „Fund F“ – ansetzen und Informationsdefizite sowie Zugangsbarrieren abbauen. Ergänzend sind **Sensibilisierungsmaßnahmen für Investor/innen** und **Kreditentscheidende** wichtig, um geschlechtsspezifischen Vorurteilen in Finanzierungsentscheidungen entgegenzuwirken und faire Bedingungen für Gründerinnen zu schaffen. (vgl. Ecker et al., 2024)



Startups

Startups sind ein zentraler Treiber von Wachstum, Transformation und Innovation in der Wirtschaft. Ihre Geschäftsmodelle sind vielfach darauf ausgerichtet, Wertzuwächse bis zu einem späteren Exit zu realisieren; zugleich entstehen gerade in dieser Phase neue Produkte, Dienstleistungen und Technologien, die für den Innovations- und Strukturwandel von hoher Bedeutung sind – unabhängig davon, ob das Unternehmen langfristig eigenständig am Markt bleibt oder von größeren Unternehmen übernommen wird.

Entsprechend ist das Innovationskriterium Teil gängiger Definitionen. Der Austrian Startup Monitor definiert Startups als Unternehmen, die

- jünger als 10 Jahre sind,
- mit ihren Produkten, Dienstleistungen, Technologien oder Geschäftsmodellen innovativ sind und
- ein signifikantes Mitarbeiter/innen- oder Umsatzwachstum aufweisen oder anstreben.

Die folgenden Befunde beruhen – sofern nicht anders angegeben – auf den Ergebnissen des Austrian Startup Monitors 2024 (Leitner et al., 2025).

Der Bericht zeigt, dass jährlich rund 370 Startups neu gegründet werden. Der gesamte Startup Sektor umfasst aktuell rund 30.000 Beschäftigte. Im Durchschnitt weisen Startups (exklusive Gründer/innen) rund 9,5 Beschäftigte je Unternehmen auf. Bei über der Hälfte der befragten Startup-Gründer/innen entstand der konkrete Gründungswunsch bereits während Schule, Studium oder Ausbildung. Der Anteil akademischer Spin-offs steigt seit Jahren kontinuierlich – getrieben vor allem von Ausbildungs-Spin-offs (Ausgründungen aus Lehr- und Ausbildungskontexten wie Schule oder Studium), während Forschungs-Spin-offs (Ausgründungen auf Basis von Forschungsergebnissen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen) in ihrer Gründungsrate stagnieren.

Startups sind im Vergleich zu etablierten Unternehmen durch eine höhere Risikobereitschaft charakterisiert, was sich auch an der häufigeren Nutzung bzw. dem höheren Bedarf an Risikokapital zeigt. Die Ergebnisse des Austrian Startup Monitors 2024 belegen, dass 53 % der Start-ups externes Eigenkapital eingeworben haben; 20 % erhielten mehr als 500.000 €. Bei Deep-Tech-Startups liegt der Anteil über dieser Schwelle bei 36 %.

17% der Startups sind Deep-Tech-Startups, d.h. sie entwickeln technologische Lösungen auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse bzw. technologischer Durchbrüche und betreiben dafür eigene, langfristige Forschung und Entwicklung. 37% der Startups weisen eine Unternehmensbewertung von über 5 Mio. € auf; bei Deep-Tech-Startups liegt dieser Anteil bei 44%.

Internationale Märkte sind für Startups zentral: Im Durchschnitt stammen 41% der Umsätze aus dem Ausland; bei Deep-Tech-Startups liegt dieser Anteil bei 59%. Rund 80% der Startups planen laut Befragung 2024 zudem, im darauffolgenden Jahr in internationale Märkte (weiter) zu expandieren.

Soziale und ökologische Zielsetzungen rücken in der Startup-Landschaft zunehmend in den Vordergrund; der Anteil der Startups, die primär soziale und/oder ökologische Ziele verfolgen, ist weiter gestiegen – mittlerweile zählen 56% aller Startups zu Green oder Social Startups.

Aus Sicht der Gründer/innen zeigen sich klare **Bedarfe** für verbesserte **Rahmenbedingungen**: Priorität haben Erleichterungen bei Abgaben, insbesondere bei den Lohnnebenkosten – 62% der befragten Startup-Gründer/innen nennen dies als wichtigste politische Maßnahme. Ebenso zentral ist eine schnellere und weniger bürokratische Abwicklung von Förderungen (56%) sowie bessere Anreizsysteme zur Mobilisierung privaten Risikokapitals (49%). Rund ein Fünftel erachtet weitere Verbesserungen bei der Beteiligung von Mitarbeiter/innen am Unternehmenserfolg als wichtig.

Im internationalen Vergleich gehört Österreich zu den weiter entwickelten, aber nicht führenden Startup-Ökosystemen. Laut dem Global Startup Ecosystem Index 2025 von StartupBlink⁴¹ rangiert Österreich auf Platz 26 von 100 Ländern und auf Rang 13 in Westeuropa. Das Ökosystem umfasst laut diesem Ranking rund 721 Startups, davon zwei Unicorns. Wien ist dabei das am höchsten eingestufte Startup-Ökosystem des Landes und belegt Platz 74 von 1.000 gelisteten Städten im veröffentlichten globalen Städteranking. Aufholbedarf besteht insgesamt bei der Skalierung junger Unternehmen – sichtbar etwa an der im Vergleich zu führenden europäischen Ökosystemen geringeren Zahl großer Exits, Unicorns und dem Volumen früher Finanzierungsrunden.

Auf europäischer Ebene werden Startups und Scaleups im Rahmen der EU-Startup- und Scaleup-Strategie „Choose Europe to Start and Scale“ adressiert, mit der die Europäische Kommission bessere Rahmenbedingungen für Gründung und Wachstum innovativer, technologieorientierter Unternehmen schaffen will – insbesondere durch verbesserten Zugang zu Finanzierung, die Reduktion administrativer Hürden und Maßnahmen zur Gewinnung und Bindung von Talenten (Europäische Kommission, 2025a).

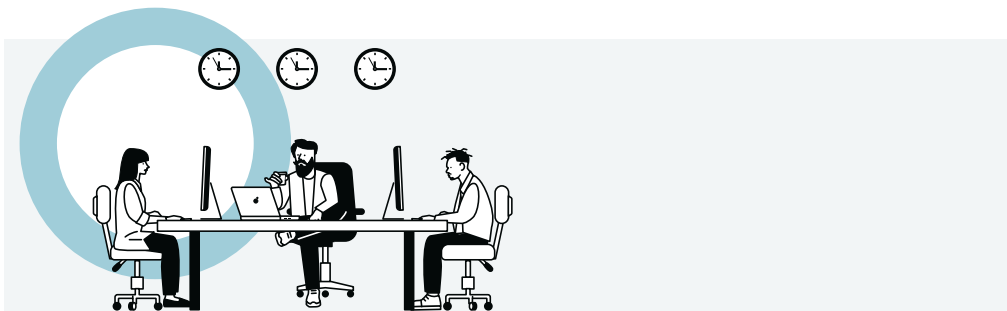
41 <https://www.startupblink.com/top-startups/austria>

2.1.2 Wachstumsphase

Nach der erfolgreichen Gründung beginnt die Wachstumsphase, in der Unternehmen nach der anfänglichen Etablierung ihr Marktpotenzial zunehmend ausschöpfen. Diese Phase ist durch steigende Umsätze, eine zunehmende Zahl an Beschäftigten und die Erweiterung von Strukturen, Prozessen und Märkten gekennzeichnet. Zentrale Herausforderungen bestehen in der Sicherung ausreichender finanzieller Mittel, der Professionalisierung des Managements sowie im Aufbau effizienter Organisations- und Kommunikationsstrukturen.

Die Wachstumsverläufe von Unternehmen können sehr unterschiedlich sein: Ein Teil der Betriebe wächst rasch, andere wachsen moderat oder verbleiben langfristig als Ein-Personen-Unternehmen (EPU). Zudem ist Wachstum selten linear, sondern erfolgt häufig in **Schüben** – etwa ausgelöst durch einen neuen Marktzugang, Investitionen, Personalaufbau oder technologische Schritte – und wird von Phasen der **Stabilisierung** bzw. Konsolidierung unterbrochen.

Im Rahmen einer EU-weiten Erhebung, an der auch über 500 österreichische KMU zwischen Februar und April 2025 teilnahmen, gaben 46 % der Unternehmen an, in den kommenden Jahren wachsen zu wollen. Insgesamt planen 18 % ein Wachstum von 10 % oder mehr. 28 % beabsichtigen, in andere EU-Ländern zu expandieren, und 9 % streben ein Wachstum außerhalb der EU an. Rund ein Drittel der befragten österreichischen KMU verfügt über einen strategischen Wachstumsplan, ein Anteil der leicht unter jenem der befragten KMU in der EU insgesamt liegt. (Quelle: Europäische Kommission, 2025a)



Wachstumsunternehmen

Schnellwachsende Unternehmen tragen wesentlich zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Förderung von Innovationen und zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Die Statistik Austria definiert sie als Arbeitgeberunternehmen, deren durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl über einen Zeitraum von drei Jahren um mindestens 10 % zunimmt. Unternehmen mit weniger als zehn unselbstständig Beschäftigten im Ausgangsjahr sowie Neugründungen werden dabei nicht berücksichtigt⁴². Junge schnellwachsende

42 Um Anzahl bzw. Anteile der schnell wachsenden Unternehmen nicht zu verzerren, werden all jene Unternehmen ausgeschieden, die zu Beginn der Beobachtungsperiode weniger als zehn unselbstständig Beschäftigte aufweisen, da sich bei diesen Unternehmen ein absolut kleiner Beschäftigtenzuwachs in hohen prozentuellen Zuwächsen niederschlägt.

Unternehmen – sogenannte Gazellen – bilden eine Untergruppe dieser Betriebe und sind höchstens fünf Jahre alt.

Im Jahr 2024 gab es in Österreich 4.070 Wachstumsunternehmen mit rund 228.000 Beschäftigten. Sie machten damit knapp 10 % aller Arbeitgeberunternehmen mit mindestens zehn unselbstständig Beschäftigten aus. Weiters gab es im selben Jahr 215 junge schnellwachsende Unternehmen bzw. Gazellen. Diese Unternehmen beschäftigten rund 8.800 Mitarbeitende.

Die Anzahl der Wachstumsunternehmen ist 2024 mit 4.070 zwar etwas niedriger als 2023 (4.278), im Vergleich zu den Vorjahren (2022: 3.344) jedoch deutlich gestiegen, was vor allem auf Aufholeffekte nach Beschäftigungsrückgängen während der Pandemie zurückzuführen ist. Den höchsten Anteil an schnellwachsenden Unternehmen verzeichnete 2024 folglich auch die Beherbergung und Gastronomie (19 %), gefolgt vom Bereich Information und Kommunikation (16 %) sowie Kunst, Unterhaltung und Erholung (15 %). (Quelle: Statistik Austria)

Zu den größten Wachstumshürden zählen für österreichische KMU Schwierigkeiten bei der Rekrutierung und Bindung von **Fachkräften** (49 % gegenüber 43 % EU-weit), gefolgt vom **Wettbewerb** mit anderen Unternehmen (46 % vs. 38 % EU-weit) sowie einer **begrenzten Nachfrage** nach ihren Produkten oder Dienstleistungen (43 % vs. 29 % EU-weit). Etwa ein Drittel der heimischen KMU sieht – ähnlich wie der EU-Durchschnitt – **regulatorische oder administrative Anforderungen** als Wachstumshemmnis. (Quelle: Europäische Kommission, 2025b)

Zu den zentralen **Hürden für grenzüberschreitendes Wachstum** zählen weiters der Zugang zu Informationen über im Ausland geltende Vorschriften und Anforderungen (26 % vs. 20 % EU-weit) sowie Schwierigkeiten beim Verständnis unterschiedlicher wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, etwa aufgrund von Sprachbarrieren (18 % vs. 20 % EU-weit). (Quelle: Europäische Kommission, 2025b)

Herausforderungen und Bedarfe

Unternehmen in der Wachstumsphase benötigen häufig zusätzliches Eigen- oder Fremdkapital, um Investitionen in Personal, Ausrüstung, Infrastruktur oder Internationalisierung zu finanzieren. Der Zugang zu Wachstumskapital stellt dabei jedoch oftmals eine zentrale Hürde dar. Insbesondere besteht in Österreich weiterhin eine deutliche Lücke bei der Finanzierung durch Risiko- und Wagniskapital in der Wachstumsphase (siehe auch Kapitel 1.4.2). Insgesamt gestaltet sich das finanzielle Umfeld für wachstumsorientierte Unternehmen in Österreich damit weiterhin herausfordernd (vgl. Friedl et al., 2025).

Dies führt mitunter dazu, dass stark wachsende Startups Standorte mit günstigeren Rahmenbedingungen – etwa im Vereinigten Königreich oder in den USA – bevorzugen. Der geplante Rot-Weiß-Rot Dachfonds/Scaleup Fonds (siehe Kapitel 3.4) setzt bei der Mobilisierung von institutionellem Kapital für Innovation und Wachstum an und kann die finanziellen Rahmenbedingungen von Wachstumsunternehmen verbessern.

Wesentlich für ein nachhaltiges Wachstum ist die strategische Weiterentwicklung des Geschäftsmodells – etwa durch Diversifizierung, Digitalisierung oder den Eintritt in neue Märkte. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Risikomanagement, Compliance und Nachhaltigkeit, insbesondere in Hinblick auf Lieferketten, Finanzierung und ökologische Verantwortung. Ebenso gewinnt in dieser Phase die Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften und Führungspersonal an Bedeutung, um den steigenden Anforderungen an Management, Produktion und Innovation gerecht zu werden.

Auf wirtschaftspolitischer Ebene besteht daher Bedarf an gezielten Unterstützungsmaßnahmen, die den Zugang zu **Wachstumskapital**, **Internationalisierung** und **Fachkräfteentwicklung** erleichtern. Ebenso wichtig sind Partnerschaften, Netzwerke und Beratungsangebote, die Unternehmen beim Skalieren unterstützen und den Übergang von der Gründungs- zur Expansionsphase begleiten.

Junge Unternehmen in der Wachstumsphase verfügen häufig noch nicht über ausreichende liquide Mittel, um hochqualifizierte Fachkräfte marktgerecht zu entlohnen. Vor diesem Hintergrund gewinnen Modelle der Mitarbeiterbeteiligung zunehmend an Bedeutung. Mit der Einführung der Flexiblen Kapitalgesellschaft (FlexKapG) und der Neuregelung des § 67a EStG zur Startup-Mitarbeiterbeteiligung wurden 2024 bereits wichtige Schritte zur Verbesserung der rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen gesetzt. § 67a EStG ermöglicht einen Besteuerungsaufschub sowie eine begünstigte Besteuerung des geldwerten Vorteils aus der unentgeltlichen Abgabe von Kapitalanteilen an Arbeitnehmer/innen in Startups und jungen KMU. Nun gilt es, das Bewusstsein in den Unternehmen für diese Möglichkeiten zu stärken und die Attraktivität von Mitarbeiterbeteiligungsmodellen weiter zu erhöhen.

2.1.3 Reifephase

In der Reifephase stabilisieren und konsolidieren sich Unternehmen typischerweise nach einer erfolgreichen Wachstumsphase. Sie verfügen über gefestigte Marktpositionen, etablierte Kundenbeziehungen und optimierte interne Strukturen. Gleichzeitig stehen sie vor der Herausforderung, Innovation und Effizienz in Einklang zu bringen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Während in dieser Phase häufig stabile Umsätze und Beschäftigungszahlen erzielt werden, sinken die Wachstumsraten meist deutlich, und der Kosten- und Effizienzdruck nimmt zu. Die Reifephase ist jedoch keinesfalls mit Stillstand gleichzusetzen. Gerade in dieser Phase ist die Fähigkeit zur Anpassung – etwa

durch Digitalisierung, Nachhaltigkeitsmaßnahmen und Internationalisierung – entscheidend, um den Unternehmensbestand zu sichern und einen möglichen Rückgang der Geschäftstätigkeit zu vermeiden. In der Reifephase entscheidet sich, ob ein Unternehmen durch gezielte Innovationen in eine neue Wachstums- bzw. Erneuerungsphase übergeht oder aufgrund fehlender Innovationen und gesättigter Märkte in eine Rückgangphase eintritt.

Herausforderungen und Bedarfe

Ein zentraler Bedarf in der Reifephase besteht darin, die **Innovationsfähigkeit** aufrechtzuerhalten. Aufgrund der zunehmenden innerbetrieblichen Bürokratie konzentrieren sich viele KMU in dieser Phase auf operative Effizienz, wodurch Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) sowie digitale Transformation oft zu kurz kommen. Dies weist auf die Notwendigkeit hin, Innovationsförderungen (Produkt- und Prozessinnovationen) auch auf etablierte Betriebe und inkrementelle und anwendungsorientierte Neuerungen auszurichten, um Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Während in der Gründungs- und Wachstumsphase häufig disruptivere Innovationen im Vordergrund stehen, geht es in der Reifephase stärker um inkrementelle Innovation.

Darüber hinaus besteht Bedarf an gezielten **Informations- und Beratungsangeboten** für etablierte Unternehmen, die häufig weniger von den bestehenden Förder- und Unterstützungsstrukturen profitieren als Jungunternehmen. Diese Angebote sollten spezifisch auf die Bedürfnisse älterer Betriebe ausgerichtet sein – etwa im Bereich Strategieentwicklung, Nachfolgeplanung oder Innovationsmanagement. Auch der Aspekt der Neuausrichtung bestehender Unternehmen („zweiter Aufbruch“) sollte stärker adressiert werden. Dabei können Sparring-Partnerschaften mit erfahrenen Berater/innen wertvolle Unterstützung leisten, um Wachstumsimpulse zu identifizieren und strategisch umzusetzen. (vgl. Voithofer et al., 2009)

Schließlich stellen die **ökologische und digitale Transformation** eine doppelte Herausforderung dar. Viele Unternehmen sehen sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, Prozesse zu modernisieren und CO₂-Emissionen zu reduzieren. Eine gezielte Unterstützung bei der Finanzierung nachhaltiger Investitionen, der Digitalisierung und beim Kompetenzaufbau in der Belegschaft wird daher als zentrales Handlungsfeld identifiziert.

In der Reifephase rückt neben Effizienz und Stabilität die **Entwicklung von Resilienz** stärker in den Vordergrund: Ziel ist es, Abhängigkeiten von externen Kapitalgebern zu reduzieren und gleichzeitig die Resilienz gegenüber wirtschaftlichen Schwankungen und Schocks zu erhöhen. Dazu zählen der Aufbau ausreichender finanzieller Reserven (Liquiditätspuffer/Rücklagen), eine ausgewogene Finanzierungsstruktur mit höherem Eigenfinanzierungsanteil sowie ein vorausschauendes Risiko- und Szenariomanagement.

In der Reifephase stehen Unternehmen vor der zentralen Herausforderung, bestehende Strukturen kritisch zu hinterfragen und rechtzeitig Impulse für Erneuerung zu setzen. Studien zeigen, dass insbesondere Betriebe mit älteren Inhaber/innen deutlich seltener investieren als jüngere (vgl. Schwartz/Gerstenberger, 2025). Daher kommt der **Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung** in Richtung kontinuierlicher Investitionen, Anpassung des Geschäftsmodells und Veränderungsbereitschaft (z. B. neue Organisationsformen, New Work) eine besondere Bedeutung zu. Zugleich erfordert der **Umgang mit alternden Belegschaften** gezielte Maßnahmen zur Wissenssicherung (z. B. systematische Übergabe kritischen Erfahrungswissens), zur lebensphasenorientierten Weiterbildung, zur Förderung altersgemischter Teams sowie zur ergonomischen und arbeitsorganisatorischen Anpassung (inkl. flexibler Arbeitsmodelle), um Leistungsfähigkeit und Innovationskraft zu sichern (vgl. André 2025). Maßnahmen zur Förderung eines innovativen, kreativen Klimas sowie die Offenheit für externe Beratung können dabei helfen, neue Perspektiven zu gewinnen und Innovationsprozesse anzustoßen.

Zudem erfordern demografische Entwicklungen – insbesondere zunehmende Pensionierungen von Eigentümer/innen – eine aktive **Nachfolgeplanung in den Unternehmen**, um Know-how-Verluste zu vermeiden und den Fortbestand von Betrieben zu sichern. Programme zur Unternehmensnachfolge, Restrukturierung und Professionalisierung des Managements werden hier zunehmend wichtiger.

2.1.4 Nachfolge/Übergabe

Gelungene Unternehmensnachfolgen sind ein entscheidender Faktor für die Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich. Sie sichern nicht nur bestehende Arbeitsplätze, sondern gewährleisten auch den Fortbestand von Wissen, regionaler Wertschöpfung und Innovationskraft. Der demografische Wandel führt zu einer zunehmenden Dynamik und Herausforderung in diesem Bereich. Zwischen 2025 und 2034 stehen in Österreich rund 52.500 Unternehmen mit mindestens einem unselbstständig Beschäftigten vor einer potenziellen Übergabe – das entspricht rund 22 % aller Arbeitgeberunternehmen, die gemeinsam etwa 705.000 Arbeitsplätze bereitstellen. (Quelle: Schnellschätzung der KMU Forschung Austria, 2025)

Eine Unternehmensnachfolge impliziert den Übergang von operativer Führung und Eigentum und wird definiert als *„der Übergang des Eigentums und der Unternehmensführung auf eine andere Person oder Unternehmung, wobei das ursprüngliche Unternehmen weiterhin wirtschaftlich tätig ist.“* (vgl. Mandl et al., 2008).

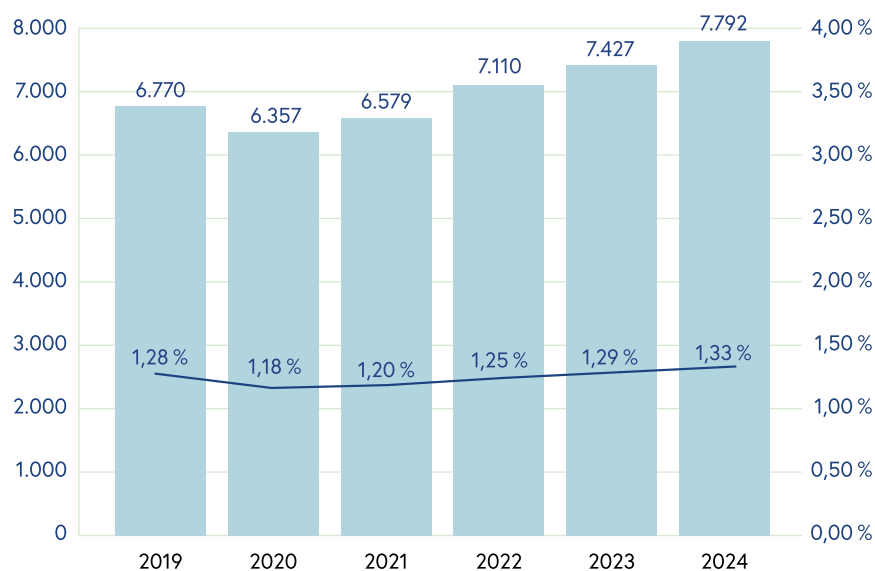
Während familieninterne Übergaben weiterhin eine wichtige Rolle spielen, gewinnen familienexterne Nachfolgemodelle zunehmend an Bedeutung. Gründe dafür liegen in veränderten Lebensentwürfen, der geringeren Bereitschaft junger Generationen zur Übernahme elterlicher Betriebe sowie in einem enger werdenden Pool an potenziellen Nachfolger/innen infolge geburtenschwächerer Jahrgänge. (vgl. Dorr et al., 2021)

In Österreich fanden im Jahr 2024 fast 7.800 Unternehmensübernahmen⁴³ statt. Das entspricht einem Plus von fast 5 % gegenüber 2023. Insgesamt ist es seit 2021 zu einem kontinuierlichen Anstieg gekommen. Auch die Übernahmeintensität, also der Anteil der Unternehmensübernahmen an den aktiven Kammermitgliedern, ist seitdem auf 1,33 % im Jahr 2024 gestiegen (2023: 1,29 %).

Die meisten Unternehmensübernahmen im Jahr 2024 erfolgten in den Sparten Gewerbe und Handwerk (30 %), Tourismus und Freizeitwirtschaft (26 %) und im Handel (20 %) (Wirtschaftskammer Österreich, 2025).

Grafik 9

Anzahl der Unternehmensübernahmen und Übernahmeintensität, 2019–2024



Übernahmeintensität: = Anteil der Unternehmensübernahmen an den aktiven Kammermitgliedern Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft; Quelle: Wirtschaftskammer Österreich (Erscheinungsdatum: August 2025)

Herausforderungen und Bedarfe

Förderliche rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen: Bei Unternehmensnachfolgen können behördliche Prüfungen im Zuge der Übernahme bestehende Abweichungen von Auflagen sichtbar machen und notwendige Anpassungen auslösen. Da Genehmigungen in der Regel an die Betriebsanlage und nicht an die Eigentümer/innen gebunden sind, können dabei auch Versäumnisse zum Vorschein kommen, die

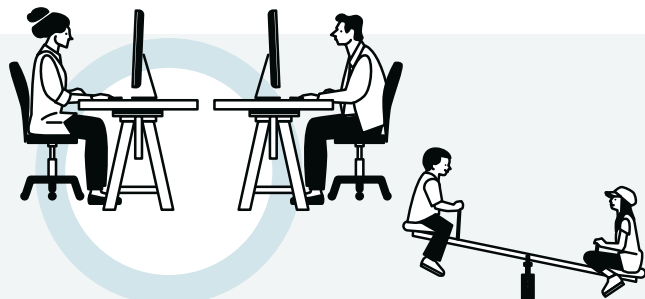
43 Die Zahlen sind eher als Obergrenze zu sehen, da es in Folge der Berechnungsmethode (Übereinstimmung von Branchen und Standort bei gleichzeitiger Neuanmeldung einer Mitgliedschaft bei der Wirtschaftskammer) vorkommen kann, dass sich nach der Schließung eines Unternehmens am gleichen Standort wieder ein Unternehmen derselben Branche ansiedelt (z. B. im Bereich der Gastronomie). Damit sind auch reine „Standortübernahmen“ innerhalb einer Branche miterfasst.

bereits vor der Übergabe bestanden haben. Aus Sicht des Arbeits-, Umwelt- und Konsumentenschutzes ist dies wichtig, geht für Nachfolger/innen jedoch häufig mit aufwändigen, kostenintensiven Maßnahmen und erheblichem administrativem Aufwand einher. Die damit verbundene Administration bindet Ressourcen, die für Führung und Weiterentwicklung des übernommenen Unternehmens fehlen. Um Nachfolger/innen nicht zu überfordern, sind klar kommunizierte Anforderungen sowie angemessene Übergangsfristen („Grace Periods“) zur Herstellung eines konformen Zustands zentral. Die Reduzierung bürokratischer Prozesse (z. B. Entfall von Gebühren, digitale Verwaltung), die Herstellung von Rechtssicherheit (z. B. bei der Dauer des Kündigungsschutzes) und eine Gleichstellung mit Neugründungen in Bezug auf die Befreiung von bestimmten Lohnabgaben sind weitere Bedarfe in dieser Unternehmensphase. Eine hohe Besteuerung von Unternehmensveräußerungen setzt Anreize, Betriebe erst in schwächeren Phasen zu verkaufen – mit Folgen wie ausbleibenden Reinvestitionen, abnehmendem Engagement und Wertverlust. Ein vorteilhaftes Besteuerungsregime (inkl. z. B. Erhöhung der Freibeträge bei Übertragung und Veräußerung) ist daher in diesem Zusammenhang relevant. (vgl. Mayerhofer/Bernleithner, 2024)

Finanzierung: Ein weiterer Bedarf besteht in der Finanzierung der Nachfolge. Viele Nachfolger/innen haben Schwierigkeiten, ausreichendes Kapital für die Übernahme aufzubringen und müssen dazu meist Fremdkapital aufnehmen. Befragungen haben weiters gezeigt, dass ein Großteil der Nachfolger/innen keine Förderungen in Anspruch nimmt – häufig aufgrund fehlender Kenntnis, wahrgenommener Komplexität oder unpassender Förderangebote (vgl. Dorr et al., 2021). Bei der Nachfolge besteht damit ein Bedarf an geeigneten, nachfolgetauglichen Finanzierungs- und Förderinstrumenten (z. B. Beteiligungsfreibetrag, staatlicher/privater Nachfolge-Beteiligungsfonds). Insbesondere in ländlichen Regionen kann sich die Suche nach Nachfolger/innen herausfordernd gestalten, wodurch zielgerichtete Finanzierungsinstrumente insbesondere für ländliche Betriebe wichtig sind. (vgl. Mayerhofer/Bernleithner, 2024)

Bewusstseinsbildung und Kultur: Schließlich zeigt sich die Notwendigkeit von gezielter Beratung und Bewusstseinsbildung. Viele Unternehmer/innen unterschätzen den Zeitbedarf einer Übergabe und die Notwendigkeit, Wissen systematisch zu übertragen. Externe Unterstützung – etwa durch Steuerberater/innen, Kammern oder spezialisierte Nachfolgeberater/innen – wird als besonders hilfreich gesehen, ist aber nicht allen Unternehmen bekannt. Neben der fachlichen Begleitung sind auch psychologische und kommunikative Aspekte zentral, um Vertrauen zwischen den Generationen aufzubauen und die Nachfolge als Chance zur Erneuerung des Unternehmens zu begreifen (vgl. Dorr et al., 2021). Im Gegensatz zu Gründungen erhalten Unternehmensnachfolgen zudem meist weniger mediale und wirtschaftspolitische Aufmerksamkeit. Es besteht daher ein Bedarf, das Thema politisch und gesellschaftlich sichtbarer zu machen. Dies könnte etwa durch die von BMWET und WKÖ im Dezember 2025 ins Leben gerufene Nachfolge-Taskforce oder das geplante Weiterbildungsprogramm rund um das Thema

Nachfolge für Nachfolger/innen „NextGen4Austria“ erfolgen. Zudem gilt es, die Unternehmensnachfolge unter jungen Menschen als Karriereoption bekannter zu machen. Um die Kompetenzen (potenzieller) Nachfolger/innen zu stärken, könnten weiters spezifische Kurse für Studierende angeboten werden. (vgl. Mayerhofer/Bernleithner, 2024)



Familienunternehmen

Die Nachfolgethematik ist insbesondere für Familienunternehmen zentral. Familiengeführte Betriebe sind ein wesentlicher Bestandteil der österreichischen Unternehmenslandschaft und spielen als Arbeitgeber und Ausbildungsorte, vor allem in ländlichen Gegenden, eine entscheidende Rolle für die Wirtschaftsleistung. Durch ihre Langlebigkeit und meist stabile Entwicklung sind sie eine tragende Säule der österreichischen Wirtschaftsstruktur. Die Bandbreite der Familienunternehmen reicht vom kleinen Handwerksbetrieb bis hin zum weltweit erfolgreichen Großkonzern.

Laut EU-Definition⁴⁴ handelt es sich im Jahr 2024 bei fast 546.000 Unternehmen oder 90 % der Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft in Österreich um Familienunternehmen im **weiteren Sinne** inkl. EPU. Diese verfügen über 2,5 Mio. Beschäftigte (= 67 % der Beschäftigten der marktorientierten Wirtschaft) und erwirtschafteten einen Umsatz von rund 610 Mrd. € (59 % der Umsätze der marktorientierten Wirtschaft).

Familienunternehmen im **engeren Sinne**, d.h. ohne EPU, umfassen 194.800 Betriebe (32 %) mit einem Umsatz von rund 580 Mrd. € (56 %), die rund 2,2 Mio. Personen (58 %) beschäftigen.⁴⁵

⁴⁴ Siehe Glossar im Anhang

⁴⁵ Die in der Box angeführten Daten zu Familienunternehmen basieren auf einer Abschätzung der KMU Forschung Austria auf Basis einer Primärerhebung aus dem Jahr 2019 sowie der vorläufigen Leistungs- und Strukturerhebung 2024 der Statistik Austria.

2.1.5 Schließungsphase

Die Schließung eines Unternehmens ist – ähnlich wie die Gründung – von komplexen wirtschaftlichen, rechtlichen und persönlichen Entscheidungen geprägt. In dieser Phase geht es um die geordnete Abwicklung der betrieblichen Tätigkeit, einschließlich der Liquidation von Vermögenswerten, der Erfüllung offener Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitenden, Gläubigern und Behörden sowie der Beendigung laufender Verträge.

Unternehmensschließungen erfolgen teilweise aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten, etwa infolge einer angespannten Finanzlage oder rückläufiger Auftragslage. Häufig spielen jedoch auch persönliche Lebensumstände eine Rolle – etwa Pensionierung, familiäre Gründe oder der Wechsel in eine – bzw. die Ausweitung einer bestehenden – unselbstständigen Beschäftigung. Diese Vielfalt an Beweggründen zeigt, dass nicht jede Schließung mit einer Krise verbunden, sondern oft Teil geplanter Lebens- und Karriereentscheidungen ist.

Mittel- bis langfristig sind Marktaustritte aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive bedeutsam, da sie eine effizientere Nutzung von Ressourcen ermöglichen. Wenn unproduktive Unternehmen aus dem Markt ausscheiden, können freiwerdende Arbeitskräfte und Kapital in neuen oder bestehenden Betrieben produktiver eingesetzt werden. Eine höhere Marktdynamik – im Sinne von Marktein- und -austritten von Unternehmen – fördert damit Innovation, Produktivität und wirtschaftliches Wachstum, insbesondere vor dem Hintergrund der grünen und digitalen Transformation. (vgl. Bachinger et al., 2025)

Im Jahr 2024 wurden in Österreich knapp 32.000 Unternehmen geschlossen⁴⁶; insgesamt wurden damit weniger Unternehmen geschlossen als gegründet. Die Schließungsquote bzw. der Anteil der Schließungen an allen Unternehmen belief sich auf 5,3% und lag damit deutlich unter der Neugründungsquote von 6,2%. Im europäischen Vergleich weist Österreich weiterhin eine geringe Austrittsrate auf (5,5% gegenüber 8,2% EU-weit im Durchschnitt 2021–2023). Daraus ergibt sich für Österreich insgesamt eine niedrigere Gründungs- und Schließungsdynamik, allerdings bestehen Unternehmen hierzulande länger am Markt: Die fünfjährige Überlebensquote⁴⁷ beläuft sich in Österreich auf 54% im Vergleich zu 46% im Durchschnitt der EU-27.

Nur ein (geringer) Teil der Unternehmensschließungen ist auf Insolvenzen zurückzuführen, wobei eine Insolvenz nicht unbedingt die endgültige Schließung des Unternehmens bedeutet. Im Jahr 2024 meldeten etwa 6.600 Unternehmen Insolvenz an. Damit zeigt sich, dass der überwiegende Teil der Marktaustritte auf (freiwillige) Schließungen solventer Unternehmen zurückzuführen ist – auch wenn wirtschaftliche Gründe häufig eine Rolle spielen und in vielen Fällen das Ausbleiben geeigneter Nachfolger/innen mitentscheidend ist.

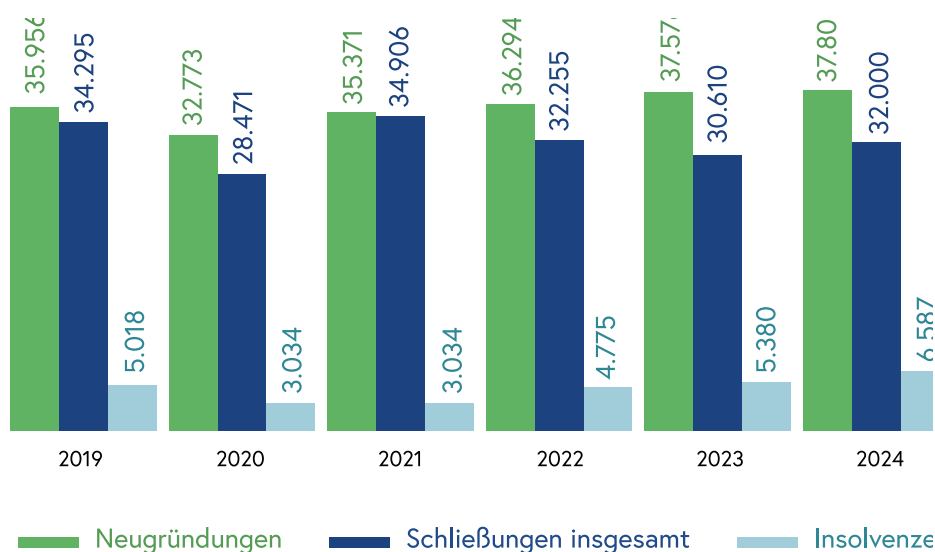
⁴⁶ Bei den Werten handelt es sich um eine Abschätzung der KMU Forschung Austria auf Basis der Statistik zur Unternehmensdemografie von Statistik Austria.

⁴⁷ von im Jahr 2015 neu gegründeten Unternehmen; die Überlebensquote beschreibt den Anteil aller in einem bestimmten Jahr gegründeten Unternehmen, welche nach fünf Jahren noch am Markt bestehen.

Nach einem Anstieg der gesamten Anzahl der Schließungen zwischen 2020 und 2021 verringerte sich diese in den Jahren 2022 und 2023, bevor sie 2024 erneut zugenommen hat. Die Zahl der Insolvenzen ist demgegenüber seit 2022⁴⁸ kontinuierlich stark angestiegen. Neben Insolvenzen großer Unternehmen waren 2024 auch wieder verstärkt mittelständische Betriebe von einer Zahlungsunfähigkeit betroffen. Ausschlaggebend hierfür waren die hohen Energie-, Rohstoff- und Personalkosten, die sehr oft nicht oder nur in zu geringem Ausmaß weitergegeben werden konnten. Da viele Gläubiger und damit andere Betriebe und Geschäftspartner von den Insolvenzen betroffen sind, führt dies häufig auch zu Folgeinsolvenzen⁴⁹. Im Jahr 2025 ist die Anzahl der Insolvenzen abermals um 3,4 % auf 6.810 Unternehmen angestiegen. Damit sich die Insolvenzdynamik abschwächt, wären in vielen Bereichen spürbar bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen notwendig. Aus heutiger Sicht rechnet der KSV1870 für 2026 mit einem ähnlich hohen Insolvenzgeschehen wie in den Vorjahren.⁵⁰

Grafik 10

Anzahl der Unternehmensneugründungen- und -schließungen sowie Anzahl der Insolvenzen 2019–2024



Schließungen insgesamt: Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft; 2022: revidierter Wert; 2023: vorläufiger Wert; 2024: Abschätzung der KMU Forschung Austria auf Basis der Statistik zur Unternehmensdemografie von Statistik Austria;
 Insolvenzen: Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft inkl. Land- und Forstwirtschaft sowie von privaten Haushalten mit Hauspersonal; Quellen: Statistik Austria, KSV1870 (Stand: November 2025)

48 nach dem Auslaufen der gesetzlichen Regelungen zur Abfederung der Corona-bedingten Wirtschaftskrise, welche mit einem starken Rückgang der Insolvenzen einhergegangen ist

49 Quelle: KSV1870, Pressemitteilung vom 13.1.2025: <https://www.ksv.at/insolvenzstatistik/insolvenzstatistik-2024-final>

50 Quelle: KSV1870, Pressemitteilung vom 13.1.2026: <https://www.ksv.at/insolvenzstatistik/unternehmensinsolvenz-2025>

Herausforderungen und Bedarfe

Besondere Herausforderungen ergeben sich bei der Schließung von Unternehmen aus **administrativen und rechtlichen Verfahren**, wie der formalen Abmeldung des Unternehmens, den steuerlichen Abschlussarbeiten oder gegebenenfalls einem Insolvenzverfahren. Hinzu kommen emotionale und soziale Belastungen für Unternehmer/innen, insbesondere wenn die Schließung nach längeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten erfolgt.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist die Schließungsphase von Bedeutung, da ein **professionelles und entstigmatisiertes Management von Unternehmensschließungen** dazu beitragen kann, Unternehmensaustritte zu vereinfachen, individuelle und wirtschaftliche Folgekosten zu reduzieren und den Wiedereinstieg ehemaliger Unternehmer/innen in neue Tätigkeiten oder Gründungen zu erleichtern. **Begleitende Beratungs- und Unterstützungsangebote** sind dabei zentrale Instrumente, um den Übergang konstruktiv zu gestalten. Weiters sind ein **einfacher Zugang zum Insolvenzsystem** (auch für kleine Unternehmen) sowie eine effiziente Abwicklung von Insolvenzen und Unternehmensschließungen zentral. Ein erleichterter Zugang zum österreichischen Insolvenzsystem könnte etwa durch die Vorfinanzierung des Mindestkapitals von 4.000 € (durch öffentliche Mittel oder alternative Finanzierungsmodelle) für Verfahren erreicht werden, die sonst mangels Masse abgelehnt würden. (vgl. Bachinger et al., 2025)

Ein Bewusstsein dafür, dass Restrukturierung und Schließung normale Bestandteile der unternehmerischen Entwicklung sind und zugleich wichtige Impulse für wirtschaftliche Erneuerung und Dynamik liefern können, ist zentral für verbesserte Rahmenbedingungen. Die Förderung einer „**Kultur des Scheiterns**“ bzw. einer „**Kultur der zweiten Chance**“ kann helfen, Hemmschwellen abzubauen, unternehmerisches Lernen zu stärken und langfristig zu einer offeneren und innovationsfreundlicheren Wirtschaftskultur beizutragen. (vgl. Bachinger et al., 2025)

2.2 Ausgewählte Branchen im Fokus

Neben den unternehmerischen Entwicklungsphasen unterscheiden sich die Herausforderungen und Bedarfe der Unternehmen auch stark nach ihrer Branchenzugehörigkeit und ihrem wirtschaftlichen Betätigungsfeld, mit dem häufig auch gänzlich unterschiedliche Geschäftsmodelle verbunden sind. Vor diesem Hintergrund werden in diesem Abschnitt zunächst wesentliche Kennzahlen der Branchen (zu Wirtschaftsentwicklung, Innovation und Digitalisierung) dargestellt sowie anschließend spezifische Entwicklungen, Herausforderungen und Bedarfe für ausgewählte Wirtschaftsbereiche näher beleuchtet.

2.2.1 Branchenüberblick

Bedeutung und Entwicklung der Branchen

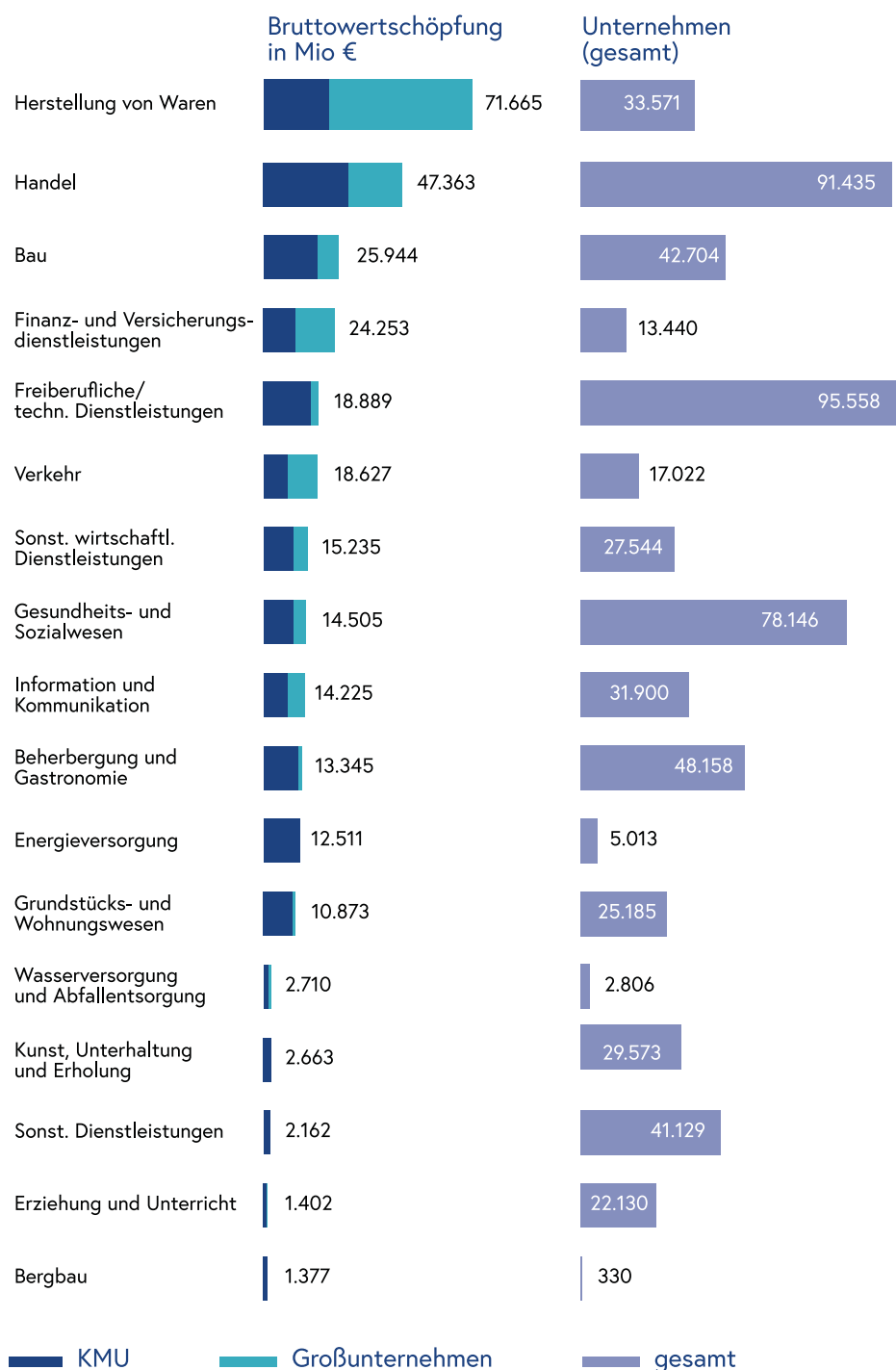
Die folgenden Grafiken zeigen die Bedeutung der Branchen in Hinblick auf die Bruttowertschöpfung und die Anzahl der Unternehmen. Fast ein Viertel der Wertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft in Österreich entfällt auf die Herstellung von Waren (2023: rund 72 Mrd. €). Rund ein Drittel davon wird von KMU erzielt. Auf Platz zwei liegt der Handel (16 % der gesamten Wertschöpfung bzw. rund 47 Mrd. €), gefolgt vom Bau (9 % bzw. rund 26 Mrd. €). In diesen beiden Wirtschaftsbereichen ist der von KMU erwirtschaftete Anteil an der Wertschöpfung (Handel: 62 %, Bau: 71 %) wesentlich höher als in der Herstellung von Waren.

Unter den Top-10 der Branchen befinden sich zahlreiche Bereiche, die den wirtschaftsnahen Dienstleistungen zuzurechnen sind (Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, freiberufliche, technische und wissenschaftliche Dienstleistungen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, Information und Kommunikation). Zudem liegen der Verkehr, das Gesundheits- und Sozialwesen sowie die Beherbergung und Gastronomie unter den zehn Branchen mit der höchsten Wertschöpfung in Österreich.

Hinsichtlich der Anzahl der Unternehmen sieht die Reihung anders aus. Die meisten Unternehmen sind in den Bereichen freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (2024: 16 %), Handel (15 %) sowie Gesundheits- und Sozialwesen (13 %) tätig. Die Beherbergung und Gastronomie (8 %), das Baugewerbe (7 %) sowie der Bereich der sonstigen (persönlichen) Dienstleistungen (7 %) stellen ebenfalls eine große Anzahl an Unternehmen. Auf die Warenherstellung entfallen 6 % der Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft in Österreich.⁵¹

51 Quelle: Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik, 2023 und 2024 (vorläufige Daten)

Grafik 11

Bruttowertschöpfung (2023) sowie Anzahl der Unternehmen (2024)

2024: vorläufige Daten; DL=Dienstleistungen
 Quelle: Statistik Austria (Stand: November 2025)

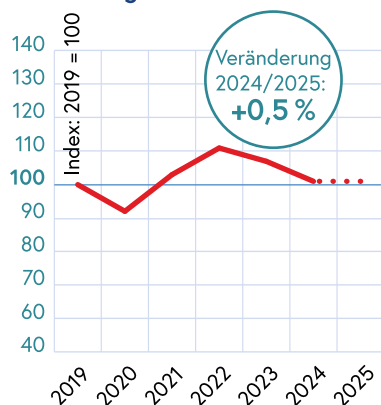
Im Jahresvergleich 2024/2025 ist die reale Bruttowertschöpfung in der Mehrheit der Branchen zwischen 0,5% und 1,2% zurückgegangen. Zuwächse von jeweils 1% verzeichneten der Handel und der Bereich Information und Kommunikation. Die Herstellung von Waren konnte ebenfalls ein leichtes Plus von 0,5% erzielen.

Eine längerfristige Betrachtung macht deutlich, dass im Hinblick auf die reale Wertschöpfung der Bau sowie die Beherbergung und Gastronomie das Vor-Corona-Niveau bislang nicht wieder erreicht haben. Der Handel lag 2025 ebenfalls unter diesem Niveau. Am schwächsten hat sich über den gesamten Zeitraum der Bau entwickelt, in dem die Wertschöpfung seit 2020 in allen Jahren real rückläufig war.

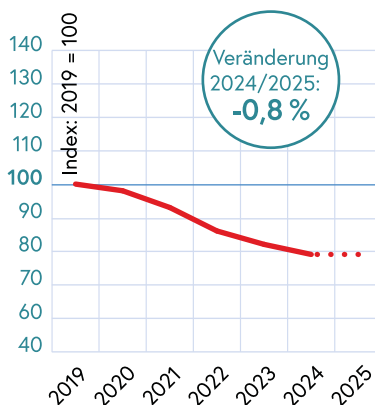
Grafik 12

Reale Entwicklung der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen nach Branchen, 2019–2025

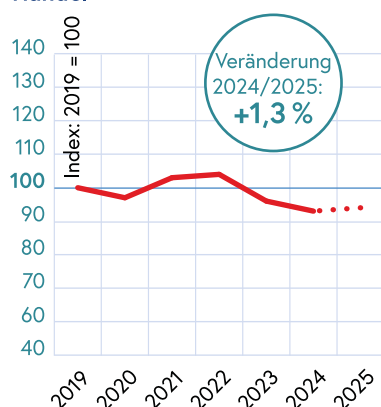
Herstellung von Waren



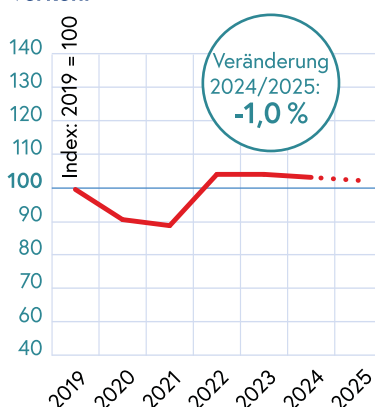
Bau

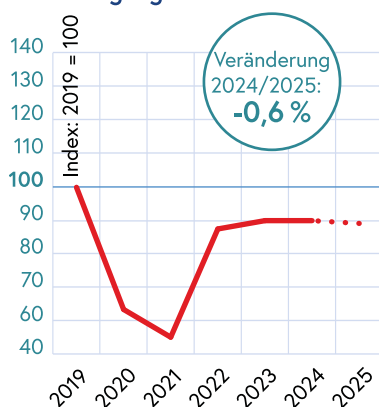
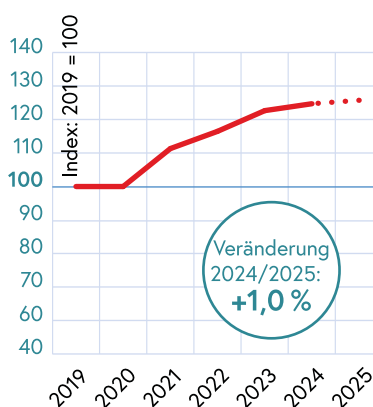
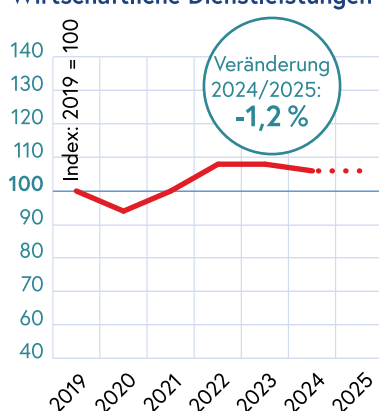
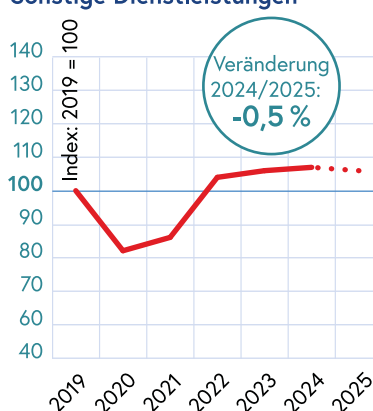


Handel



Verkehr



Beherbergung und Gastronomie**Information und Kommunikation****Wirtschaftliche Dienstleistungen****Sonstige Dienstleistungen**

Anmerkungen: 2025 Prognose; Wirtschaftliche Dienstleistungen: freiberufliche/wissenschaftliche/technische Dienstleistungen und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (Abschnitte M+N der ÖNACE 2008); Sonstige Dienstleistungen: vor allem Kunst, Unterhaltung und Erholung, Sonstige Dienstleistungen (Abschnitte R bis U der ÖNACE 2008)
Quelle: Statistik Austria, WIFO (Stand: Jänner 2026)

Innovation und Digitalisierung in den Branchen

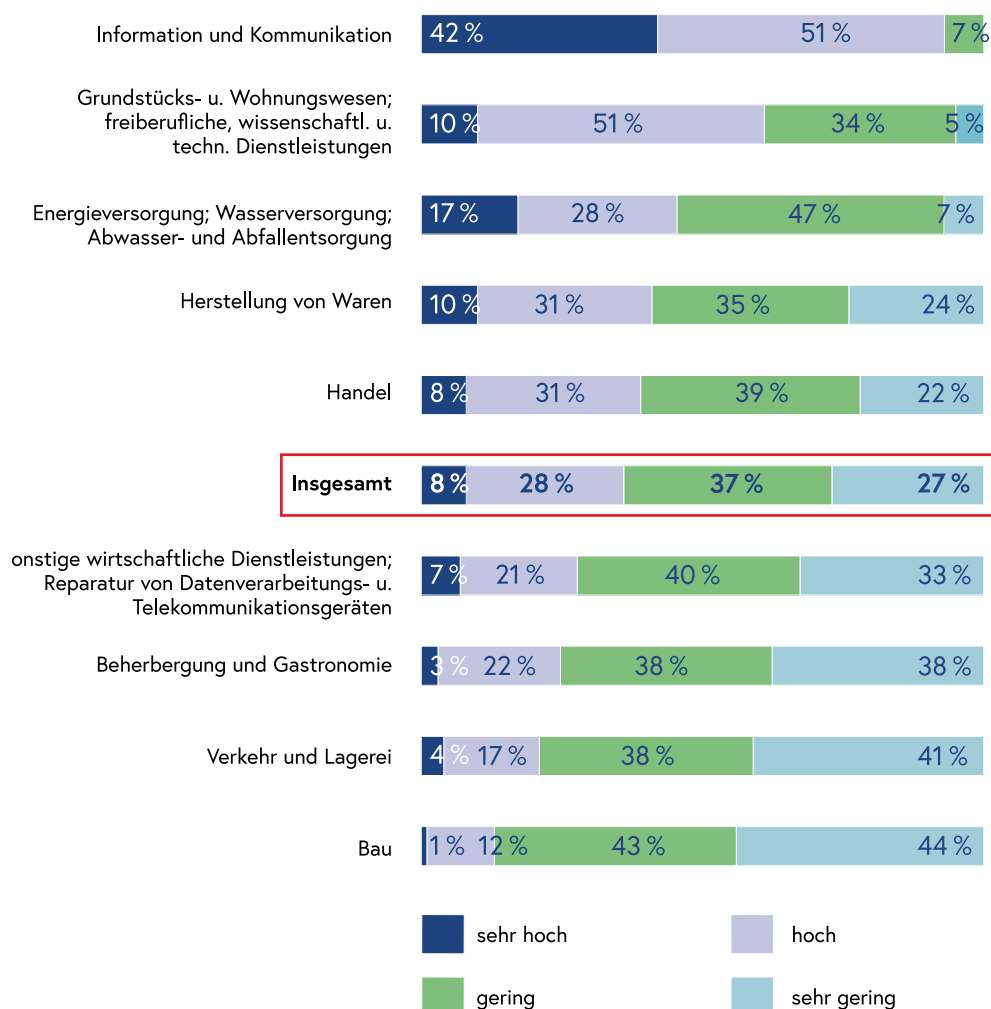
Die Unternehmen unterscheiden sich je nach Branchenzugehörigkeit stark in ihrem Innovations- und Digitalisierungsverhalten.

Im Rahmen der Innovationserhebung (Community Innovation Survey, CIS) werden Innovationsdaten zu ausgewählten Branchen bzw. Teilbranchen erhoben⁵². Als besonders innovativ erweisen sich gemäß CIS-Daten einige Produktionsbereiche: Die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen, die Herstellung chemischer Erzeugnisse sowie auch der Maschinenbau erreichen Anteile von innovationsaktiven Unternehmen von 80 % bis 90 %. Auch in der Branche Information und Kommunikation sind mehr als acht von zehn Unternehmen innovationsaktiv. Geringere Innovationsraten verzeichnet demgegenüber etwa der Verkehrssektor mit rund einem Drittel an Betrieben mit Innovationsaktivitäten.

52 Die umfassten (Teil-)branchen decken sich dabei nicht mit der im vorliegenden Bericht dargestellten Branchenlogik, sodass eine Gegenüberstellung aller im Bericht abgebildeten Branchen nicht möglich ist.

Auch die Digitalisierungsintensität variiert stark nach Branchen. Zu den Bereichen mit hoher Digitalisierungsintensität (gemessen am Einsatz von 12 IKT-Maßnahmen) zählen naturgemäß der Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie, aber auch die freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (inkl. Grundstücks- und Wohnungswesen). Wenig digitalisierungsaffine Branchen sind demgegenüber der Bau sowie der Verkehr.

Grafik 13 Digitalisierungsintensität⁵³ nach Branchen, 2024



Quelle: Statistik Austria

53 Der Index zur Digitalisierungsintensität setzt sich aus folgenden zwölf Indikatoren zusammen: Internetzugang von mind. 50 % der Beschäftigten, Nutzung einer Internetdownloadgeschwindigkeit von mind. 30 Mbit/s, Nutzung von Technologien basierend auf Künstlicher Intelligenz, Nutzung von mindestens drei ausgewählten IKT-Sicherheitsmaßnahmen, Verschriftlichung von Maßnahmen, Methoden oder Prozessen in Bezug auf IKT-Sicherheit, Maßnahmen, um Beschäftigten Verpflichtungen über IKT-Sicherheit bewusst zu machen, Beschäftigung von IKT-Fachkräften, Schulungen im IKT-Bereich für IKT-Fachkräfte oder andere Beschäftigte, Durchführung von Online-Meetings, Remote-Zugriff auf E-Mail-System, Dokumente oder Anwendungen/Software, Webverkäufe oder EDI-basierte Verkäufe von mind. 1 % des Gesamtumsatzes, Webverkäufe von mind. 1 % des Gesamtumsatzes und mind. 10 % davon an Privatkund/innen (B2C).

2.2.2 Herstellung von Waren

Branchenüberblick

Die österreichischen Produktionsunternehmen bilden eine wichtige Säule der heimischen Wirtschaft: Auf die Branche Herstellung von Waren entfallen rund 33.600 Unternehmen mit 728.300 Beschäftigten und einer Wertschöpfung von 72 Mrd. €. Dies sind 6 % der Unternehmen bzw. 19 % der Beschäftigten sowie 24 % der Wertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft in Österreich. Der KMU-Anteil ist vergleichsweise niedrig (42 % der Beschäftigten, 31 % der Bruttowertschöpfung). Im Hinblick auf die Bruttowertschöpfung sind der Maschinenbau, die Herstellung von Metallerzeugnissen, die Metallerzeugung und -bearbeitung, die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen sowie die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln die größten Teilbranchen. Diese erzielten fast die Hälfte der Wertschöpfung des Sektors.⁵⁴

Nach den Rezessionsjahren 2023 und 2024 ist die Wertschöpfung in der Herstellung von Waren im Jahr 2025 leicht gestiegen. Vor allem in den Bereichen Konsumgüter und Vorprodukte ist es zu Zuwächsen gekommen, wohingegen die Investitionsgüterindustrie mit einer anhaltend schwachen Nachfrage kämpfte. Die Stimmung vieler Unternehmen ist zwar bis Jahresende 2025 gedämpft geblieben, hat sich jedoch im Jahresverlauf deutlich gebessert. Auch die Auftragslage wurde zuletzt wieder deutlich besser bewertet. (Schiman-Vukan & Ederer, 2025b).

Die Entwicklung der Exporte zeigt nach einem Einbruch 2020 (real -10,5 %) eine starke Aufholphase in 2021 und 2022 (je rund +9,5 %), gefolgt von einer spürbaren Abkühlung: Seit 2023 ist die reale Entwicklung wieder leicht negativ (2023: -0,6 %, 2024: -2,3 %, 2025: -0,7 %).⁵⁵ Die Exportkonjunktur dürfte im zweiten Halbjahr 2025 etwas an Fahrt gewonnen haben und wird 2026 moderat wachsen. Die Erholung bleibt jedoch anfällig für neuerliche Rückschläge. (vgl. Schiman-Vukan & Ederer, 2025b)

Aktuelle Trends, Herausforderungen und Bedarfe

Neben der allgemeinen Konjunkturschwäche sehen sich produzierende Unternehmen mit weiteren Herausforderungen konfrontiert:

Kostenbelastung: Ausgelöst durch den Energiepreisschock hat die kostenseitige Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen gelitten. Der starke Kostenschub konnte nicht durch Produktivitätserhöhungen ausgeglichen werden. Die **Lohnstückkosten**, welche das Verhältnis der Arbeitskosten zur produzierten Wertschöpfungseinheit messen, sind schneller als in Vergleichsländern gestiegen. Dadurch sank die preisliche

⁵⁴ Quelle: Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik, 2023 (Bruttowertschöpfung) und 2024 (vorläufige Daten)

⁵⁵ Quellen: Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Stand: Dezember 2025), WIFO (Schiman-Vukan & Ederer, 2025b); beim überwiegenden Teil der Exporte handelt es sich um Warenexporte

Wettbewerbsfähigkeit. Die heimischen Energiepreise liegen weiterhin über dem europäischen Durchschnitt, was besonders die energieintensiven Branchen wie Chemie, Papier, Gummi/Kunststoff und Metalltechnik betrifft.

Mit dem Ende Dezember 2025 kundgemachten Günstiger-Strom-Gesetz (BGBl. I Nr. 91/2025) wurde ein neuer Rechtsrahmen für den Strommarkt geschaffen, der u. a. Preistransparenz und Wettbewerb stärken sowie dynamische Tarife und einen erleichterten Tarifwechsel vorsehen soll, um Preissignale bzw. sinkende Großhandelspreise schneller an Endkund/innen weiterzugeben (siehe auch Kapitel 3.3). Auch dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energieträger und der dazugehörigen Infrastruktur kommt eine zentrale Rolle zu, um Abhängigkeiten von volatilen Energieimporten zu verringern und mittelfristig den Kostendruck zu dämpfen. KMU können Kostensteigerungen oft nicht durch Skaleneffekte oder internationale Verlagerung abfedern. Sie haben tendenziell höhere relative Fixkosten (z. B. Verwaltung, Bürokratie), die pro Stück auf weniger produzierte Einheiten verteilt werden. Da die Kostensteigerungen häufig nicht (vollständig) an Kunden weitergegeben werden können, führte dies zu einer deutlichen Schmälerung der Margen. Vor diesem Hintergrund werden in diesem Sektor insbesondere **geringere Arbeitskosten** sowie Unterstützungen für **Qualifizierungsmaßnahmen** als hilfreich angesehen. Auch **Investitionsförderungen** können dazu beitragen, Produktivitätssteigerungen zu ermöglichen.

Globale Märkte/Handelspolitik: Die zunehmende **internationale Konkurrenz**, insbesondere aus China, stellt den heimischen Herstellungssektor ebenfalls vor Herausforderungen. Der drohende Verlust von Exportmärkten belastet vor allem die besonders exportstarken Herstellungsbranchen wie die Papier- und Fahrzeugherstellung oder die Elektro- und Elektronikindustrie. Eine zunehmende Herausforderung sind die internationalen Rahmenbedingungen und geopolitischen Unsicherheiten. Die von den USA ergriffenen **Zollmaßnahmen** (u. a. auf Metall- und Chemieprodukte) wirken sich belastend auf die österreichische Sachgütererzeugung aus, da von den USA in den letzten Jahren eine hohe Nachfrage nach österreichischen Waren bestand. Um faire Wettbewerbsbedingungen zu sichern und die Exportfähigkeit insbesondere für KMU langfristig zu gewährleisten, ist eine **abgestimmte europäische Industrie- und Handelspolitik** notwendig. Dazu zählen koordinierte Reaktionen auf internationale Subventionsprogramme, die Unterzeichnung stabiler Handelsabkommen (z. B. das EU-Mercosur- oder das EU-Indien-Abkommen) sowie Maßnahmen zur Stärkung resilienter europäischer Lieferketten.

Bürokratie: Eine weitere Herausforderung ist die zunehmende Komplexität europäischer Regulierung: EU-Klimaziele, CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), Lieferkettengesetz, Berichterstattungspflichten und digitaler Produktpass führen zu hohem administrativem Aufwand. Für KMU ohne spezialisierte Compliance-Abteilungen bedeutet dies eine reale Wettbewerbsverzerrung gegenüber Großunternehmen.

Fachkräftemangel: Der demografische Wandel und der zunehmende Wettbewerb zwischen den Branchen forciert die Situation im Hinblick auf fehlende Fachkräfte. Vor allem in der Elektro- und Elektronikproduktion sowie in der Metalltechnischen Produktion wird ein hoher Bedarf an HTL-Absolvent/innen diagnostiziert⁵⁶. Etwa jeder zehnte Betrieb der Sachgütererzeugung nennt den **Mangel an Arbeitskräften** als primäres Produktionshemmnis (Schiman-Vukan & Ederer, 2025a). Zur Deckung des Fachkräftebedarfs braucht es weiterhin Umschulungs- und Weiterbildungsoffensiven – insbesondere in Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft. Ergänzend ist eine verstärkte MINT⁵⁷-Förderung im Bildungsbereich, insbesondere hinsichtlich Hochschulen und der Lehre nötig. Ein besonderer Fokus sollte dabei auf der Förderung von Frauen liegen. Zusätzlich tragen qualifizierte Zuwanderung in Schlüsselberufen (inklusive Integrations- und Anerkennungsprogrammen) sowie altersgerechte Arbeitsplätze und eine stärkere Integration älterer Arbeitnehmer/innen zu einem höheren Arbeitskräftepotenzial bei.

Innovationskraft und Digitalisierung sind zentrale Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Sachgütererzeugung. Im Bereich Herstellung von Waren weisen 59 % der Unternehmen Innovationsaktivitäten auf und liegen damit leicht über dem Gesamtdurchschnitt (57 %). Besonders hohe Innovationsanteile finden sich innerhalb der Warenherstellung bei Datenverarbeitungsgeräten, Elektronik, Optik sowie elektrischen Ausrüstungen (91 %), im Maschinenbau (82 %) sowie in der Kokerei, Mineralölverarbeitung, Chemie und Pharmazie (85 %). Vergleichsweise niedriger sind die Anteile u. a. bei Nahrungs- und Futtermitteln, Getränken und Tabak (48 %) sowie im Bereich Holz, Papier, Druck (49 %). Im Hinblick auf die Digitalisierungsintensität verorten sich in der Herstellung von Waren 10 % der Unternehmen auf einem sehr hohen und 31 % auf einem hohen Niveau; damit liegt der Bereich über dem Durchschnitt der Unternehmen (insgesamt: 8 % sehr hoch, 28 % hoch).⁵⁸ Zur weiteren Stärkung der Innovations- und Digitalisierungsaktivitäten tragen die Forcierung **der F&E-Förderung**, der Ausbau von Kooperationen zwischen Wirtschaft und Forschung sowie Programme zur Anwendung digitaler Produktionstechnologien bei. Die gezielte **Förderung von Forschung, Digitalisierung und nachhaltigen Technologien** stärkt insbesondere KMU, neue Märkte zu erschließen und ihre Wertschöpfung zu erhöhen.

56 <https://www.wko.at/oe/industrie/industrie-htl-absolvent-innen-dringend-gesucht>

57 Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

58 Quelle: Statistik Austria, Innovationsdaten für 2022, Digitalisierungsdaten für 2024



Exkurs *Hidden Champions*

Weltmarktführerschaft wird häufig mit großen Unternehmen und Konzernen verbunden. Tatsächlich gibt es jedoch eine hohe Anzahl mittelgroßer, kaum bekannter Unternehmen, die global führend sind – die sogenannten „Hidden Champions“. Österreich weist eine besonders hohe Dichte solcher hochspezialisierter Nischenmarktführer auf (siehe auch Kapitel 1.4), die zu einem großen Teil im Herstellungssektor angesiedelt sind. Hidden Champions werden als Unternehmen definiert, die in ihrem Markt weltweit zu den Top 3 zählen, weniger als 5 Mrd. € Umsatz erwirtschaften und in der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sind. Für Österreich wurden 171 Hidden Champions identifiziert. Bezogen auf die Bevölkerung entspricht dies rund 19 Hidden Champions je eine Million Einwohner/innen und damit einer Dichte, die jener Deutschlands und der Schweiz sehr ähnlich ist und zu den höchsten weltweit zählt. (vgl. Simon, 2022)

Zu den zentralen Prinzipien und Erfolgsfaktoren von Hidden Champions zählen ambitionierte Wachstums- und Marktführungsziele, eine enge Fokussierung auf Nischen bei gleichzeitig hoher Wertschöpfungstiefe, hohe Produktqualität, konsequente Internationalisierung über eigene Tochtergesellschaften, ausgeprägte Kundennähe und Serviceleistungen sowie überdurchschnittliche F&E- und Innovationsanstrengungen. (vgl. Simon, 2022)

Ein Großteil der Hidden Champions ist im Bereich Herstellung von Waren tätig (z.B. Maschinenbau, Metallwarenerzeugung und Elektroindustrie). Damit konzentrieren sich österreichische Hidden Champions stark in jenen Segmenten, in denen auch die außenwirtschaftlichen Spezialisierungsvorteile der österreichischen Industrie liegen. Zugleich zeigen regionale Analysen, dass Hidden Champions häufig in kleineren Städten und ländlichen Regionen angesiedelt sind und dort nicht nur qualifizierte Arbeitsplätze sichern, sondern auch zu Bildungs-, Kultur- und Infrastruktureinrichtungen beitragen. Für Österreich lässt sich daraus ableiten, dass Hidden Champions im Bereich „Herstellung von Waren“ zentrale Träger von Exportleistung, technologischer Erneuerung und regional verankerter Wertschöpfung sind. (vgl. Simon, 2022)

2.2.3 Handel

Branchenüberblick

Der Handel zählt ebenfalls zu den zentralen Säulen der österreichischen Wirtschaft. Hier sind rund 91.400 Unternehmen mit 711.700 Beschäftigten tätig. Die Unternehmen erzielen eine Bruttowertschöpfung von mehr als 47 Mrd. €. Der Handel steht damit für 15 % der Unternehmen, 19 % der Beschäftigten sowie 16 % der Wertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft. Vor allem der Lebensmitteleinzelhandel erfüllt auch eine zentrale Funktion im Bereich der Nahversorgung und für die Stabilität lokaler Wirtschaftsstrukturen (vgl. Ziniel et al., 2025b). Der KMU-Anteil bei den Beschäftigten und der Wertschöpfung liegt bei etwas mehr als 60 %.

Der österreichische Handel gliedert sich im Wesentlichen in drei Hauptsegmente: den Kfz-Handel einschließlich Reparatur, den Großhandel und den Einzelhandel. Während der **Einzelhandel** den größten Teil der Unternehmen (57 %) und Beschäftigten (57 %) des gesamten Handels stellt, entfällt der höchste Anteil an der Wertschöpfung (48 %) auf den **Großhandel**. Der Kfz-Handel ist mit einem Anteil von 17 % an der Wertschöpfung ebenfalls ein wesentlicher Teil des Sektors.⁵⁹

Trends, Herausforderungen und Bedarfe

In der jüngsten Vergangenheit hat sich die Situation des Handels zunehmend angespannt. Die Zahl der Handelsunternehmen hat sich seit 2019 deutlich verringert. Die Schließungsquote (2023: 6,5 %) der Branche war in den vergangenen Jahren höher als die Quote der Neugründungen (6,0 %). Dies verweist auf strukturelle Herausforderungen und den zunehmenden Anpassungsdruck in der Branche. (vgl. Gavac et al., 2025)

Nach einer Erholung in den Jahren 2021 und 2022 stagnierte die Beschäftigung im Handel 2023 und ging 2024 leicht (-1 %) zurück. Auch die Umsätze waren zuletzt rückläufig. Im Jahresvergleich 2023/24 sind die Handelsumsätze nominell um 0,8 % und real um 1,6 % zurückgegangen. Diese Entwicklung war vom Großhandel beeinflusst, welcher sowohl nominell als auch real Rückgänge um -3,3 % hinnehmen musste. Der Einzelhandel konnte währenddessen ein Plus verzeichnen (nominell +2,1 % und real +0,5 %). In der größten Einzelhandelsbranche – dem Einzelhandel mit Lebensmitteln – verlief die Umsatzentwicklung noch etwas besser (nominell: +4,2 %, real: +1,8 %). (vgl. Gavac et al., 2025) Die Umsatzrentabilität lag hier im Bilanzjahr 2023/24 bei 1,3 % (Bilanzjahr 2022/23: 1,2 %)⁶⁰.

59 Quelle: Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik, 2023 (Bruttowertschöpfung) und 2024 (vorläufige Daten)

60 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank, Stand November 2025

Die unterschiedliche Dynamik innerhalb des Handelssektors ist darauf zurückzuführen, dass der **Einzelhandel** stark vom privaten Konsum abhängt, während der **Großhandel** von der Nachfrage der österreichischen Unternehmen wie auch von der Export- und Außenhandelsentwicklung beeinflusst wird. Hier hat sich die schwächere Nachfrage bzw. die zurückhaltende Investitionstätigkeit vieler Unternehmen negativ ausgewirkt. (vgl. Schiman-Vukan & Ederer, 2025a) Der private Konsum expandierte demgegenüber 2024 (+1 %) und 2025 (+0,7 %) leicht. Für 2026 wird in Folge der schwachen Einkommensentwicklung mit einem ähnlich geringen Zuwachs (+0,8 %) wie 2025 gerechnet. (vgl. Schiman-Vukan & Ederer, 2025b)

Für eine nachhaltige Verbesserung der Situation ist zudem eine gewisse Zuversicht auf Seiten der Konsument/innen und der Unternehmen erforderlich. Zu diesem Zweck sind Maßnahmen förderlich, die das Vertrauen auf beiden Seiten stärken. Dazu zählen konjunkturpolitische Maßnahmen und Reformen, die sowohl Konsument/innen als auch Unternehmen nützen. (vgl. Gavac et al., 2025)

Zentrale Herausforderungen für die Branche ergeben sich weiters aus dem **Strukturwandel durch E-Commerce und Digitalisierung**. Die verfügbaren Indikatoren deuten darauf hin, dass der Handel bei der Digitalisierungsintensität insgesamt nahe am gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegt: 8 % der Handelsunternehmen weisen eine sehr hohe und 31 % eine hohe Digitalisierungsintensität auf (Gesamtwirtschaft: 8 % bzw. 28 %). Im Großhandel entspricht auch der Anteil innovationsaktiver Unternehmen mit 57 % dem gesamtwirtschaftlichen Niveau.⁶¹ Studien zeigen, dass bereits mehr als die Hälfte der Distanzhandelsausgaben der Österreicher/innen an ausländische Anbieter fließen (vgl. Ziniel et al., 2025a). Gefragt sind vor diesem Hintergrund Programme zur Digitalisierung des stationären Handels, zur Förderung von Omnichannel-Strategien, zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten und zur Weiterqualifizierung von Beschäftigten in den Bereichen Datenanalyse und Online-Vertrieb.

Weitere Herausforderungen bestehen für den Sektor durch **Kostensteigerungen** bei Energie, Personal und Mieten sowie auch durch den **Fachkräftemangel**, insbesondere im Verkauf und in der Logistik. Die hohen Energiepreise, die allgemeine Inflation und Personalknappheit bringen dabei vor allem ländliche Nahversorger aktuell unter Druck (vgl. Ziniel et al., 2025b). Schließlich gilt es auch im Handel, die **Transformation in Richtung klimaneutrale, nachhaltige Geschäftsmodelle** zu bewältigen.

61 Quelle: Statistik Austria, Innovationsdaten für 2022, Digitalisierungsdaten für 2024

2.2.4 Bau

Branchenüberblick

Die Bauwirtschaft umfasst rund 42.700 Unternehmen mit 354.000 Beschäftigten und erzielt eine Bruttowertschöpfung von 26 Mrd. €. Dies sind 7 % der Unternehmen bzw. jeweils 9 % der Beschäftigten und der Wertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft in Österreich. Der KMU-Anteil liegt bei 77 % der Beschäftigten und 71 % der Wertschöpfung. Der Bau ist ein wichtiger Lehrlingsausbilder: Mit einem Lehrlingsanteil von 5,5 % an den Beschäftigten liegt er an der Spitze aller Wirtschaftsbereiche.

Innerhalb des Bausektors entfällt der Großteil der Unternehmen auf den Bereich **Bauinstallation und Ausbaugewerbe**: 83 % der Bauunternehmen sind in dieser Sparte tätig. Sie beschäftigen 66 % aller Arbeitskräfte und erbringen 58 % der Wertschöpfung des Sektors. Besonders bedeutend sind hier die Elektroinstallation sowie die Gas-, Wasser- und Heizungsinstallation. Der **Hochbau** umfasst rund 14 % der Bauunternehmen, auf die rund 23 % der Beschäftigten und 27 % der Wertschöpfung des Bausektors entfallen. Lediglich 2 % der Baubetriebe sind dem **Tiefbau** zugeordnet, der aber für 12 % der Beschäftigten und 15 % der Wertschöpfung verantwortlich ist und damit die größten Betriebe aufweist.⁶²

Trends, Herausforderungen und Bedarfe

Zwischen 2020 und 2024 war die Bauwirtschaft in Österreich erheblichen Belastungen ausgesetzt. Lieferengpässe, Materialknappheit und steigende Preise infolge der COVID-19-Pandemie, aber auch Zinserhöhungen und die rückläufige Nachfrage im Wohnbau führten zu einer deutlichen Eintrübung der Geschäftslage. Der Abschwung im Wohnbau übertrug sich zeitverzögert auch auf das Baunebengewerbe (vgl. Ederer & Schiman-Vukan, 2024).

Zur Unterstützung der Bauwirtschaft wurde im Juli 2024 der **Handwerkerbonus** eingeführt, der private Investitionen in Renovierungs- und Sanierungsleistungen ankurbelt und damit insbesondere das Baunebengewerbe stützt.

Im Laufe des Jahres 2025 dürfte sich die Baukonjunktur stabilisiert haben. Der Wohnbau blieb dabei schwach, während der Nicht-Wohnbau (Tiefbau, Geschäfts- und Industriebau) stützend wirkte. Zusätzlich deutet der WIFO-Konjunkturtest auf eine vorsichtige, aber stetige Verbesserung gegen Jahresende hin. Trotz dieser Signale dürften die Bauinvestitionen und die Wertschöpfung im Jahresdurchschnitt 2025 erneut zurückgegangen sein. Auch für 2026 wird wegen des Budgetdrucks und möglicher Projektverschiebungen der öffentlichen Hand nur eine geringe Dynamik erwartet (vgl. Schiman-Vukan & Ederer, 2025b).

⁶² Quelle: Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik, 2023 (Bruttowertschöpfung) und 2024 (vorläufige Daten)

Zur Stärkung des Wohnbaus bieten sich Chancen durch erhöhte **Planungs- und Investitionssicherheit**, etwa durch klar definierte Rahmenbedingungen, gezielte Wohnbauförderungen und vereinfachte Bauverfahren. Gleichzeitig tragen langfristige Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand dazu bei, den Tiefbau auch in konjunkturell schwächeren Phasen stabil zu halten.

Zunehmend an Bedeutung gewinnt zudem die **ökologische und digitale Transformation** der Branche. Der Bausektor zählt zu den am wenigsten digitalisierten Branchen mit den höchsten CO₂-Emissionen, was Anpassungen besonders wichtig macht. Die Nachfrage nach nachhaltigem und energieeffizientem Bauen steigt zudem stark. Kund/innen bevorzugen ressourcenschonende Lösungen, umweltfreundliche Materialien und innovative Gebäudetechnologien (vgl. KMU Forschung Austria, Branchenmonitor).

Wirtschaftspolitisch sind daher **Investitionen in Digitalisierung, Innovation (im Nachhaltigkeitsbereich) und Qualifizierung** wesentlich. Dazu zählen Programme zur Einführung digitaler Planungsinstrumente (z. B. Building Information Modeling), die Förderung klimafreundlicher Bauweisen sowie Weiterbildungsangebote im Bereich nachhaltiger Bau- und Gebäudetechnologien.

Gewerbe und Handwerk

Das Gewerbe und Handwerk umfasst eine große Vielfalt an Branchen des Bauwesens und der Warenproduktion: Bauhauptgewerbe, Baunebengewerbe (z. B. Installateure, Maler, Spengler), Metallgewerbe (z. B. Schlosser, Mechatroniker) und Lebensmittelgewerbe (z. B. Bäcker, Fleischer). Das Gewerbe und Handwerk umfasst aber auch Dienstleistungsbranchen wie z. B. Personenberatung und Personenbetreuung, Fußpfleger, Friseure, Kosmetiker, Masseure sowie Personaldienstleister.

Die höchste Wertschöpfung innerhalb von Gewerbe und Handwerk erzielt der Bau, gefolgt von den gewerblichen Dienstleistern, den Mechatronikern, Metalltechnikern sowie den Elektro-, Gebäude-, Alarm- und Kommunikationstechnikern. Auf diese fünf Branchen entfällt mehr als die Hälfte der Wertschöpfung der Sparte. (Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik)

Das Stimmungsbarometer im österreichischen Gewerbe und Handwerk lag im 4. Quartal 2025 weiterhin per Saldo (Anteil der Betriebe mit guten abzüglich der Betrieben mit schlechten Beurteilungen) im negativen Bereich. Der leichte Aufwärtstrend der vorangegangenen beiden Quartale wurde gestoppt.

Die Top 5-Herausforderungen im Jahr 2025 waren die Steuern und Abgaben (52 % der Betriebe), Preissteigerungen bei Rohstoffen und Materialien (48 %), die Bürokratie und Verwaltung (46 %), die Preiskonkurrenz (46 %) sowie die Arbeitskosten (45 %). (vgl. Gavac/Fürst, 2025b, c)

2.2.5 Wirtschaftsnahe Dienstleistungen

Branchenüberblick

Der Bereich der wirtschaftsnahen Dienstleistungen umfasst ein breites Spektrum verschiedener Wirtschaftszweige. Hierzu zählen die freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (z. B. Rechtsberatung und Wirtschaftsprüfung, Architektur- und Ingenieurbüros, Unternehmensberatung), der Bereich Information und Kommunikation (z. B. IT-Dienstleistungen, Telekommunikation), das Grundstücks- und Wohnungswesen, die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (z. B. Arbeitskräfteüberlassung, Gebäudebetreuung, Vermietung von beweglichen Sachen). Ein großer Teil der Unternehmen dieses Wirtschaftsbereichs gehört der Sparte Information und Consulting der Wirtschaftskammer Österreich an.

Insgesamt sind den wirtschaftsnahen Dienstleistungen rund 193.600 Unternehmen, 886.500 Beschäftigte sowie 83 Mrd. € Bruttowertschöpfung zuzurechnen. Dies sind fast ein Drittel der Unternehmen bzw. 23 % der Beschäftigten und 28 % der Wertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft in Österreich.

Mit rund 95.600 Unternehmen stellt der Bereich der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen die meisten Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft in Österreich (16 % der Unternehmen mit 8 % aller Erwerbstätigen). Eine hohe Anzahl an Beschäftigten ist auch in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (7 %) tätig. Die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen erzielen die vierthöchste Bruttowertschöpfung in Österreich (8 %).

Die freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen weisen bei den Beschäftigten und der Wertschöpfung einen sehr hohen KMU-Anteil von rund 90 % auf. Bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen liegt der Anteil demgegenüber lediglich bei rund 45 %.⁶³

Aktuelle Situation, Herausforderungen und Bedarfe

Die Komplexität rechtlicher und steuerlicher Aspekte, steigende Berichtspflichten und eine Fokussierung aufs Kerngeschäft erhöhen den Beratungsbedarf für Unternehmen. Das führt zu einer **verstärkten Nachfrage** nach Beratungsdienstleistungen und nach kompetenter juristischer Expertise, was v.a. den Wirtschaftszweigen Unternehmens- und Rechtsberatung und Steuerberatung bzw. Wirtschaftsprüfung zugutekommt. Die Unternehmen dieser Branchen müssen ihr Angebot laufend an die sich ändernde Nachfrage ihrer Kund/innen anpassen. Der Fokus ihrer Dienstleistungen liegt aktuell daher verstärkt auf den Bereichen Digitalisierung/KI, Resilienz und Environmental, Social and Governance (ESG) – also Umwelt, Soziales und Unternehmensführung. (KMU Forschung Austria, 2025d)

⁶³ Quelle: Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik, 2023 (Bruttowertschöpfung) und 2024 (vorläufige Daten)

KMU im Bereich der wirtschaftsnahen Dienstleistungen (speziell im Bereich Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung) können durch die laufende Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden sicherstellen, dass aktuelle rechtliche und steuerliche Entwicklungen im Blick behalten und geltende Qualitätsstandards eingehalten werden. Ebenso sind brancheninterne oder interdisziplinäre Kooperationen geeignet, den Wissenstransfer zu erhöhen.

Die gezielte Positionierung am Markt und die Spezialisierung auf bestimmte Themen (z. B. ESG, Cybersecurity) oder auf bestimmte Kerngebiete (Gesundheitswesen, Immobilien etc.) kann KMU im Bereich der wirtschaftsnahen Dienstleistungen dabei helfen, sich vom Wettbewerb abzuheben und höhere Margen zu erzielen (KMU Forschung Austria, 2025e).

Besonders in den wissensbasierten Dienstleistungsbranchen zeigt sich die **Digitalisierung** als Wachstumstreiber und möglicher Erfolgsfaktor im Hinblick auf Effizienzsteigerung und Produktivitätsgewinn. Dies wird auch durch die vorliegenden Indikatoren zu Digitalisierung und Innovation gestützt: Im Bereich Information und Kommunikation erreichen rund 93 % der Unternehmen ein (sehr) hohes Digitalisierungsniveau und rund 81 % sind innovationsaktiv. Auch im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie bei freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen liegt der Anteil mit (sehr) hohem Digitalisierungsniveau mit rund 61 % deutlich über dem Durchschnitt (rund 36 %); bei den Architektur- und Ingenieurbüros sowie verwandten Dienstleistungen beträgt der Anteil innovationsaktiver Unternehmen rund 61 % (gesamtwirtschaftlicher Durchschnitt: 57 %). Demgegenüber erreichen sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (z. B. Arbeitskräfteüberlasser, Reisebüros, Gebäudebetreuung) mit rund 28 % vergleichsweise selten ein (sehr) hohes Digitalisierungsniveau. Hilfreich ist für die Unternehmen in diesem Zusammenhang eine verstärkte Begleitung bei der digitalen Transformation.⁶⁴

Sparte Information und Consulting

Zu den größten Fachgruppen der Sparte Information und Consulting der WKÖ zählen die Unternehmensberatung, Buchhaltung und IT, die Werbung sowie Immobilien- und Vermögenstreuhänder. Die Unternehmen dieser Sparte meldeten zu Jahresbeginn 2025 eine befriedigende Auftragslage und zeigten sich tendenziell zuversichtlich hinsichtlich ihrer Geschäftsentwicklung. Erwartet wird für 2025 ein nominelles Umsatzplus von 4,7 %. Bei einer geplanten Preissteigerung von 2,6 % würde das einer realen Umsatzsteigerung von 2,1 % gleichkommen. Die Unternehmen beabsichtigten zu Jahresanfang 2025 eine Ausweitung ihrer Investitionstätigkeit um 9,6 %, und eine Aufstockung des Personalbestandes um durchschnittlich 5,7 %. (Gavac/Fürst, 2025a) Aufgrund der gesteigerten weltpolitischen Anspannung und der daraus folgenden Regulierung (z. B. NIS 2) liegt der Beratungsfokus der Sparte Information und Consulting mittlerweile auch stark auf dem Thema Cybersicherheit.

⁶⁴ Quelle: Statistik Austria, Innovationsdaten für 2022, Digitalisierungsdaten für 2024

Herausforderungen und Bedarfe

Trotz der zuversichtlichen Stimmung identifizieren die befragten Unternehmen der Sparte Information und Consulting folgende Herausforderungen (vgl. Gavac/Fürst, 2025a): **Steuern und Abgaben** werden von rund zwei Drittel der Unternehmen der Sparte Information und Consulting als große Belastung empfunden, **Bürokratie und Verwaltung** von 63%. 62% der Unternehmen geben an, dass eine **schwache Kundennachfrage** ihre Geschäftstätigkeit beeinträchtigt – dieser Befund betrifft ganz besonders die Fachverbände Buch- und Medienwirtschaft (74%), Immobilien- und Vermögenstreuhänder (72%) sowie die Werbebranche (72%). Sieben von zehn Unternehmer/innen nennen die gestiegenen **Arbeitskosten** als relevanten Hemmfaktor ihrer Geschäftstätigkeit. Der **Fachkräftemangel** wird vor allem von Arbeitgeberunternehmen der Fachverbände Druck (58%) sowie Ingenieurbüros (56%) als Einschränkung hervorgehoben. Etwas mehr als die Hälfte (53%) der Unternehmer/innen der Sparte Information und Consulting erachten die hohe Wettbewerbsintensität als herausfordernd.

2.2.6 Verkehr

Branchenüberblick

Dem Verkehrssektor sind etwa 17.000 Unternehmen mit 229.500 Beschäftigten und eine Wertschöpfung von 19 Mrd. € zuzurechnen. Er ist mit 3% der Unternehmen sowie jeweils 6% der Beschäftigten und der Wertschöpfung innerhalb der österreichischen marktorientierten Wirtschaft eine quantitativ vergleichsweise kleinere Branche. Die österreichischen Verkehrs- und Transportunternehmen tragen dennoch maßgeblich zur Versorgungssicherheit und zum Wirtschaftsstandort Österreich bei. Österreich fungiert zudem aufgrund seiner Lage als Logistikdrehscheibe in Europa. Dabei spielen die Verkehrsbetriebe eine zentrale Rolle. Der Verkehrsbereich setzt sich aus den fünf Segmenten Landverkehr (Straßen- und Eisenbahnverkehr), Schifffahrt, Luftfahrt, Dienstleistungen für den Verkehr sowie Post- und Kurierdienste zusammen.

Mit einem Sektor-Anteil von 83% der Unternehmen, 65% der Beschäftigten sowie 53% der Bruttowertschöpfung ist der Landverkehr das mit Abstand bedeutendste Segment, während die Schiff- und Luftfahrt im Hinblick auf die Anzahl der Unternehmen eine untergeordnete Rolle spielen.⁶⁵ Im Landverkehr ist die Güterbeförderung im Straßenverkehr die quantitativ dominierende Branche: 2024 entfiel der größte Teil des Transportaufkommens (85%) auf den Verkehrsträger Straße, während die Schiene und die Binnenwasserstraße mit 14% bzw. 1% jeweils wesentlich geringere Anteile ausmachten⁶⁶.

65 Quelle: Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik, 2023 (Bruttowertschöpfung) und 2024 (vorläufige Daten)

66 Quellen: Statistik Austria, Verkehrsstatistik; Eurostat; ASFINAG, 2025

Herausforderungen und Bedarfe

Für die heimischen Güterbeförderer und Spediteure gingen die Rezessionsjahre 2023 und 2024 mit beträchtlichen Herausforderungen einher. In einer Konjunkturumfrage des WIFO vom Jänner 2026 zeigt sich ein gemischtes Bild für den Bereich Verkehr. Die Einschätzungen zur aktuellen Lage blieben im Vergleich zum Vormonat weitgehend stabil, rund 62 % der Transportunternehmen meldeten zumindest ausreichende Auftragsbestände. Deutlich pessimistischer fiel hingegen der Ausblick auf die kommenden Monate aus: Die Erwartungen hinsichtlich der künftigen Geschäfts- und Beschäftigungslage sowie der Nachfrageentwicklung trübten sich gegenüber dem Vormonat spürbar ein. (vgl. Hölzl et al., 2026)

Anforderungen im Bereich Ökologisierung: Im Jahr 2024 verursachte der Verkehrssektor (inklusive Privatfahrzeugen und Fahrzeugen aus anderen Branchen) in Österreich rund 19,3 Mio. Tonnen Treibhausgase und war damit nach dem Bereich Energie und Industrie der zweitgrößte Emittent. Zwar konnten nach vorläufigen Ergebnissen die Emissionen gegenüber dem Jahr 2023 um 2,7 % gesenkt werden, langfristig zeigt sich jedoch ein deutlicher Anstieg: Seit 1990 nahmen die verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen um ungefähr 40 % zu. (Heinfellner et al., 2025) Die Defossilisierung des Verkehrs erfordert eine tiefgreifende Transformation, weg von fossilen Energieträgern und hin zu alternativen Antrieben und grünen Kraftstoffen. Dieser Übergang zu emissionsarmen Fahrzeugen ist allerdings mit erheblichen Kosten verbunden. Um die notwendige Kostendeckung sicherzustellen, sollten die Rahmenbedingungen für die Nutzung alternativer Antriebstechnologien verbessert werden. Umweltfreundliche Kraftstoffe bzw. Energien, wie bspw. grüner Strom, Wasserstoff, Biokraftstoffe und synthetische Kraftstoffe (insbesondere e-Fuels), sollten preislich – in Bezug auf Steuern und Abgaben – entlastet werden.

Eine Möglichkeit zur Reduktion der verkehrsbedingten Emissionen und zur nachhaltigeren Gestaltung des Güterverkehrs bietet der **intermodale Güterverkehr**, bei dem die Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasser kombiniert werden. Nach Einschätzung von Expert/innen hemmen insbesondere zwei Faktoren die Verkehrsverlagerung auf die Schiene: die strukturelle Überlegenheit des Straßengüterverkehrs und die mangelnde Harmonisierung im internationalen Bahnverkehr. Für KMU ist der intermodale Verkehr oft zu unrentabel, weil mehrere zusätzliche Kosten- und Organisationsfaktoren zu beachten sind. Dazu zählen etwa ein höherer Koordinations- und Planungsaufwand, fehlende Mengenvorteile bzw. eine komplexere Logistik im Vergleich zum klassischen Straßentransport. Als Erfolgsfaktoren im intermodalen Verkehr haben sich der Aufbau langfristiger Partnerschaften entlang der Transportkette, frühzeitige, integrierte Planung von Transportprozessen, der Einsatz digitaler Lösungen und die Entwicklung skalierbarer, flexibler Transportmodelle erwiesen. (VCÖ, 2024) Eine Möglichkeit, mit den gestiegenen Anforderungen an Verkehrsunternehmen Schritt zu halten, besteht in einer verstärkten **Vernetzung und Kooperation** der Branchenbeteiligten. Dies ist jedoch aufgrund

unterschiedlicher Systeme zwischen den Unternehmen oft nicht möglich. Hier könnten geeignete Schnittstellen und entsprechende digitale Plattformen Abhilfe schaffen.

Der Verkehrssektor ist bereits seit längerem mit einem starken **Personalmangel** konfrontiert. Gesucht sind, neben Lkw- und Busfahrer/innen, auch Disponent/innen, Speditionsfachleute sowie IT-Fachkräfte⁶⁷. Gründe für den ungedeckten Bedarf an Fachkräften sind neben dem schlechten Branchenimage auch die wenig attraktiven Arbeitsbedingungen (Heckl et al., 2023). Für Unternehmen resultiert der anhaltende Personalmangel in Kapazitätsengpässen und Umsatzrückgängen, da weniger Aufträge angenommen werden können. Zudem zeigt sich ein Anstieg der Personalkosten, da höhere Löhne gezahlt werden müssen, um einerseits bestehende Mitarbeitende zu halten und neue zu gewinnen. **Maßnahmen zur Personalgewinnung** im Verkehrssektor können eine Image- und Ausbildungsinitiative umfassen, die die Bedeutung der entsprechenden Berufsbilder hervorhebt. Darüber hinaus ist eine Erleichterung der Berufsanerkennung für Fahrpersonal aus Drittstaaten sowie eine Reduzierung ihrer Zugangsbarrieren am heimischen Arbeitsmarkt zu prüfen. (Kille et al., 2023) Um dem Mangel an Lenker/innen entgegenzuwirken und den Lehrberuf Berufskraftfahrer/in für junge Menschen attraktiver zu machen, könnte die neue EU-Führerscheinrichtlinie genutzt werden. Sie ermöglicht Jugendlichen ab 17 Jahren, beim begleiteten Fahren erste LKW-Fahrerfahrung zu sammeln.

Im Bereich Verkehr und Lagerei liegt der Anteil innovationsaktiver Unternehmen mit 33 % deutlich unter dem gesamtwirtschaftlichen Niveau (57 %). Auch bei der Digitalisierung zeigt sich eine unterdurchschnittliche Positionierung: 4 % der Unternehmen weisen ein sehr hohes und 17 % ein hohes Digitalisierungsniveau auf (insgesamt: 8 % bzw. 28 %).⁶⁸ Die fortschreitende Digitalisierung und der Einsatz innovativer Technologien eröffnen dem Verkehrs- und Logistiksektor vielfältige Potenziale zur Effizienzsteigerung und Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Durch intelligente Vernetzung lassen sich etwa Fuhrparks effizienter steuern, Kundenbeziehungen gezielter gestalten und Störungen in Lieferketten schneller erkennen und beheben, was die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen stärkt.

67 Triebfahrzeugführer/innen, Zugführer/innen, Gleisbauer/innen, Bahnberufe anderer Art, Autobuslenker/innen, Schulbusfahrer/innen, Berufskraftwarenfahrer/innen (Personenbeförderung) sowie Straßenbahnwagenführer/innen finden sich 2025 auf der bundesweiten Mangelberufsliste; Speditionsfachleute gelten regional in OÖ und Salzburg als Mangelberufe.

68 Quelle: Statistik Austria, Innovationsdaten für 2022, Digitalisierungsdaten für 2024

2.2.7 Beherbergung und Gastronomie

Branchenüberblick

Für Österreich hat der Tourismus einen hohen Stellenwert. Zum Tourismus zählen u. a. die Beherbergung und Gastronomie. In diesen beiden Branchen sind rund 48.200 Unternehmen mit 324.000 Beschäftigten tätig, die eine Bruttowertschöpfung von mehr als 13 Mrd. € erwirtschaften. Dies sind 8 % der Unternehmen bzw. 9 % der Beschäftigten sowie 4 % der Wertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft in Österreich. Der Beherbergung und Gastronomie kommt in Österreich eine größere Bedeutung zu als im EU-Durchschnitt (6 % der Unternehmen, 7 % der Beschäftigten, 3 % der Wertschöpfung⁶⁹). Der KMU-Anteil bei den Beschäftigten und der Wertschöpfung ist sehr hoch und liegt bei etwa 90 %. Während ein Großteil der Unternehmen (64 %) und Beschäftigten (59 %) der Gastronomie zuzurechnen sind, entfällt mehr als die Hälfte der Wertschöpfung (53 %) auf die Beherbergung.⁷⁰

Aktuelle Situation, Herausforderungen und Bedarfe

Trotz hoher Nächtigungszahlen sowie hoher nomineller Einnahmen 2024 bleibt jedoch das reale Ergebnis aufgrund der anhaltend hohen Inflation unter dem Vorkrisenniveau (vgl. Pudschedl, 2025). Vor diesem Hintergrund zeigen sich in der Branche zunehmend strukturelle Belastungen, die insbesondere kleinere Betriebe vor wirtschaftliche Herausforderungen stellen. Die Teuerung, die angespannte Wirtschaftslage und die hohen Energiepreise belasten die heimischen Tourismusbetriebe, insbesondere jene mit weniger als zwanzig Mitarbeitenden (WKO Bundessparte Tourismus und Freizeitwirtschaft, 2025). Trotz Preisanstiegen in den vergangenen Jahren gilt Österreich international als Destination mit gutem Preis-/Leistungsverhältnis⁷¹. Dennoch hat die österreichische Tourismusbranche erheblich an preislicher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt, was sich nachteilig auf das Übernachtungswachstum von (ausländischen) Gästen auswirkt. Sie verkürzen die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Beherbergungsbetrieben und zeigen sich zudem deutlich preissensibler, indem sie weniger pro Aufenthalt konsumieren bzw. auf Zusatzangebote (Kosmetikanwendungen etc.) verzichten.

Die Tourismusbranche ist durch einen vergleichsweise hohen **Personalbedarf** und eine starke Ortsgebundenheit charakterisiert. Die lokale Verfügbarkeit von Arbeitskräften beeinflusst maßgeblich Umfang, Art und Qualität der touristischen Angebote und Geschäftsmodelle. Allerdings sehen sich knapp zwei Drittel der heimischen Tourismusbetriebe mit einem **Mangel an Arbeitskräften** konfrontiert (vgl. Dornmayr & Riepl, 2025). Insbesondere für den Beruf Koch/Köchin (inkl. Küchenpersonal) gab es 2024 – wie

69 Quelle: Eurostat (Abrufdatum: 05.12.2025)

70 Quelle: Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik, 2023 (Bruttowertschöpfung) und 2024 (vorläufige Daten)

71 <https://www.austriatourism.com/newsroom/touristischer-winterausblick-2025/26-stabile-nachfrage-im-herausfordernden-umfeld/>

auch schon in den Vorjahren – die größten Rekrutierungsschwierigkeiten. Infolge des ungedeckten Fachkräftebedarfs sehen sich viele Hoteliers veranlasst, Öffnungszeiten bzw. Rezeptionszeiten zu verkürzen oder das gastronomische Angebot einzuschränken⁷².

Nahezu die Hälfte (48 %) der Beschäftigten in Gastronomie und Tourismus sind eingewanderte Personen (in Wien sogar 73 %⁷³), was belegt, dass der Sektor eine wichtige Integrationsfunktion innehat. Zur Deckung des Fachkräftebedarfs im Tourismus sind daher vor allem Maßnahmen erforderlich, die den Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften erleichtern und den Arbeitskräftezugang aus dem Ausland bedarfsgerecht gestalten (z. B. vereinfachte Zuwanderungs- und Anerkennungsverfahren, koordinierte Anwerbungsinitiativen im Ausland sowie eine stärkere Positionierung Österreichs als attraktiver Arbeitsstandort sowie eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung und vollständige Digitalisierung der Rot-Weiß-Rot-Karte inkl. erleichterter Antragstellung – etwa auch über Arbeitskräfteüberlasser/innen). Gleichzeitig besteht am nationalen Arbeitsmarkt Bedarf an gezielten Maßnahmen – etwa durch verstärkte Investitionen in die Gesundheitsvorsorge sowie durch neu gedachte Ansätze bei den Beschäftigungsmodellen älterer Menschen –, um dem stetig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften bestmöglich begegnen zu können.

Knapp die Hälfte der heimischen Tourismusbetriebe nimmt **Veränderungen im Gästeverhalten** wahr: Buchungen werden immer kurzfristiger getätigt, gleichzeitig wird auch eine Zunahme von Stornierungen bis unmittelbar vor Anreisetermin beobachtet. Mehr als ein Viertel der Tourismusbetriebe bemerkt, dass **Nachhaltigkeitsthemen** auch bei Gästen eine immer wichtigere Rolle spielen: Diese legen beispielsweise Wert auf „Umweltsiegel“ bei Buchungen oder auf Zertifizierungen bei Speisen und Getränken, auch die umweltfreundliche Anreise wird verstärkt nachgefragt. Für eine nachhaltige Mobilität der Gäste zu und in Urlaubsdestinationen ist daher die Verfügbarkeit eines gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsnetzes essenziell.

Im Frühjahr 2019 wurde der „Plan T – Masterplan für Tourismus“ veröffentlicht, der eine Schwerpunktsetzung auf die nachhaltige Entwicklung des Tourismusstandortes Österreich legt und dazu drei Zielkorridore und neun Handlungsfelder formuliert. In Umsetzung des Regierungsprogramms 2025–2029 wurde unter dem Titel „Vision T“ ein Prozess zur Weiterentwicklung des Plan T gestartet, der bis zum Sommer 2026 in eine neue Tourismusstrategie münden soll. Die wesentlichen Themen bilden dabei der Mehrwert durch Tourismus, ökologische Nachhaltigkeit, Innovation & Digitalisierung, wirtschaftliche Resilienz sowie Arbeitsmarkt & Fachkräfte. Ein Fokus liegt auf Vereinfachung und Entbürokratisierung.

72 <https://wirtschafts-nachrichten.at/oesterreich/tourismus-oesterreich-hotellerie-fachkraeftemangel/>

73 <https://www.gast.at/gastro-hotel/gastronomie-und-tourismus-lebt-auch-von-eingewanderten/>

Innerhalb der Branche zeigt sich eine ausgeprägte Heterogenität der energetischen Struktur: Im Beherbergungswesen dominiert Wärme den Endenergieeinsatz, während in der Gastronomie vor allem Strom den größten Anteil stellt.⁷⁴ Besonders positiv hervorzuheben ist die Entwicklung im Beherbergungssektor: der Energieverbrauch pro Nächtigung sank zwischen 2008 und 2023 um 65 % – von 18,1 auf 6,3 kWh pro Nächtigung⁷⁵.

Die fortschreitende **Digitalisierung** verändert die Tourismusbranche tiefgreifend und stellt für die vielfach kleinstrukturierten Betriebe höhere Anforderungen an Datenmanagement, Individualisierung und Informationsverfügbarkeit. Gleichzeitig ist die Digitalisierungsintensität in der Beherbergung und Gastronomie unterdurchschnittlich: 3 % der Unternehmen erreichen ein sehr hohes und 22 % ein hohes Digitalisierungsniveau und damit weniger als innerhalb der Gesamtwirtschaft (8 % bzw. 28 %).⁷⁶

Digitalisierungsmaßnahmen sind für 43 % der heimischen Tourismusbetriebe aktuell wichtig, die Themen Investitionen und Finanzierung stehen für rund die Hälfte der Unternehmen aktuell im Fokus. Tourismusbetriebe müssen laufend Investitionen tätigen, um ihr Angebot weiterzuentwickeln, ihre Qualität zu verbessern, ihre Infrastruktur zu erweitern oder um rechtliche Vorgaben zu erfüllen. Allerdings hat rund ein Fünftel der Betriebe in den vergangenen fünf Jahren keine bedeutenden Investitionen vorgenommen, 44 % tätigten innerhalb der letzten zwei Jahre gar keine nennenswerten Ausgaben. (WKO Bundessparte Tourismus und Freizeitwirtschaft, 2025) Ausbleibende Investitionen können sich langfristig negativ auswirken, etwa in Form einer sinkenden Gästezufriedenheit, höheren Betriebskosten und einem niedrigeren Immobilienwert. Für Tourismusbetriebe sind daher ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten essenziell, wobei neben klassischen Förderungen auch alternative Finanzierungsformen an Bedeutung gewinnen. Vereinfachte Genehmigungsverfahren und gezielte steuerliche Anreize können die Investitionstätigkeit (insbesondere in Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und Digitalisierung) beleben, und so maßgeblich zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der Branche beitragen.

Vier von zehn Unternehmen der Tourismusbranche sind mit Herausforderungen bei der **Betriebsübergabe** konfrontiert, hier zeigen sich Kleinstunternehmen (v.a. jene mit bis zu 2 Mitarbeitenden) besonders betroffen. 75 % der befragten Betriebe planen (zum Zeitpunkt der Befragung im Jahr 2022 und 2023) eine Unternehmensübergabe, bei 60 % ist die Übergabe bereits bis 2033 vorgesehen. Mehr als die Hälfte der Übergebenden beabsichtigt eine familieninterne Übergabe, das trifft vor allem auf Beherbergungsbetriebe zu⁷⁷. In diesem Zusammenhang gilt es, insbesondere auch für den Tourismus die Betriebsübergaben zu erleichtern (siehe Kapitel 2.1.4).

74 <https://www.umweltbundesamt.at/news220930>

75 <https://www.bmwet.gv.at/Themen/Tourismus/Tourismus-in-Oesterreich/lagebericht.html>

76 Quelle: Statistik Austria, Innovationsdaten für 2022, Digitalisierungsdaten für 2024

77 <https://www.bmwet.gv.at/Themen/Tourismus/Betriebsuebergabe.html>

Die **Tourismusakzeptanz**⁷⁸ innerhalb der nationalen Bevölkerung ist hoch: Für 45 % der Österreicher/innen wirkt sich der Tourismus auf den eigenen Wohnort positiv aus, nur ein geringer Anteil (7 %) äußert sich kritisch. Dennoch gilt es, das punktuell auftretende Phänomen des „over- bzw. unbalanced tourism“ zu beachten und in den entsprechenden Regionen mit hoher Gästefrequenz Maßnahmen zu ergreifen, um die Besuchsströme optimal zu verteilen.

2.3 Die Bedeutung der Industriestrategie Österreich 2035 für KMU

Die österreichische Industrie und ihre Wertschöpfungsketten stehen in den kommenden Jahren unter hohem Anpassungsdruck. Steigende internationale Wettbewerbsintensität, geopolitische Unsicherheiten, Energie- und Rohstofffragen sowie die Transformation hin zu Klimaneutralität und Digitalisierung erhöhen die Anforderungen an Investitionen, Innovationsfähigkeit und Resilienz. Diese Entwicklungen betreffen nicht nur Großunternehmen, sondern auch KMU als Zulieferer, spezialisierte Nischenanbieter, Startups und Dienstleistungsunternehmen.

Vor diesem Hintergrund legt die **Industriestrategie Österreich 2035** (BMWET, 2026) eine strategische Orientierung für die Industrie- und Standortpolitik vor. Vision der Strategie ist, Österreich bis 2035 unter die TOP-10 der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt zu bringen. Sie verfolgt sechs strategische **Ziele** und bündelt ihre Maßnahmen in sieben Handlungsfeldern. Die strategischen Ziele lauten:

- Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit
- Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit in und mit Europa
- Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Innovationskraft
- Ausbau wirtschaftlicher Resilienz des Standorts
- Stärkung nachhaltiger und zirkulärer Produktion
- Entwicklung des Fachkräftepotenzials

Ein zentrales Element ist eine Schlüsseltechnologie-Offensive mit **neun Schlüsseltechnologien und Stärkefeldern**, mit der Investitionen mobilisiert, Kooperationen gestärkt und der Transfer von Forschung in marktfähige Anwendungen beschleunigt werden sollen. Die neun Schlüsseltechnologien und Stärkefelder umfassen Künstliche

⁷⁸ <https://www.statistik.at/statistiken/tourismus-und-verkehr/tourismus/tourismusakzeptanz>

Intelligenz und Dateninnovation, Chips, elektronische Komponenten und Systeme, fortgeschrittene Produktionstechnologien und Robotik, Quantentechnologie und Photonik, fortgeschrittene Werkstoffe, Life-Sciences & Biotech, Energie- und Umwelttechnologien, Mobilitätstechnologien sowie Weltraum- und Luftfahrttechnologien. Insgesamt zielt die Strategie darauf ab, Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung am Standort zu erhöhen sowie die Resilienz der Industrie und ihrer Lieferketten zu stärken.

Die Industriestrategie Österreich 2035 adressiert in ihren **sieben Handlungsfeldern** viele jener Herausforderungen und Chancenfelder, die für die Entwicklung von KMU zentral sind (wie etwa Entbürokratisierung, Fachkräfte, Digitalisierung und Innovation, Finanzierung oder Internationalisierung):

Forschung, Technologie & Innovation (FTI): Im Fokus steht die Schlüsseltechnologie-Offensive und eine stärkere Ausrichtung der FTI-Instrumente auf definierte Zukunftsfelder. Zentrale Maßnahmen sind die Neuausrichtung der Programmportfolios von FFG und AWS entlang der Schlüsseltechnologien, ein stärkerer Verwertungs- und Transferfokus sowie der Aufbau von Forschungs- und Unternehmensökosystemen (Technologietransfer, Spin-offs, Entrepreneurship Education). Ergänzend sind FFG-Flagship-Formate zum Aufbau von Forschungsökosystemen sowie Regulatory Sandboxes als Experimentierräume für Unternehmen und Organisationen vorgesehen.

Energie: Die Industriestrategie sieht Maßnahmen zur Sicherung wettbewerbsfähiger Energiepreise und zur Systemtransformation vor, darunter die Einführung eines Industriestrompreises ab 2027 sowie die Verlängerung des Industriestrombonus (Strompreiskompensation nach dem Strompreiskostenausgleichsgesetz, SAG) bis 2029. Ergänzend sind Schritte zur Netz- und Systemstabilität geplant (u. a. Modernisierung des Netzinfrastukturlans, Ausbau von Speichern, Kraftwerksstrategie) sowie der Aufbau von Wasserstoff-Infrastruktur (Wasserstoffstartnetz). Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen für wettbewerbsfähige Energiepreise sind essenziell, damit Unternehmen die Transformation aktiv gestalten und resilient auf volatile Märkte reagieren können.

Bildung, Fachkräfte & Arbeitsmarkt: Dieses Handlungsfeld kombiniert Qualifizierung und Arbeitsmarktzugang. Als zentrale Maßnahme ist eine Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte vorgesehen, inklusive Volldigitalisierung des Antrags- und Bearbeitungsprozesses, Erleichterungen für bestimmte Gruppen (u. a. Graduierte/Forschende sowie Selbstständige und Startup-Gründer/innen) sowie eine zeitliche Ausweitung des Job-Seeker-Visums bis zum Abschluss des Erstverfahrens. Vor dem Hintergrund der zuletzt herausfordernder gewordenen Lohnstückkostenposition der österreichischen Industrie wird die Diskussion über eine Senkung der Lohnnebenkosten erneut aufgegriffen. In der Industriestrategie ist dazu die Absicht formuliert, eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten bis zur Mitte der Legislaturperiode umzusetzen.

Kreislaufwirtschaft, Bioökonomie & Transformation: Zentrale Maßnahmen zielen auf Rohstoffsoveränität und resiliente Wertschöpfung ab, insbesondere auf die Nutzung heimischer bzw. europäischer Primär- und Sekundärressourcen, Diversifizierung und Lagerhaltung (inkl. Rohstoffreserven) sowie den Aufbau von Innovations- und Wertschöpfungsklustern (u. a. Recycling- und Aufbereitungscluster, Materialinnovationen zur Substitution kritischer Rohstoffe). Ergänzend sind Anpassungen im Versorgungssicherungsgesetz im Kontext von Lieferkettenrisiken vorgesehen. Die Stärkung der Resilienz erfordert eine strategische Diversifizierung von Beschaffungsquellen, den Aufbau von Rohstoffpartnerschaften und eine innovationsgetriebene Kreislaufwirtschaft, ohne zusätzliche Belastungen für die Unternehmen zu schaffen.

Infrastruktur, Mobilität und wirtschaftliche Resilienz: Vorgesehen ist ein „Infrastrukturhub Österreich 2035“ mit Fokus auf schnellere Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten. Zentrale Maßnahmen sind ein One-Stop-Shop für Infrastrukturverfahren (zentrale Verfahrensführung beim Bund) sowie eine Genehmigungsbeschleunigung im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-Gesetz; u. a. Verfahrenskonzentration und Vereinfachungen). Ergänzend wird der Breitbandausbau im ländlichen Raum betont. Im Mobilitätsbereich sind FTI für die Bahnindustrie sowie eine Modellregion für automatisierte Mobilität geplant. Beschleunigte und digitalisierte Genehmigungsverfahren sind entscheidend, um eine leistungsfähige Infrastruktur zu schaffen und den Industriestandort Österreich wettbewerbsfähig zu halten.

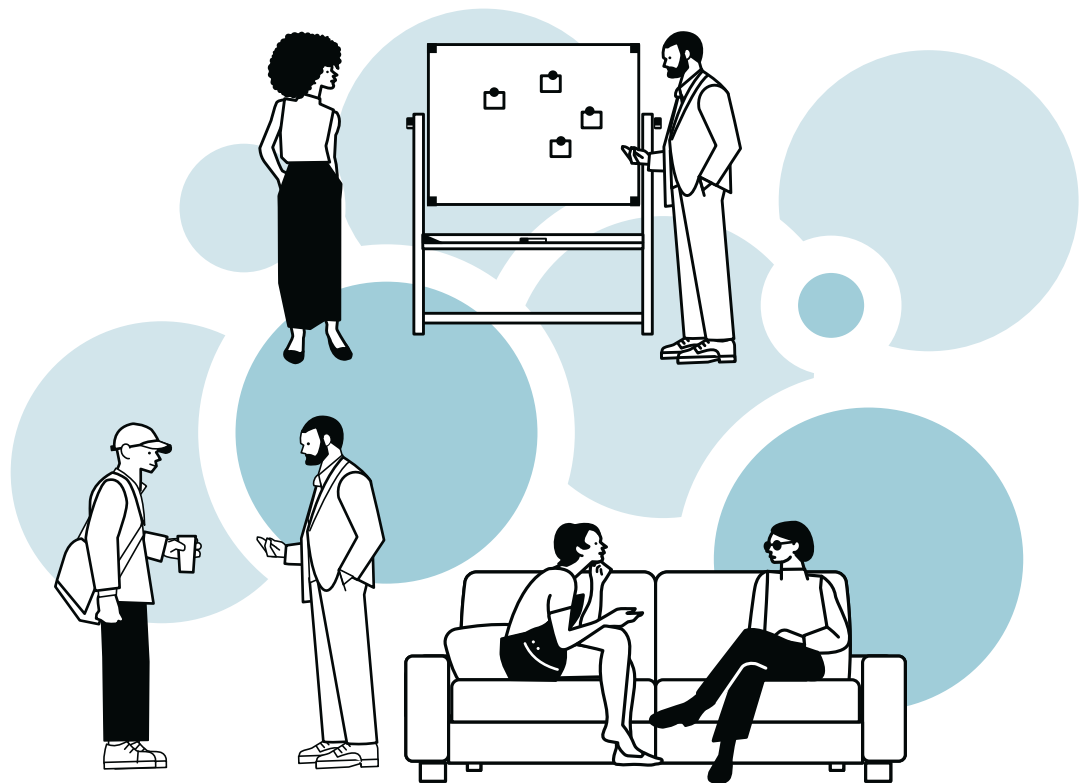
Europa und geopolitische Herausforderungen: Die Strategie setzt das Leitprinzip „Made in Europe and Partner Countries“ in Förderpolitik und öffentlicher Beschaffung stärker ein und sieht dazu einen Aktionsplan für strategische öffentliche Beschaffung vor (u. a. Innovationsbeschaffung, Challenge-Modelle, stärkere Gewichtung qualitativer Kriterien). Ergänzend werden Anpassungen bei Exportkontrolle (Überarbeitung und Vereinheitlichung des Außenwirtschaftsgesetzes) sowie eine Weiterentwicklung der Investitionskontrolle genannt. Ein weiterer Schwerpunkt ist digitale Souveränität, etwa durch Kriterien im Förder- und Beschaffungswesen und eine stärkere Nutzung europäischer Cloud-Lösungen.

Entbürokratisierung und Finanzierung: Die Strategie sieht einen digitalen „Entbürokratisierungsturbo“ vor (Standardisierung von Datenformaten und Schnittstellen, Pilotprojekte) sowie One-Stop-Shop- und No-Stop-Shop-Verfahren zur Bündelung bzw. Automatisierung behördlicher Abläufe (u. a. Datenweiterleitung und formale Förderfähigkeitsprüfungen). Ergänzend werden vereinfachte Förderverfahren, ein Praxischeck vor neuen Pflichten, die Reduktion von Berichts- und Meldepflichten bis 2035 und die Umsetzung des Once-Only-Prinzips genannt. Auf der Finanzierungsseite ist vorgesehen, dass der „Rot-Weiß-Rote Standortfonds“ als Dachfonds zur Finanzierung von Spin-offs und Scale-ups mit Anfang 2027 operativ tätig werden soll (siehe auch Kapitel 3.4). Zudem sind weiterentwickelte Investitionsanreize ab 2027 mit Fokus auf Schlüsseltechnologien

sowie ein Investitionsbooster für F&E vorgesehen. Eine konsequente Entbürokratisierung sowie effiziente Verwaltungsprozesse schaffen unternehmerische Freiräume: Mit der Industriestrategie unterstreicht die Bundesregierung die Überzeugung, den begonnenen Weg des Bürokratieabbaus entschieden fortzusetzen.

3 KMU unterstützen





In Österreich profitieren kleine und mittlere Unternehmen (KMU) von einer breiten Palette an Unterstützungsmaßnahmen. Die von der Europäischen Kommission entwickelte „KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa“ (vgl. Europäische Kommission, 2020a) bildet auf europäischer Ebene den übergeordneten Rahmen für die Förderung dieser Unternehmen. Für diese Strategie wurden drei zentrale Säulen definiert: „Kapazitätsaufbau und Unterstützung des Übergangs zu Nachhaltigkeit und Digitalisierung“, „Abbau regulatorischer Hürden und Verbesserung des Marktzugangs“ sowie „Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten“. Die Struktur dieses Kapitels folgt diesen Handlungsfeldern und ordnet die nationalen Maßnahmen konsequent in diesen europäischen Kontext ein.

Ergänzend zum europäischen Rahmen setzt die Industriestrategie Österreich 2035 (BMWET, 2026) einen nationalen Orientierungsrahmen, der mehrere für KMU zentrale Querschnittsthemen (u.a. Innovation/Schlüsseltechnologien, Fachkräfte, Entbürokratisierung und Finanzierung) bündelt. Die folgenden Maßnahmen werden entlang der drei Säulen der EU-KMU-Strategie geordnet und zugleich im Lichte dieser nationalen Schwerpunktsetzung eingeordnet.

Gleichzeitig erfordern die spezifischen Rahmenbedingungen des Wirtschafts- und KMU-Standorts Österreich eine gezielte Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung der Unterstützungsinstrumente. Österreichische KMU zeichnen sich durch eine hohe industrielle Wertschöpfung, eine starke Exportorientierung und einen hohen Anteil an Familienunternehmen aus. Um diese Stärken langfristig abzusichern und weiterzuentwickeln, sind verlässliche und wettbewerbsfähige Standortbedingungen von zentraler Bedeutung.

Dabei stehen insbesondere die Stärkung von Innovation und Digitalisierung sowie die Qualifizierung von Mitarbeitenden (Säule 1) im Fokus. Ebenso sind die internationale Vernetzung, die Förderung der Exportfähigkeit sowie der Abbau steuerlicher und bürokratischer Hürden (Säule 2) entscheidende Faktoren für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Diese Handlungsfelder bilden die Grundlage für die nachfolgenden Maßnahmen und sind Voraussetzung dafür, dass österreichische KMU die Ziele der EU-KMU-Strategie erfolgreich umsetzen.

Grafik 14

KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa

Quelle: Europäische Kommission 2020a, eigene Darstellung

Die drei Säulen der KMU-Strategie bilden damit auch die Basis für das vorliegende Kapitel, welches einen Überblick zu aktuellen KMU-Fördermaßnahmen gibt und diese thematisch entsprechend gliedert. Nach einem Überblick zu wesentlichen Förderorganisationen folgt eine Auswahl an neu eingeführten oder für KMU besonders relevanten Förderungen, wobei jedoch kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird.

3.1 Zentrale Förderorganisationen

3.1.1 Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG)

Als Schnittstelle zwischen Politik, Forschungseinrichtungen und Universitäten zielt die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) seit 2004 auf die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ab. Die nationale Förderinstitution zahlt jährlich rund 1 Mrd. € an Förderungen für **unternehmensnahe Forschung und Entwicklung** sowie Infrastrukturförderung (Breitband, eMobilität) in Österreich aus. Sie fungiert zudem als nationale Kontaktstelle für die Forschungsprogramme der Europäischen Union sowie als Schnittstelle zur Europäischen Weltraumagentur.

Im Jahr 2025 haben insgesamt 3.994 KMU ein oder mehrere durch die FFG geförderte Projekte durchgeführt, was einen Anteil von 85 % aller geförderten Unternehmen ausmacht. Der an KMU zugesagte Förderbarwert beläuft sich auf 234 Mio. € und entspricht einem Anteil von 46 % am Förderbarwert für Unternehmen insgesamt. Zu den wichtigsten Themen bei den FFG-Unterstützungen zählen die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sowie Energie und Umwelt. (Weitere Informationen: <https://www.ffg.at/>)

3.1.2 Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH (AWS)

Die Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH (AWS) ist die Förderbank des österreichischen Bundes und unterstützt Unternehmen durch zinsgünstige erp-Kredite, Haftungsübernahmen im In- und Ausland, Zuschüsse und Eigenkapital. Dabei bietet sie auch Beratung und Unterstützung hinsichtlich des Schutzes und der Verwertung von geistigem Eigentum sowie Informations-, Service- und Dienstleistungen für angehende, bestehende und expandierende Unternehmen an.

Ein Beispiel für diese Instrumente sind die AWS-Kerngeschäftsgarantien im Auftrag des BMWET. Dabei übernimmt die AWS Garantien für Bankkredite und Leasingfinanzierungen, um Investitionen und Betriebsmittel zu fördern und so die Finanzierung von KMU und Startups aller Branchen (mit Ausnahme des Tourismus) zu erleichtern. Insgesamt erteilte die AWS im Jahr 2025 über 14.000 Förderzusagen mit einer Finanzierungsleistung von rund 1.610 Mio. €. Mehr als 98 % der Förderzusagen gingen an KMU. Die Garantiequote beträgt bis zu 80 %. Im Jahr 2025 wurden weiters 777 Garantiezusagen nach dem KMU-Förderungsgesetz für ein Obligo von 130 Mio. € verwirklicht. Insgesamt ist ein Garantierahmen in Höhe von 1 Mrd. € vorhanden. (Weitere Informationen: <https://www.aws.at>)

3.1.3 Österreichische Hotel- und Tourismusbank (OeHT)

Mit ihren geförderten Finanzierungsprodukten konnte die Österreichische Hotel- und Tourismusbank (OeHT) Investitionen mit einem Gesamtvolumen von rund 539 Mio. € im Jahr 2025 betreuen und ist damit eine der maßgeblichen Institutionen des Bundes zur Umsetzung tourismuspolitischer Vorhaben. Die OeHT fungiert sowohl als Förderstelle als auch als Bank und unterstützt Unternehmen mittels geförderter Investitionskredite, erp-Kredite, Haftungen, dem Nachhaltigkeitsbonus oder durch die Förderung von Jungunternehmer/innen.

Mit der gewerblichen Tourismusförderung des Bundes soll die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Hotellerie und Gastronomie durch die Unterstützung von Investitionen gestärkt werden. Die im April 2023 eingeführten neuen Förderungsrichtlinien für die gewerbliche Tourismusförderung auf Basis des KMU-Förderungsgesetzes unterstützen zudem die Transformation der österreichischen Tourismuswirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit und Resilienz im Sinne des „Plan T – Masterplan für Tourismus“. Im April 2024 wurden die Förderungsrichtlinien erstmals novelliert – die wichtigsten Änderungen umfassen dabei die Absenkung der Kredituntergrenze von 350.000 € auf 70.000 € sowie die Einführung des „grünen Tourismuskredites“ (erhöhter Zinsenzuschuss von 3 % für Kredite bis 1 Mio. €, wenn Kriterien für den Nachhaltigkeitsbonus Ökologie erfüllt sind). Das Hauptaugenmerk bei der Neuausrichtung liegt auf der Neugestaltung des Zuschussinstrumentes bei Investitionen als Nachhaltigkeitsbonus.

Allgemein unterstützt die OeHT mit ihren Förderungs- und Finanzierungsprodukten insbesondere familiengeführte KMU. 2025 wurden von der OeHT 337 Förderungsfälle mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 539 Mio. € positiv erledigt. Das vergebene Kreditvolumen belief sich auf rund 258 Mio. €. Weiters wurden Haftungen in Höhe von rund 19 Mio. € übernommen. (Weitere Informationen: www.oeht.at)

3.1.4 Klima- und Energiefonds (KLIEN)

Der Klima- und Energiefonds unterstützt die Bundesregierung bei der Umsetzung einer nachhaltigen Energieversorgung, bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie bei der Realisierung der österreichischen Klima- und Energiestrategie. Dafür wurden dem Klima- und Energiefonds für das Jahresprogramm 2025 Bundesmittel in Höhe von rund 285 Mio. € zur Verfügung gestellt; seit dem Gründungsjahr 2007 bis 2025 summieren sich die Fördermittel auf 4,1 Mrd. €.

Ein Beispiel eines Programms sind die Regionalprogramme des KLIEN, bei dem den Unternehmen – und damit auch KMU – in einzelnen Bundesländern geförderte zielgruppenorientierte Beratungsdienstleistungen (z. B. Einzelberatungen, Ist-Zustandsanalysen, Workshop-Reihen oder Klimaaktionspläne für konkrete Investitionen) angeboten

werden. Ziel ist die Identifizierung von vorhandenen Potenzialen und Maßnahmen zur Verbesserung der Energie- und Ressourceneffizienz, der Anwendung erneuerbarer Energieträger und Vermeidung von Abfällen. (Weitere Informationen: www.klimafonds.gv.at)

3.1.5 Kommunalkredit Public Consulting (KPC)

Um Förderprogramme im Bereich Klima- und Umweltschutz umzusetzen, tritt die **Kommunalkredit Public Consulting (KPC)** für öffentliche Auftraggeber als Schnittstelle zwischen den Auftraggebern, die die finanziellen Mittel bereitstellen, und den Antragsteller/innen von Förderungen auf. Dabei konzentriert sich die KPC auf die Entwicklung, Implementierung und das Management von Förderungsprogrammen. Der thematische Schwerpunkt liegt auf den Bereichen erneuerbare Energie, Energieeffizienz, Biodiversität, Kreislaufwirtschaft, klimafreundliche Mobilität, Wasserwirtschaft und Altlastensanierung.

Ein Beispiel dafür ist das vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK) und BMWET (und teils EU) finanzierte Förderprogramm **Betriebliche Umweltförderung im Inland**, welches Unternehmen bei der Umsetzung von betrieblichen Maßnahmen, die einen positiven Beitrag zum Klimaschutz und zur Umweltleistung erbringen, unterstützt. Die Förderschwerpunkte liegen in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Klimaschutz und Dekarbonisierung, Kreislaufwirtschaft sowie in der Förderung innovativer Umwelttechnologien. (Weitere Informationen: <https://www.umweltfoerderung.at/>)

3.2. Säule 1: Kapazitätsaufbau und Unterstützung des Übergangs zu Nachhaltigkeit und Digitalisierung

Das Leitprinzip der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit bildet die erste Säule der europäischen KMU-Strategie. Ziel ist es, KMU für den Übergang zu einer klimaneutralen, ressourcen-effizienten und digital vernetzten Wirtschaft zu mobilisieren. Gleichzeitig soll der Wandel hin zu einem wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigeren Europa eng mit dem digitalen Transformationsprozess verknüpft werden. Maßgeschneiderte Unterstützungsmaßnahmen sollen KMU dabei helfen, diesen doppelten Wandel zu bewältigen und die Chancen der Digitalisierung bestmöglich zu nutzen. (vgl. Europäische Kommission, 2020a)

Das vorliegende Kapitel präsentiert eine Auswahl aktueller Unterstützungsmaßnahmen auf Bundesebene mit Schwerpunkt auf den Bereichen „Förderung von Innovation und Digitalisierung“, „Förderung des Übergangs zur Nachhaltigkeit“ sowie „Förderung des Kapazitätsaufbaus und der Weiterqualifizierung von Arbeitnehmer/innen und KMU“. Maßnahmen, die in erster Linie auf die Verbesserung des Finanzierungszugangs abzielen, werden in Kapitel 3.3 behandelt.

3.2.1 Förderung von Innovation und Digitalisierung

KMU.DIGITAL 4.0 (klassisch)

→ **Förderorganisationen:** WKÖ, AWS, BMWET

→ **Zielgruppen:** KMU

→ **Aktuelle Laufzeit:** 2024–2026

→ **Budget:** 5 Mio. € pro Jahr

KMU.DIGITAL 4.0 zielt darauf ab, österreichische KMU durch Beratung und Zuschüsse dabei zu unterstützen, Digitalisierungsprojekte zu konzipieren, umzusetzen und in den Markt überzuführen. Ziel ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie das Setzen von Wachstums- und Beschäftigungsimpulsen für den Wirtschaftsstandort Österreich. Seit dem Relaunch des Programms im Mai 2024 wurden in der klassischen Förderschiene bis Ende 2025 6.012 Beratungsprojekte (3,7 Mio. € Zuschuss) und 644 Umsetzungsprojekte (2,7 Mio. € Zuschuss) gefördert. (Weitere Informationen: <https://www.kmudigital.at/>)

Digital Innovation Hubs (DIH) und European Digital Innovation Hubs (EDIH)

- **Förderorganisation:** BMWET, Fonds Zukunft Österreich, Europäische Kommission (EK), FFG
- **Zielgruppe:** KMU (EDIH zusätzlich auch Großunternehmen bis max. 3000 Beschäftigte und Organisationen der öffentlichen Verwaltung)
- **Einführungszeitpunkt:** Nationale Digital Innovation Hubs seit 2018, EDIH seit Ende 2022
- **Budget:** DIH: Verlängerungsausschreibung der 2. Ausschreibung: 2,2 Mio. €; EDIH: 1. Förderperiode: je 8,39 Mio. € von EK und BMWET; 2. Förderperiode: je 6,74 Mio. € von EK und BMWET.

Um insbesondere KMU bei der Digitalisierung zu unterstützen, wurden in Österreich mehrere Digital Innovation Hubs (DIH) geschaffen, die ihre Expertise und Infrastruktur den KMU für deren Transformationsprozess zur Verfügung stellen. Die DIHs bieten ein – für KMU in der Regel kostenloses – Bündel von Leistungen in den Modulen Information, Weiterbildung sowie Digitale Innovation. Im Rahmen des Digital Europe Programmes der Europäischen Kommission ergänzen die European Digital Innovation Hubs (EDIH) seit Ende 2022 das nationale Hub-Netzwerk. Diese agieren sowohl auf regionaler als auch auf europäischer Ebene mit über 150 weiteren EDIHs. (Weitere Informationen: <https://www.ffg.at/dih>; <https://www.ffg.at/europa/digitaleurope/edih>)

Markt.Einstieg

- **Förderorganisationen:** FFG, Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI)
- **Zielgruppen:** KMU
- **Einführungszeitpunkt:** 1.9.2025
- **Budget:** 5 Mio. € pro Jahr

Ziel des Programms ist es, die Ergebnisse aus geförderten Forschungs- und Innovationsprojekten in die wirtschaftliche Verwertung zu überführen. In der Phase der Markteinführung sollen durch die Förderung das Marktrisiko verringert, der Marktzugang beschleunigt und damit die nachhaltige Entwicklung der Unternehmen unterstützt werden. Die Förderung erfolgt in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses von 40% der anerkannten Kosten (bis maximal 200.000 €). Projekte von frauengeführten Unternehmen (Gender Bonus) sowie Vorhaben im Bereich der sozialen Innovation (Social Bonus) werden mit einer Förderquote von 60% unterstützt. (Weitere Informationen: <https://www.ffg.at/ausschreibung/markteinstieg-2025>)

Transformative Frontrunner

- **Förderorganisationen:** FFG, BMIMI, BMWET
- **Zielgruppen:** KMU und insbesondere Scaleups
- **Einführungszeitpunkt:** 2025
- **Budget:** rund 20 Mio. € für 2025

Die Initiative unterstützt international aktive Unternehmen beim Aufbau oder Ausbau einer technologischen Marktführungsposition. Gefördert werden Projekte der experimentellen Entwicklung, die zur Transformation der Wirtschaft beitragen – etwa in den Bereichen Nachhaltigkeit, Resilienz, Unabhängigkeit oder Digitalisierung. Zielgruppen sind insbesondere Scaleups, deren Projekt in eine offensive Geschäftsfeldstrategie eingebettet ist. Die Förderhöhe beträgt bis zu maximal 45 % bzw. maximal 3 Mio. € der anerkannten Projektkosten. (Weitere Informationen: <https://www.ffg.at/ausschreibung/frontrunner-2025>)

Impact Innovation – Organisations- und Prozessinnovationen

- **Förderorganisationen:** FFG, BMIMI
- **Zielgruppen:** Startups, KMU, Vereine, gemeinnützige Organisationen, Großunternehmen
- **Einführungszeitpunkt:** 1.9.2025 (neue Ausschreibung)
- **Budget:** 1,5 Mio. € (für 2026)

Mit Impact Innovation fördert die FFG Innovationsprojekte von KMU (und Großunternehmen im Fall von sozialen Innovationen), in denen Probleme auf innovative Art und Weise gelöst werden und die einen positiven Impact erzielen. Die Förderung ist themen- und branchenoffen und erfolgt in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses. Soziale Innovationsprojekte oder Projekte von Unternehmen mit VSE-Label (Verified Social Enterprises) können im Rahmen von **Impact Innovation Social** eine höhere Förderquote erhalten. Der Zuschuss beträgt bis zu 50 % der anerkannten Kosten (max. 75.000 €), bei sozialen Innovationsprojekten bis zu 70 % (max. 105.000 €). (Weitere Informationen: <https://www.ffg.at/ausschreibung/impact-innovation-2025-1>)

AWS Innovationsschutz advanced – IP. Schlüsseltechnologien

- **Förderorganisation:** BMIMI, AWS
- **Zielgruppen:** KMU, Startups
- **Einführungszeitpunkt:** Juli 2025
- **Budget:** 2 Mio. €

Nach der Einführung des Programms „Green.IP“ im Jahr 2021 erfolgte im August 2025 die Ausweitung der Ausrichtung auf Schlüsseltechnologien. Gefördert werden technologieorientierte KMU, die Schlüsseltechnologien wesentlich entwickeln, anwenden oder skalieren und ihre Innovationen durch gezielte Schutzrechtsstrategien absichern

möchten, etwa durch Patent- oder Markenmeldungen. Förderfähig sind Vorhaben zur Entwicklung und Umsetzung einer Innovationsschutz-Strategie in den Technologiefeldern Materialien, digitale Technologien, Quantentechnologien, Mikroelektronik, Produktion, Life Sciences, Energie und Nachhaltigkeit. Der Zuschuss beträgt bis zu 75.000 € bzw. 50 % der förderbaren Kosten. (Weitere Informationen: <https://www.aws.at/aws-innovationsschutz/implementierung/schlueseltechnologien/>)

Förderung der innovativen öffentlichen Beschaffung

Neben den genannten Maßnahmen sieht die österreichische Regierung zudem vor, Umsetzungsmaßnahmen zur Förderung eines stärker innovationsorientierten Einkaufs der öffentlichen Hand zu setzen. Im Kontext des Vergaberechtsgesetzes 2026 soll nun darauf geachtet werden, besonders innovative Lösungen nachzufragen, um positive Effekte für Anbieter und Nachfrager zu erzielen. Leitgedanke dieser Weiterentwicklung ist die Stärkung der digitalen Souveränität des öffentlichen Sektors. (Weitere Informationen: https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Ministerium/SEDA_-_Service-stelle_fuer_Entbuerokratisierungs-_und_Deregulierungsanliegen/Das_erste_grosse_Entbuerokratisierungspaket_fuer_die_Republik_Oesterreich.pdf)

3.2.2 Förderung des Übergangs zur Nachhaltigkeit

Diversity Scheck

→ **Förderorganisationen:** FFG, BMIMI

→ **Zielgruppe:** KMU

→ **Aktuelle Laufzeit:** 6.11.2024–31.10.2025

→ **Budget:** 500.000 €

Der Diversity Scheck unterstützt Unternehmen dabei, durch gezielte Maßnahmen eine inklusivere und vielfältigere Unternehmenskultur zu entwickeln. Gefördert werden etwa Vorhaben in den Bereichen Diversity-Analyse, Kompetenzaufbau, Recruiting und Humanressourcen, Mentoring oder Gleichstellungspläne. Die Projekte werden von externen Expert/innen für „Diversity, Equity & Inclusion“ (DEI) begleitet, deren Leistungen förderfähig sind. Die Förderung beträgt 80 % der förderbaren Kosten (maximal 10.000 €, bei 12.500 € Gesamtkosten). (Weitere Informationen: <https://www.ffg.at/diversitycheck>)

KMU.DIGITAL 4.0 & GREEN

- **Förderorganisationen:** BMWET, WKO, AWS
- **Zielgruppe:** KMU und freie Berufe
- **Einführungszeitpunkt:** 2017, KMU.DIGITAL & GREEN: 2024
- **Aktuelle Laufzeit:** 21.5.2024–31.12.2026
- **Budget:** 20 Mio. €

Das Programm KMU.DIGITAL 4.0 & GREEN, als Ergänzung zum bestehenden Programm KMU.DIGITAL, („klassisch“) unterstützt KMU bei der digitalen und ökologisch nachhaltigen Transformation („Twin Transition“). Es umfasst zwei Module: Im **Modul Beratung** (Abwicklung durch die WKÖ) erhalten Unternehmen Zuschüsse von 80 % für Status- und Potenzialanalysen (max. 400 €) sowie 50 % für Strategieberatungen (max. 1.000 €). Das **Modul Umsetzung** (Abwicklung durch die AWS) fördert Investitionen in Digitalisierungsprojekte mit bis zu 30 % Zuschuss (max. 6.000 €). Bis Ende 2025 wurden rund 7.300 Beratungsprojekte (rund 5 Mio. € Zuschuss) und rund 1.250 Umsetzungsprojekte (rund 6 Mio. € Zuschuss) zugesagt. (Weitere Informationen: <https://www.kmudigital.at/>)

Photovoltaik-Förderung

- **Förderorganisationen:** BMWET
- **Zielgruppe:** Unternehmen
- **Nächste Ausschreibung:** 2.3.2026–17.3.2026
- **Budget im Jahr 2025:** 60 Mio. € für Photovoltaik-Anlagen und Stromspeicher

Durch eine neue Verordnung zum Ausbau erneuerbarer Energien im Strombereich können Förderungen für Solarstromanlagen mit überwiegend europäischer Wertschöpfung („Made in Europa“) beantragt werden. Gefördert werden pro Komponente 10 % für Photovoltaikmodule, Wechselrichter oder ein 10-prozentiger Zuschlag auf die Speicherförderung für Speicher. Ebenso werden Investitionszuschüsse für Photovoltaikanlagen bis 1 MWp gefördert oder wenn sie als innovativ gelten (in diesem Fall erhöht sich der Zuschlag auf 30 % der Fördersätze). Auch KMU profitieren, weil die Förderung Investitionen in eigene, erneuerbare Stromerzeugung erleichtert und damit Kosten- und Wettbewerbsvorteile ermöglicht. (Weitere Informationen: <https://www.bmwet.gv.at/Themen/Energie/erneuerbare-energie/eag-foerdersystem-photovoltaik.html#marktpremie-fuer-photovoltaik-nach-eag-04-1>)

3.2.3 Förderung von Kapazitätsaufbau und Weiterqualifizierung von KMU und Arbeitnehmer/innen

Lehrlings- und Lehrbetriebscoaching 3.0

- **Förderorganisationen:** Bund, WKO
- **Zielgruppe:** Lehrlinge, Lehrbetriebe
- **Einführungszeitpunkt:** 1.1.2025

Das Lehrlings- und Lehrbetriebscoaching 3.0 (Programmtitel: „Lehre statt Leere“) bietet kostenlose Beratung von Betrieben und Lehrlingen durch professionelle Coaches. Ziel ist es, Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen, den erfolgreichen Lehrabschluss zu fördern und so das Fachkräftepotenzial besser zu nutzen. Die Maßnahme umfasst individuelle Coachings, Gruppencoachings und Workshops. Zwischen 1.1.2025 und 31.12.2025 wurden in der Programmgeneration 3.0 insgesamt 4.239 Erstgespräche mit Lehrlingen und Auszubildenden geführt. Von allen Unternehmen, die diese Leistungen in Anspruch genommen haben, waren rund zwei Drittel KMU (Weitere Informationen siehe: www.lehre-statt-leere.at).

Lehrberufspaket 2025

- **Förderorganisationen:** BMWET
- **Zielgruppe:** Unternehmen
- **Einführungszeitpunkt:** 1.6.2025

Mit dem Lehrberufspaket 2025 wurden sieben Lehrberufe neu geregelt und sechs Ausbildungsordnungen novelliert. Die Änderungen wurden mit Fachexpert/innen der jeweiligen Branchen, in Abstimmung mit den Sozialpartnern und mit wissenschaftlicher Begleitung erarbeitet und in definierten neuen Kompetenzen in der dualen Berufsausbildung umgesetzt. Alle neuen bzw. überarbeiteten Berufsbilder wurden dabei kompetenzorientiert aufgebaut und nach berufsspezifischen und transversalen Kompetenzen gegliedert. Damit wird sichergestellt, dass die Berufsbilder für Lehrberufe dem Stand der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen entsprechen. (Weitere Informationen: <https://www.bmwet.gv.at/Themen/Lehre-und-Berufsausbildung/Lehrlingsausbildung-Duales-System/LehrberufeInOesterreich/Lehrberufspaket-1-2025.html>)

Qualifizierungsmaßnahmen für die Transformation

- **Förderorganisation:** FFG, BMWET
- **Zielgruppe:** Unternehmen
- **Einführungszeitpunkt:** März 2023

Die Qualifizierungsoffensive fördert den Kompetenzaufbau von Mitarbeiter/innen und wirkt dem Fachkräftemangel entgegen. Mit der Transformationsoffensive der Bundesregierung wird der Wandel zu einer nachhaltigen, digitalisierten und zukunftsfiten

Wirtschaft unterstützt. Diese Transformation bedingt eine entsprechende Entwicklung von Kompetenzen und damit eine Qualifizierung der Fachkräfte in österreichischen Unternehmen. Die Förderung von Skills Checks, Qualifizierungsprojekten sowie Weiterbildungs-LABs trägt zum Aufbau dieser Kompetenzen bei.

- Bei den **Skills Checks** erhalten Unternehmen einen Zuschuss zu Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Mitarbeiter/innen, deren Schulungsinhalte überwiegend direkt oder indirekt zu einer ökologisch nachhaltigen und digitalen Transformation der Wirtschaft beitragen (Ausschreibungszeitraum 24.3.2025 bis 12.1.2026 mit einem Budget von 4 Mio. €.)
- Im Rahmen von **Qualifizierungsprojekten** werden der Kompetenzbedarf in heimischen Unternehmen definiert sowie Qualifizierungsmaßnahmen abgeleitet und umgesetzt. Schwerpunkt sind dabei Fachkräfte und deren Transformations- und Digitalisierungskompetenzen (Ausschreibungszeitraum 7.7.2025 bis 30.6.2026 mit einem Budget von 4,4 Mio. €).
- **Weiterbildungs-LABs** entwickeln Schulungsinhalte und -formate für Fachkräfte in definierten Themenbereichen oder Branchen durch Zusammenwirken von Unternehmen, Weiterbildungsanbietern, Universitäten, Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen, Expert/innen und relevanten Playern (Ausschreibungszeitraum 7.7.2025 bis 2.2.2026 mit einem Budget von 2 Mio. €). Die Ausschreibung 2025 fokussiert dabei auf die Bauwirtschaft und die Kunststoffindustrie. (Weitere Informationen: <https://www.ffg.at/programm/qualifizierung>)

Gebührenbefreiung für Meister- und Befähigungsprüfungen

→ **Förderorganisation, rechtliche Grundlage:** Initiative durch WKÖ/BMWET; BGBl. I Nr. 152/2023

→ **Zielgruppe:** Angehende Absolvent/innen von Meister- und Befähigungsprüfungen

→ **Einführungszeitpunkt:** 1.1.2024

Durch die Gebührenbefreiung der Meister- und Befähigungsprüfungen (inklusive Unternehmerprüfung) wurde der Zugang zu Weiterqualifizierungsmöglichkeiten von Fachkräften erleichtert. Zudem erfolgte damit eine Gleichstellung von höheren Berufsqualifikationen mit akademischen Ausbildungen. Insgesamt wird damit die Attraktivität für berufspraktische Höherqualifizierung gefördert. Zwischen 1.10.2024 und 30.9.2025 (Berichtsperiode gemäß Bildungsdokumentationsgesetz) wurden 5.655 Meister- und Befähigungsprüfungszeugnisse ausgestellt. Das entspricht einer Steigerung von rund 4,5% gegenüber der vorigen Berichtsperiode.

Eintragungsfähige Meistertitel für weitere 14 Befähigungsprüfungen in einem handwerksähnlichen Gewerbe

- **Förderorganisation, rechtliche Grundlage:** Initiative durch WKÖ/BMWET; BGBl. I Nr. 130/2024
- **Zielgruppe:** Unternehmen im Gewerbe und Handwerk, Absolvent/innen von Befähigungsprüfungen in handwerksähnlichen Gewerben
- **Einführungszeitpunkt:** 23.8.2024

Ziel der Maßnahme ist die Aufwertung und Sichtbarmachung beruflicher Qualifikationen. Bis August 2024 war die Führung des Titels „Meisterin“, „Meister“ ausschließlich nach einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung möglich. Seit August 2024 kann der Titel auch nach bestandener Befähigungsprüfung in einem handwerksähnlichen Gewerbe (derzeit 14 Gewerbe) geführt und wie ein akademischer Grad in amtliche Dokumente eingetragen werden. Zwischen November 2023 und Oktober 2024 stieg die Zahl der Eintragungen um 28,7% im Zentralen Melderegister (von 1.748 auf 2.250) und um 36,4% im Personenstandsregister (von 761 auf 1.038).

Betriebliches Impulsprogramm

- **Förderorganisation:** Arbeitsmarktservice (AMS) Landesgeschäftsstellen, BMWET
- **Zielgruppe:** KMU
- **Einführungszeitpunkt:** 2015; 2024 Erweiterung: Beratungsschwerpunkt „Nachhaltigkeit“
- **Budget:** 17,2 Mio € für 2025

Seit 2024 umfasst das Betriebliche Impulsprogramm einen zusätzlichen Beratungsschwerpunkt zum Thema Nachhaltigkeit. Ein Impuls-Qualifizierungsverbund ist ein Netzwerk mehrerer Unternehmen mit dem Ziel, gemeinsam maßgeschneiderte Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitskräfte zu planen und durchzuführen. Neben Beratungs- und Administrationsleistungen können die Betriebe für bestimmte Gruppen von Arbeitskräften eine Qualifizierungsförderung (50% der Weiterbildungskosten) erhalten. Die Impulsberatung umfasst ein zusätzliches Beratungsangebot zu spezifischen Personalthemen wie etwa „betriebliche Weiterbildung“, „Alter(n)sgerechtes Arbeiten“, „Personal halten und gewinnen“ etc. Seit Jänner 2024 gibt es das zusätzliche Beratungsthema „Förderung des ökologischen Wandels“.

3.3 Säule 2: Abbau regulatorischer Hürden und Verbesserung des Markt- zugangs

KMU sind aufgrund begrenzter finanzieller und personeller Ressourcen besonders stark von administrativen Belastungen betroffen, etwa durch die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben und Verwaltungsvorschriften. Bestehende Hürden – wie unterschiedliche Verfahren in Exportländern – erschweren zudem den Zugang zum europäischen Binnenmarkt und zu globalen Märkten (vgl. Europäische Kommission, 2020a). Darüber hinaus sind viele KMU indirekt von Berichtspflichten betroffen, die über ihre Einbindung in Wertschöpfungsketten von größeren Unternehmen weitergegeben werden („Trickle-down-Effekt“). Auf nationaler wie auch EU-Ebene wird daher angestrebt, regulatorische Hürden für KMU abzubauen und den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

In Österreich wurde eine **zentrale Stelle zur Entbürokratisierung** im Bundesministerium für Europäische und Internationale Angelegenheiten (BMEIA) geschaffen. Sie hat die Funktion, Bürokratie abzubauen, Verwaltungsabläufe zu vereinfachen und Transparenz zu fördern. Dazu erstellt sie u. a. rechtliche Analysen, macht Vorschläge zur Vereinfachung von Regeln, identifiziert Hürden und Ineffizienzen und optimiert die Service-Seiten des Bundes. (Weitere Informationen: <https://cms.bmeia.gv.at/ministerium/geschaefteinteilung/abteilung-iii10>)

Auf europäischer Ebene wurden etwa die Regelungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten angepasst, um Unternehmen – insbesondere KMU – administrativ zu entlasten. Mit der sogenannten „Stop-the-Clock-Richtlinie“ (EU 2025/794) wurde der Start der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) verschoben: Unternehmen der zweiten Welle – also große Unternehmen, die bisher nicht unter die bisherige Berichterstattungspflicht fielen – müssen erstmals für das Geschäftsjahr 2027 berichten. Börsennotierte KMU (dritte Welle) sind ab dem Geschäftsjahr 2028 berichtspflichtig. Auch die Umsetzung der Directive on Corporate Sustainability Due Diligence (CSDDD), einem EU-weiten Lieferkettengesetz, wurde um ein Jahr verschoben, um Unternehmen mehr Zeit zur Vorbereitung auf die neuen Sorgfaltspflichten zu geben. Zudem zielen die Omnibus-Pakete der Europäischen Kommission darauf ab, dass nur mehr große Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten und einem Umsatz von mehr als 50 Mio. € von der Regelung erfasst werden. Die Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung für große Unternehmen sollen dabei kleinere Unternehmen in den vorgelagerten Wertschöpfungsketten nicht belasten.

Die Europäische Kommission hat zusätzlich mithilfe der Einführung einer neuen Kategorie von Unternehmen – kleine Midcap-Unternehmen (englisch: Small Mid-Caps, SMC) – eine regulatorische Erleichterung für diese vorgeschlagen: Als Unternehmen mit weniger als 750 Beschäftigten (1.000 laut den vom Europäischen Rat vorgeschlagenen Änderungen⁷⁹) und einem Umsatz von maximal 150 Mio. € oder einem Gesamtvermögen von maximal 129 Mio. € (200 Mio. € bzw. 172 Mio. € laut den vom Rat vorgeschlagenen Änderungen) werden Erleichterungen, die bisher für KMU gelten, auch auf SMC erweitert. Damit wird die Pflicht zur Führung von Verarbeitungstätigkeitsverzeichnissen gemäß Datenschutz-Grundverordnung nur noch bei „hohem Risiko“ verpflichtend. Im Außenhandelsrecht erhalten SMCs Zugang zu Hilfeleistungen (z.B. Helpdesks) und profitieren wie KMU von Erleichterungen bei Untersuchungszeiträumen (Verordnungen 2016/1036, 1037). Im Kapitalmarktrecht wird die Prospektpflicht für bestimmte Umwandlungen durch Abwicklungsbehörden aufgehoben und SMCs können vereinfachte EU-Wachstumsprospekte nutzen (Verordnung (EU) 2017/1129). Im Umweltrecht werden SMCs bei Batterie- und F-Gas-Regelungen administrativ entlastet, beispielsweise durch weniger umfassende Sorgfaltspflichten und verlängerte Berichtszyklen.

Im folgenden Teilkapitel werden Maßnahmen aufgelistet, die auf die Reduktion administrativer und steuerlicher Belastungen für KMU abzielen und sie dabei unterstützen sollen, die Vorteile des EU-Binnenmarkts sowie internationaler Märkte bestmöglich zu nutzen.

3.3.1 Verbesserung des Marktzugangs

Internationalisierungsoffensive go-international

- **Förderorganisationen:** BMWET und WKÖ
- **Zielgruppen:** (potenzielle) Exporteure, Unternehmen, insbesondere KMU
- **Förderlaufzeit:** 1.4.2023 bis 31.3.2027
- **Budget:** 51,2 Mio. €.

Das Programm go-international unterstützt international orientierte österreichische Unternehmen beim Aufbau und der Intensivierung ihrer Auslandsgeschäftstätigkeit. Es bietet maßgeschneiderte Leistungen wie Beratung, Veranstaltungen, Informationsangebote und Direktförderungen – mit besonderem Fokus auf KMU. Die achte Programmperiode legt einen Schwerpunkt auf die strategische Optimierung von Wertschöpfungsketten, Digitalisierung, Nachhaltigkeit, verantwortungsvolles Wirtschaften und den Wiederaufbau der Ukraine. In der laufenden Förderperiode profitierten bis Ende 2025 rund 13.600 österreichische Firmen von über 3.600 Direktförderungen sowie von 1.100 Veranstaltungen, wovon 780 im Ausland stattfanden. (Weitere Informationen: <https://www.go-international.at/>; <https://www.go-international.at/ukraine-wiederaufbau/ukraine-wiederaufbau.html>)

⁷⁹ Vorschlag des Europäischen Rates vom 22. September 2025: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13019-2025-INIT/en/pdf>

Das **Born Global Launchpad** ist Teil der Internationalisierungsoffensive go-international und richtet sich an österreichische Startups und Scaleups, die ihr internationales Wachstum vorantreiben möchten. Ziel ist es, Gründer/innen und Entscheidungsträger/innen praxisnah auf die Herausforderungen internationaler Expansion vorzubereiten. Workshops, Fachpanels und interaktive Formate vermitteln Strategien zu Markteintritt, Skalierung und nachhaltigem Wachstum. Erfahrungsberichte von Investor/innen, Expert/innen und erfolgreichen Unternehmen bieten Einblicke in internationale Märkte. (Weitere Informationen: <https://www.wko.at/aussenwirtschaft/born-global-launchpad>)

Enterprise Europe Network

- **Förderorganisationen:** EK, BMWET; Abwicklung: WKÖ, WK Kärnten, WK Tirol, WK Vorarlberg, WK Oberösterreich, FFG, Business Upper Austria – OÖ Wirtschaftsagentur (BIZ-UP), Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SFG), Innovation Salzburg, Wirtschafts-Standort Vorarlberg (WISTO), Internationalisierungscenter Steiermark (ICS), Standortagentur Tirol (SAT)
- **Zielgruppen:** KMU, Universitäten, Forschungseinrichtungen und Großunternehmen
- **Einführungszeitpunkt:** 2008; aktuelle Projektperiode: 1.7.2025–31.12.2028

Das Enterprise Europe Network ist das weltweit größte Business Support Netzwerk für KMU. Es umfasst 600 Partnerorganisationen in 50 Ländern mit mehr als 3.000 Expert/innen. Das Netzwerk unterstützt in Form von kostenloser Beratung und Betreuung zu den Themen Internationalisierung, Technologietransfer, Partnersuche für internationale Forschungs- und Entwicklungsprojekte, EU-Förderungen und zu Belangen des EU-Rechts. (Weitere Informationen: www.een.at)

Rechtsrahmen für leistbare Energie und aktive Teilhabe am Energiemarkt

- **Rechtliche Grundlage:** Günstiger-Strom-Gesetz; BGBl. I Nr. 91/2025
- **Zielgruppe:** Strommarktteilnehmer inkl. Kleinst- und Kleinunternehmen
- **Inkrafttreten:** überwiegend mit 24.12.2025, einige Absätze zu den späteren Zeitpunkten in den Jahren 2026 und 2027; unbefristet

Das neue Elektrizitätswirtschaftsgesetz passt den Rechtsrahmen für den Strommarkt an aktuelle Marktbedingungen an und erleichtert die Integration erneuerbarer Energien. Marktteilnehmer/innen können als „aktive Kund/innen“ Strom selbst erzeugen, speichern, verkaufen und an gemeinsamer Energienutzung bzw. Energiegemeinschaften teilnehmen. Für Kleinst- und Kleinunternehmen als Stromkund/innen werden Schutz- und Transparenzregeln ausgebaut: Lieferanten müssen Informationsblätter bereitstellen, Entgeltänderungen begründen und über Widerspruchsrechte informieren. Zudem sind u. a. erleichterte Kündigung (zweiwöchige Frist), Hinweise auf günstigere Produkte, Ratenzahlung sowie ein Anspruch auf Grund- und Auffangversorgung vorgesehen. Ergänzend soll die Regulierungsbehörde einen unentgeltlichen Angebotsvergleich ermöglichen, wodurch Such- und Wechselkosten sinken.

Dauerhafte Verankerung der Schwellenwerte für direkte Vergabe

- **Rechtliche Grundlage:** Vergaberechtsgesetz 2026
- **Zielgruppe:** Vergabeverfahrensteilnehmer/innen
- **Inkrafttreten:** mit dem der Kundmachung folgenden Tag bzw. mit 1.10.2026; unbefristet

Das Vergaberechtsgesetz 2026 zielt darauf ab, Vergabeverfahren transparenter zu machen und Abläufe zu vereinfachen. Direktvergaben werden ausgeweitet: Bei Bauaufträgen sind sie künftig bis 200.000 € möglich, bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen bis 140.000 €. In nationalen Vergabeverfahren werden zudem elektronische Formulare eingeführt. Zudem wird die stärkere Berücksichtigung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekten angestrebt (z. B. Energie- und Ressourceneffizienz, Abfall- und Emissionsvermeidung), was sich in den Anforderungen und Zuschlagskriterien von Ausschreibungen niederschlagen kann.

3.3.2 Abbau regulatorischer Hürden

Erhöhung der Kleinunternehmergrenze

- **Rechtliche Grundlage:** Progressionsabgeltungsgesetz 2025, Artikel 2; BGBl. I Nr. 144/2024
- **Zielgruppe:** Kleine Unternehmen
- **Inkrafttreten:** 1.1.2025
- **Budgetärer Umfang:** 100 Mio. € jährlich

Zur Verwaltungsvereinfachung und steuerlichen Entlastung von Kleinunternehmen wurde die Jahresumsatzgrenze für die Anwendung der Kleinunternehmerregelung von 42.000 € auf 55.000 € angehoben. Diese Regelung befreit Unternehmer/innen mit einem Jahresumsatz unterhalb der Grenze von der Umsatzsteuerpflicht, wodurch sie keine Umsatzsteuer an das Finanzamt abführen müssen und von Meldepflichten entlastet werden. Durch die Anhebung können künftig mehr Betriebe von dieser Vereinfachung profitieren. Schätzungen zufolge sind bis zu 25.000 Unternehmen potenziell begünstigt.

Erhöhung der Basispauschalierung inkl. Vorsteuerpauschale

- **Rechtliche Grundlage:** Budgetbegleitgesetz 2025, Artikel 56; BGBl. I Nr. 25/2025
- **Zielgruppe:** KMU
- **Inkrafttreten:** stufenweise Anhebung in den Jahren 2025 und 2026; unbefristet
- **Budgetärer Umfang:** 105 Mio. € jährlich

Zur steuerlichen Entlastung und Verwaltungsvereinfachung für Selbstständige und Kleinunternehmen wurde der Anwendungsbereich der ertragsteuerlichen Basispauschalierung erweitert. Diese Pauschalierung ermöglicht es, anstelle der detaillierten Erfassung einzelner Betriebsausgaben einen pauschalen Betriebsausgabenabzug vorzunehmen – also einen festgelegten Prozentsatz des Umsatzes pauschal als Betriebsausgaben geltend zu machen. Für das Kalenderjahr 2025 steigt die Umsatzgrenze für die Anwendung der Basispauschalierung

von 220.000 € auf 320.000 €, gleichzeitig erhöht sich der pauschale Betriebsausgabenabzug von 12 % auf 13,5 %. Ab 2026 werden die Werte auf 420.000 € bzw. 15 % angehoben.

Befreiung von der Normverbrauchsabgabe (NoVA)

- **Rechtliche Grundlage:** Änderung des Normverbrauchsabgabengesetzes, des Bundesimmobiliengesetzes, der Reisegebührenvorschrift 1955 sowie des Bundesgesetzes über die Förderung von Handwerkerleistungen, Artikel 1, BGBl. I Nr. 26/2025
- **Zielgruppe:** Unternehmen
- **Letzte Aktualisierung:** 1.1.2025

Für verschiedene Arten von Kraftfahrzeugen (u. a. Fahrzeuge der Klasse N1 wie Lieferwagen, Montagewagen oder Pritschenwagen, die für das Gewerbe und Handwerk relevant sind, sowie Begleitfahrzeuge für Sondertransporte, Fahrschulkraftfahrzeuge, Miet-, Taxi- und Gästewagen, Krankenwagen oder Einsatzfahrzeuge der Feuerwehren) kann die NoVA im Wege der Vergütung geltend gemacht werden, sofern nachgewiesen werden kann, dass mehr als 80 % des Kraftfahrzeuges für den begünstigten Zweck verwendet werden. Von der finanziellen Entlastung profitieren auch KMU.

Digitalisierungs- und Entbürokratisierungspaket im Bereich Registrierkassen

- **Rechtliche Grundlage:** Abgabenänderungsgesetz 2025 – AbgÄG 2025, Artikel 13, BGBl. I Nr. 97/2025
- **Zielgruppe:** alle Unternehmen sowie Klein- und Kleinstunternehmer/innen
- **Inkrafttreten:** 1.1.2026 (Anhebung der Umsatzgrenze und 15-Warengruppen-Regelung) und 1.10.2026 (Liberalisierung der digitalen Belegerteilung)

Das im Dezember 2025 beschlossene Registrierkassenpaket bringt für KMU mehrere Erleichterungen: Die Umsatzgrenze der sogenannten Kalte-Hände-Regelung wird ab 1.1.2026 inflationsangepasst von 30.000 € auf 45.000 € erhöht. Die Kalte-Hände-Regelung ist eine Ausnahmeregelung für bestimmte Umsätze im Freien (z. B. Markt- und Wanderhandel, Hütten, Buschenschänken, vereinsgeführte Kantinen): Bis zur Umsatzgrenze entfallen sowohl Registrierkassenpflicht als auch Belegerteilungspflicht. Zusätzlich wird ein digitaler Beleg ohne Betragsgrenze ermöglicht (QR-Code oder Link), wobei Kundinnen und Kunden weiterhin einen Papierbeleg verlangen können. Weiters wird die 15-Warengruppen-Regelung ins Dauerrecht übergeführt: Markt-, Straßen- und Wanderhändler können ihre Umsätze statt einzeln nach Produkten in bis zu 15 Warengruppen zusammenfassen.

Weitere Maßnahmen zum Abbau regulatorischer Hürden

Neben diesen regulatorischen Änderungen hat die österreichische Regierung am 3.12.2025 einen Ministerratsvortrag zum Bürokratieabbau vorgelegt, der eine Reihe an Maßnahmen vorsieht. Die nachfolgende Auflistung stellt eine Auswahl vor:

Unternehmen sollen Beitragserklärungen zukünftig im Unternehmens-Service-Portal als One-Stop-Shop übermitteln können. Vorgesehen sind weiters verschiedene Vereinfachungen hinsichtlich des Austauschs von Daten zwischen (Statistik-)Behörden und dem Staat und infolgedessen auch Entlastungen bei Meldepflichten für Unternehmen. Zugleich sollen zur Reduktion des Aufwands für Unternehmen auch die Meldegrenzen gemäß § 109a EStG angehoben werden.

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMASGPK) plant weiters, den Arbeitnehmer/innenschutz zu vereinfachen, in dem Doppelgleisigkeiten beseitigt und digitale Lösungen zum Einsatz kommen sollen.

Im Rahmen einer Förder-Task-Force wird außerdem eine übergeordnete Bundesförderstrategie entwickelt, die kurzfristig Einsparungen zur Einhaltung des EU-Defizitpfads ermöglichen und mittelfristig die Förderlandschaft des Bundes effizienter und transparenter machen soll. Ergänzend wird ein bundesweiter digitaler One-Stop-Shop für die Vergabe und Abrechnung von Förderungen geschaffen, um die Verfahren zur Fördervergabe zu vereinheitlichen.

Die Umsetzung der Digitalisierungs-Richtlinie II soll das Firmenbuchverfahren vereinfachen, indem der Einsatz englischsprachiger Urkunden durch eine digitale EU-Gesellschaftsbescheinigung und eine digitale EU-Vollmacht genutzt werden, die EU-weit in allen Amtssprachen verfügbar sind und beglaubigte Informationen ohne zusätzliche Förmlichkeiten nutzbar machen.

Sogenanntes Gold-Plating, d. h. die unerwünschte Übererfüllung von EU-Mindeststandards, soll vor allem im Kontext der EU-Lieferkettenrichtlinie CSRD vermieden werden.

Der Weg in die Selbstständigkeit soll weiters erleichtert werden, indem es ab dem 1.1.2026 durch den „GISA⁸⁰-Express“ möglich wird, ein Gewerbe sofort und vollständig digital (auch mit dem Smartphone) anmelden zu können.

Durch die Bekräftigung des in der Gewerbeordnung verankerten Grundsatzes „Beraten statt Strafen“ sollen Behörden dazu angehalten werden, diesen verstärkt zu verfolgen, bevor bei geringfügigen und rasch behebbaren Verstößen verwaltungsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden.

Ebenso soll das sogenannte Grace-Period-Gesetz dahingehend adaptiert werden, dass bei bestehenden Betriebsanlagen die vorgeschriebenen Auflagen statt nach einer Frist von drei Jahren nun innerhalb von fünf Jahren eingehalten werden müssen. Auf diese Weise soll Familienbetrieben beim Generationenwechsel unter die Arme gegriffen werden. (Weitere Informationen: https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Ministerium/SEDA_-_Servicestelle_fuer_Entbuerokratisierungs-_und_Deregulierungsanliegen/Das_erste_grosse_Entbuerokratisierungspaket_fuer_die_Republik_OEsterreich.pdf)

80 Gewerbeinformationssystem Austria

3.4. Säule 3: Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten

Im Vergleich mit großen Unternehmen können KMU oftmals nur mit weniger Sicherheiten aufwarten, wodurch der Zugang zu Finanzierungen für sie mit Herausforderungen verbunden sein kann. Da KMU den Großteil ihres Finanzierungsbedarfs durch Banken decken, ist die Sicherstellung des Zugangs zu Krediten für KMU notwendig. Gleichzeitig sollen die Finanzierungsquellen breiter aufgestellt werden, etwa durch eine stärkere Nutzung von Risikokapital oder durch verbesserten Zugang zum Kapitalmarkt. (vgl. Europäische Kommission, 2020a)

Rot-Weiß-Rot Dachfonds/Scaleup Fonds

- **Initiator:** BMWET
- **Zielgruppe:** Europäische Venture-Capital-/Private-Equity-Fonds mit Sitz in oder relevantem Bezug zu Österreich; indirekt profitieren KMU, Startups und Scaleups in Österreich
- **Datum:** befindet sich in Vorarbeit, Start des Dachfonds geplant 2027
- **Budget:** Zielvolumen zwischen 300 Mio. € und 500 Mio. €

Als öffentlich-privater Dachfonds (Public-Private-Partnership-Modell) soll der Rot-Weiß-Rot Dachfonds bzw. Scaleup Fonds institutionelles Kapital für Innovation und Wachstum in Österreich mobilisieren. Ziel ist, die Finanzierungslücke in der Wachstumsphase österreichischer Startup- und Scaleup-Unternehmen abzumildern und den Standort als europäischen Venture-Capital-Hub zu positionieren. Der Rot-Weiß-Rot Dachfonds bzw. Scaleup Fonds soll ein attraktives Angebot für private institutionelle Investorinnen und Investoren darstellen und überwiegend aus privaten Mitteln finanziert sein.

Perspektive Zukunft – Interaktive Restart Guides

- **Förderorganisation:** BMWET, WKO
- **Zielgruppe:** EPU, KMU
- **Einführungszeitpunkt:** Oktober 2025
- **Budget:** 50.000 €

Die Restart-Guides unterstützen KMU dabei, in wirtschaftlich herausfordernden Phasen wieder auf Zukunftskurs zu kommen und ihre Geschäftsideen erfolgreich umzusetzen. Sie verbinden betriebswirtschaftliches und rechtliches Know-how mit konkreten Handlungsempfehlungen und praxisnahen Beispielen. Die interaktiven Leitfäden behandeln

Themen wie Unternehmenskrisen, Liquiditätsverbesserung, Kommunikation mit Banken, Restrukturierung und Zahlungsunfähigkeit. (Weitere Informationen: www.perspektive-zukunft.at)

Förderungsaktion „Betriebsübergaben im Tourismus im ländlichen Raum“

- **Förderorganisation:** BMWET, Agrarmarkt Austria
- **Zielgruppe:** KMU der Tourismus- und Freizeitwirtschaft im ländlichen Raum
- **Einführungszeitpunkt:** Juni 2025
- **Budget:** 3 Mio. € (nationale Budgetmittel und Mittel des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER))

Gerade im Zuge einer Betriebsübergabe braucht es ein zukunftsfitte Betriebskonzept, um Finanzierungswege zu erschließen. Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen des GAP-Strategieplans 2023-2027 (Maßnahme 78-03) mit 5. Juni 2025 eine neue EU-kofinanzierte Förderungsaktion für KMU der Tourismus- und Freizeitwirtschaft im ländlichen Raum (= Betriebsstandort in Gemeinden mit weniger als 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern) gestartet.

Betriebe, die anlässlich einer Übergabe einen individuell auf ihren Betrieb abgestimmten Businessplan durch ein gewerblich befugtes Beratungsunternehmen erstellen lassen, können einmalig mit einer Pauschale in der Höhe von 8.000 € unterstützt werden (Weitere Informationen: <https://dfp.ama.at/foerderungen-fristen/78-03-bmaw-tourismus/das-wichtigste-im-ueberblick/> und <https://www.bmwet.gv.at/Themen/Tourismus/Betriebsuebergabe.html>)

AWS Preseed | Seedfinancing

- **Förderorganisation:** AWS, BMWET, BMIMI
- **Zielgruppe:** Junge Startups und KMU
- **Förderlaufzeit:** 2024–2026
- **Budget:** 5,55 Mio. €

Innovative Gründungsvorhaben oder bereits existierende, junge Startups und KMU werden im Zuge des Programms AWS Preseed | Seedfinancing durch Zuschüsse oder Beratungs- und Unterstützungsleistungen gefördert. Adressiert werden Ideen im Bereich Deep Tech oder Lösungen mit Impactorientierung („Innovative Solutions“). Ziel ist die Verbesserung des Finanzierungszugangs sowie die Beschleunigung technologischer und gesellschaftlich relevanter Innovationen sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. (Weitere Informationen: <https://www.aws.at/aws-preseed-seedfinancing/>)

4 Anhang



4.1. Methodische Erläuterungen

Methodische Änderungen der Leistungs- und Strukturstatistik

Die Daten zur Struktur der KMU basieren zum überwiegenden Teil auf der Leistungs- und Strukturstatistik (LSE) von Statistik Austria. Die Verordnung (EU) 019/2152 über europäische Unternehmensstatistiken (EBS⁸¹-Verordnung) sowie die neue Leistungs- und Strukturstatistik Verordnung 2022 bedingen ab dem Berichtsjahr 2021 (Veröffentlichungsjahr 2023) wesentliche Änderungen der Leistungs- und Strukturserhebung, und betrifft somit die „KMU im Fokus“-Berichte ab dem Jahr 2023.

Für eine detaillierte Beschreibung der Auswirkungen dieser Umstellung auf die im Bericht inkludierten Daten siehe „KMU im Fokus 2023“.

Da Daten für die gesamte marktorientierte Wirtschaft (Abschnitt B bis S ohne O sowie S94 der ÖNACE 2008) erst ab 2021 vorliegen, ist die Darstellung der Entwicklung für diesen Bereich auf Basis der statistischen Unternehmen erst ab diesem Zeitpunkt möglich. Für die Entwicklung von 2019 bis 2021 wurden die Daten der Unternehmen nach der rechtlichen Einheit für die Abschnitte B bis N + Abteilung S95 der ÖNACE 2008 herangezogen. Die reale Bruttowertschöpfung wurde unter Anwendung von Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Statistik Austria sowie der Oktoberprognose des WIFO ermittelt.

Größenklasse 2-9 Beschäftigte: Darin inkludiert ist auch ein geringer Anteil von Unternehmen (3%) mit 0 Beschäftigten, d. h. ohne Eigenpersonal (z. B. Holding- und Beteiligungsgesellschaften).

81 European Business Statistics

Abschätzungen/Fortschreibungen

Ausgehend von der zum Zeitpunkt der Berichtserstellung verfügbaren Leistungs- und Strukturstatistik und Statistik zur Unternehmensdemografie von Statistik Austria für 2023 erfolgte die Abschätzung bzw. Fortschreibung der im Bericht inkludierten Strukturdaten der KMU für das Jahr 2024 für jene Indikatoren (Lehrlinge, Bruttowertschöpfung, Neugründungen, Schließungen), die nicht aus der vorläufigen Leistungs- und Strukturstatistik für 2024 vorliegen, basierend auf folgenden, auf rezenterer Basis vorliegenden, Quellen:

- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Statistik Austria für 2024;
- Statistiken der WKÖ für 2024 (Lehrlingsstatistik, Neugründungstatistik, Mitgliederstatistik);

Der Prognose der Strukturdaten für KMU für das Jahr 2025 liegen darüber hinaus folgende Quellen zugrunde:

- KMU-Daten der Europäischen Kommission des „2025 SME Country Fact Sheet Austria“ (vgl. Europäische Kommission, 2025);
- Prognosedaten des WIFO für 2025;
- Daten aus der Arbeitsmarktdatenbank von AMS/BMASGPK für Jänner bis Oktober 2025.

4.2. Datenanhang

Die folgenden Daten beziehen sich auf Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft (genauer Abschnitte B bis S ohne O und S94 der ÖNACE 2008). D.h., dass in den Daten nur Marktproduzenten (mindestens 50 % der Produktionskosten werden durch Umsätze gedeckt, welche marktwirtschaftlich erzielt werden) enthalten sind. Die Land- und Forstwirtschaft sowie der öffentliche Bereich sind in der Statistik nicht erfasst.

Tabelle 2

Anzahl und Anteil der Unternehmen, Beschäftigten, Lehrlinge, Umsatzerlöse und Bruttowertschöpfung nach Beschäftigten-Größenklassen in Österreich, 2024

Beschäftigten-Größenklassen der Unternehmen	Unternehmen	Beschäftigte	Lehrlinge	Umsatzerlöse (netto) in Mio. €	Bruttowertschöpfung in Mio. €
Kleinstunternehmen bis 9 Beschäftigte	557.366 92,0 %	1.055.164 27,9 %	9.600 10,4 %	149.912 14,8 %	54.800 18,2 %
(davon EPU: 1 Beschäftigter)	(351.087 58,0 %)	(351.087 9,3 %)		(26.904 2,6 %)	(11.200 3,7 %)
Kleinunternehmen (10 bis 49 Beschäftigte)	40.365 6,7 %	765.320 20,2 %	25.200 27,5 %	170.404 16,8 %	55.200 18,3 %
Mittelunternehmen (50 bis 249 Beschäftigte)	6.392 1,1 %	636.986 16,8 %	17.400 19,0 %	204.081 20,1 %	59.200 19,6 %
KMU insgesamt	604.123 99,7 %	2.457.470 64,9 %	52.200 56,9 %	524.397 51,6 %	169.200 56,0 %
Großunternehmen (250 und mehr Beschäftigte)	1.521 0,3 %	1.327.674 35,1 %	39.500 43,1 %	491.031 48,4 %	132.800 44,0 %
(davon Small Mid Caps: 250 bis 749 Beschäftigte)	(1.130 0,2 %)	(460.800 12,2 %)	(13.400 14,6 %)	(146.600 14,4 %)	(42.300 14,0 %)
Gesamte markt-orientierte Wirtschaft	605.644 100,0 %	3.785.144 100,0 %	91.700 100,0 %	1.015.428 100,0 %	302.000 100,0 %

Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen; Lehrlinge, Bruttowertschöpfung, Small Mid Caps (alle Indikatoren): gerundete Werte; Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria (vorläufige Werte), Abschätzung der KMU Forschung Austria (für Details siehe methodische Erläuterungen im Anhang in Kapitel 4.1) (Erscheinungsdatum: Oktober/November 2025)

Tabelle 3

Neugründungen und Schließungen sowie Überlebensquoten nach Beschäftigten-Größenklassen Österreich, 2023

Beschäftigten-Größenklassen der Unternehmen	Anzahl Neugründungen	Neugründungsquote	Anzahl Schließungen	Schließungsquote	5-jährige Überlebensquote
0 unselbstständig Beschäftigte	30.098	8,5%	19.715	5,6%	32,2%
1 bis 4 unselbstständig Beschäftigte	6.919	4,2%	10.164	6,1%	52,4%
5 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	426	1,0%	541	1,3%	56,2%
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	133	0,3%	190	0,4%	64,1%
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	37.576	6,2%	30.610	5,1%	35,7%

In der Statistik zur Unternehmensdemografie werden die Beschäftigten-Größenklassen nach unselbstständig Beschäftigten, und nicht wie in der Leistungs- und Strukturerhebung nach Beschäftigten insgesamt, eingeteilt.

Neugründungsquote = Neugründungen in Prozent der aktiven Unternehmen

Überlebensquoten von 2018 neu gegründeten Unternehmen: Anteile der Unternehmen, die fünf Jahre nach der Gründung noch bestehen (Die im Vergleich zu den Jahren vor 2021 deutlich niedrigere Überlebensquote ist auf konzeptionelle Änderungen in der Datenbasis sowie auf die Umstellung auf die neue Einheit „Statistisches Unternehmen“ ab dem Jahr 2021 zurückzuführen.);

Schließungsquote = Schließungen in Prozent der aktiven Unternehmen

Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria (Erscheinungsdatum: Juni 2025)

Tabelle 4

Anteil der Beschäftigten und der Bruttowertschöpfung von KMU an allen Unternehmen sowie Neugründungsquote, Schließungsquote, fünfjährige Überlebensquote von allen Unternehmen der EU, 2023

EU-Länder	Anteil der Beschäftigten in KMU	Anteil der Bruttowertschöpfung von KMU	Neugründungsquote	Schließungsquote	5-jährige Überlebensquote (2020)
Belgien	61,0 %	55,9 %	8,2 %	5,5 %	63 %
Bulgarien	74,0 %	62,5 %	10,7 %	16,5 %	43 %
Dänemark	63,8 %	50,4 %	7,3 %	9,8 %	39 %
Deutschland	55,2 %	46,0 %	8,4 %	8,9 %	37 %
Estland	81,7 %	76,0 %	14,3 %	27,5 %	45 %
Finnland	63,7 %	57,1 %	9,0 %	8,8 %	48 %
Frankreich	53,8 %	44,0 %	14,0 %	10,9 %	51 %
Griechenland	83,0 %	58,3 %	8,5 %	3,4 %	53 %
Irland	66,9 %	37,4 %	11,9 %	16,6 %	51 %
Italien	74,6 %	61,7 %	7,8 %	5,7 %	46 %
Kroatien	71,3 %	63,9 %	12,5 %	5,3 %	51 %
Lettland	76,5 %	67,3 %	12,9 %	6,2 %	36 %
Litauen	73,3 %	62,1 %	19,6 %	16,2 %	27 %
Luxemburg	61,9 %	57,3 %	9,0 %	7,8 %	55 %
Malta	74,0 %	65,7 %	17,1 %	6,6 %	36 %
Niederlande	59,8 %	55,4 %	9,4 %	5,0 %	62 %
Österreich	65,2 %	55,4 %	6,2 %	5,1 %	54 %
Polen	67,0 %	49,0 %	11,5 %	12,4 %	39 %
Portugal	77,1 %	64,8 %	16,8 %	11,5 %	33 %
Rumänien	67,8 %	54,6 %	12,4 %	7,1 %	49 %
Schweden	57,2 %	47,4 %	8,2 %	6,9 %	63 %
Slowakei	73,6 %	55,1 %	11,7 %	13,7 %	48 %
Slowenien	74,0 %	64,4 %	10,5 %	6,6 %	51 %
Spanien	65,2 %	55,3 %	9,1 %	7,8 %	45 %
Tschechische Republik	69,0 %	55,7 %	9,1 %	6,7 %	51 %
Ungarn	71,4 %	53,8 %	9,4 %	2,6 %	45 %
Zypern	81,4 %	75,3 %	9,7 %	7,2 %	53 %
EU-27	63,5 %	50,9 %	10,5 %	8,5 %	46 %

Anmerkungen: Anteil der Beschäftigten und der Bruttowertschöpfung von KMU an den Beschäftigten sowie der Bruttowertschöpfung insgesamt in Prozent; Neugründungsquote = Neugründungen in Prozent der aktiven Unternehmen; Schließungsquote = Schließungen in Prozent der aktiven Unternehmen; Überlebensquote von 2015 neu gegründeten Unternehmen in Prozent (Zahl der im Jahr t-5 gegründeten Unternehmen, die bis t fortbestanden haben; die Daten sind auf Grund einer methodischen Änderung in der Statistik nicht für 2021 bis 2023 (bzw. für 2016 bis 2018 neu gegründete Unternehmen) verfügbar und beziehen sich auf die marktorientierte Wirtschaft der NACE Abschnitt B-N)

Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat (Abrufdatum: 01.12.2025)

Tabelle 5

Anzahl der KMU (inkl. EPU), deren Beschäftigte und Output nach Sektoren sowie KMU-Anteil an den gesamten Unternehmen, Beschäftigten und am Output des jeweiligen Sektors Österreich, 2023/2024

Sektoren	Unternehmen	Beschäftigte insgesamt	Lehrlinge insgesamt	Umsatzerlöse in Mio. €	Bruttowertschöpfung in Mio. €
Bergbau Anteil der KMU am gesamten Sektor	327 99,1%	4.596 60,8%	Geheim	1.162 5,2%	Geheim
Herstellung von Waren Anteil der KMU am gesamten Sektor	33.055 98,5%	308.397 42,3%	10.802 43,6%	71.902 27,2%	22.408 31,3%
Energieversorgung Anteil der KMU am gesamten Sektor	4.991 99,6%	13.728 34,4%	Geheim	14.760 30,4%	Geheim
Wasserversorgung und Abfallentsorgung Anteil der KMU am gesamten Sektor	2.794 99,6%	14.715 63,1%	46 54,1%	5.030 64,4%	1.569 57,9%
Bau Anteil der KMU am gesamten Sektor	42.610 99,8%	272.676 77,0%	15.854 80,6%	49.538 69,4%	18.415 71,0%
Handel Anteil der KMU am gesamten Sektor	91.200 99,7%	435.821 61,2%	13.445 50,3%	188.896 64,8%	29.178 61,6%
Verkehr Anteil der KMU am gesamten Sektor	16.938 99,5%	121.790 53,1%	715 27,2%	25.951 46,1%	8.250 44,3%
Beherbergung und Gastronomie Anteil der KMU am gesamten Sektor	48.086 99,9%	291.900 90,1%	4.790 83,9%	26.108 87,0%	11.761 88,1%
Information und Kommunikation Anteil der KMU am gesamten Sektor	31.839 99,8%	108.610 72,6%	743 55,8%	19.519 58,7%	8.108 57,0%
Finanz- und Versicherungsdienstleistung Anteil der KMU am gesamten Sektor	13.369 99,5%	54.201 43,1%	640 38,8%	20.180 33,2%	10.979 45,3%
Grundstücks- und Wohnungswesen Anteil der KMU am gesamten Sektor	25.171 99,9%	60.609 90,9%	223 88,1%	21.555 87,0%	9.912 91,2%
Freiberufliche/ wissenschaftliche/ techn. Dienstleistungen Anteil der KMU am gesamten Sektor	95.502 99,9%	262.368 90,0%	1.391 83,7%	31.982 83,1%	16.331 86,5%

Sektoren	Unternehmen	Beschäftigte insgesamt	Lehrlinge insgesamt	Umsatzerlöse in Mio. €	Bruttowertschöpfung in Mio. €
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	27.426	149.219	947	20.920	10.115
Anteil der KMU am gesamten Sektor	99,6%	58,9%	79,1%	71,9%	66,4%
Erziehung und Unterricht	22.117	40.435	154	2.186	1.061
Anteil der KMU am gesamten Sektor	99,9%	81,3%	8,4%	83,2%	75,7%
Gesundheits- und Sozialwesen	78.022	186.991	695	16.499	10.133
Anteil der KMU am gesamten Sektor	99,8%	66,2%	46,5%	72,2%	69,9%
Kunst, Unterhaltung und Erholung	29.560	57.142	Geheim	4.976	Geheim
Anteil der KMU am gesamten Sektor	99,96%	87,5%		73,3%	
Sonstige Dienstleistungen	41.116	74.272	Geheim	3.235	Geheim
Anteil der KMU am gesamten Sektor	99,97%	89,8%		79,6%	
Gesamte markt-orientierte Wirtschaft	604.123	2.457.470	53.241	524.397	165.077
Anteil der KMU am gesamten Sektor	99,7%	64,9%	57,1%	51,6%	55,4%

Geheim = Wenn in einem Sektor eine geringe Anzahl an Unternehmen tätig ist, werden aus Datenschutzgründen die Werte von der Statistik Austria geheim gehalten.

Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen, Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)

2024: vorläufige Daten

Quelle: Statistik Austria (Erscheinungsdatum: Juni 2025 bzw. Oktober 2025)

Tabelle 6
EPU nach Sektoren Österreich, 2023/2024

Sektoren	Anzahl der Unternehmen 2024	Anteil der Unternehmen	Umsatzerlöse (netto) in Mio.€ 2023	Anteil der Umsatzerlöse	Bruttowertschöpfung in Mio. € 2023	Anteil der Bruttowertschöpfung
Bergbau	96	29 %	51	0,2 %	8	1 %
Herstellung von Waren	15.682	47 %	944	0,3 %	288	0,4 %
Energieversorgung	2.533	51 %	682	1 %	244	2 %
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	389	14 %	98	1 %	29	1 %
Bau	15.485	36 %	2.341	3 %	643	2 %
Handel	44.293	48 %	6.064	2 %	990	2 %
Verkehr	6.898	41 %	674	1 %	195	1 %
Beherbergung und Gastronomie	14.361	30 %	958	3 %	405	3 %
Information und Kommunikation	21.450	67 %	1.535	5 %	781	5 %
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	7.588	56 %	465	1 %	192	1 %
Grundstücks- und Wohnungswesen	9.252	37 %	3.737	16 %	2.077	19 %
Freiberufl./ wissenschaftl./ techn. Dienstl.	63.578	67 %	3.731	10 %	2.066	11 %
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	15.237	55 %	1.013	4 %	468	3 %
Erziehung und Unterricht	18.577	84 %	403	16 %	198	14 %
Gesundheits- und Sozialwesen	59.074	76 %	2.153	10 %	1.439	10 %
Kunst, Unterhaltung und Erholung	24.464	83 %	742	12 %	361	14 %
Sonstige Dienstleistungen	32.130	78 %	786	21 %	405	19 %
Gesamte markt-orientierte Wirtschaft	351.087	58 %	26.377	3 %	10.791	4 %

2024: vorläufige Daten

Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria (Erscheinungsdatum: Juni 2025 bzw. Oktober 2025)

Tabelle 7

Neugründungen, Schließungen, Überlebensquoten sowie Insolvenzen nach Sektoren Österreich (Gesamtheit der Unternehmen), 2023

Sektoren	Anzahl Neugründungen	Neugründungsquote	Anzahl Schließungen	Schließungsquote	5-jährige Überlebensquote	Insolvenzen 2024	Insolvenzquote 2024
Bergbau	11	3,4%	3	0,9%	33,3%	2	0,4%
Herstellung von Waren	1.844	5,7%	1.432	4,4%	49,5%	280	0,6%
Energieversorgung	732	15,4%	190	4,0%	58,0%	7	0,2%
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	51	1,8%	73	2,6%	60,3%	13	0,7%
Bau	2.287	5,4%	2.216	5,3%	54,2%	1.067	2,1%
Handel	5.557	6,0%	5.965	6,5%	42,7%	1.156	1,0%
Verkehr	1.375	8,4%	1.221	7,5%	33,8%	495	2,7%
Beherbergung und Gastronomie	2.722	5,7%	3.529	7,4%	41,6%	814	2,0%
Information und Kommunikation	2.283	7,3%	1.738	5,5%	45,8%	180	0,6%
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	499	3,7%	586	4,4%	40,3%	223	0,5%
Grundstücks- und Wohnungswesen	1.330	5,5%	1.010	4,2%	64,6%	331	0,7%
Freiberufliche/wissenschaftliche/techn. Dienstleistungen	5.462	5,7%	4.223	4,4%	43,7%	312	0,4%
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	2.491	9,3%	1.896	7,1%	36,0%	520	1,8%
Erziehung und Unterricht	1.944	8,5%	714	3,1%	30,3%	24	0,3%
Gesundheits- und Sozialwesen	3.647	4,6%	2.600	3,3%	12,7%	467	0,7%
Kunst, Unterhaltung und Erholung	1.932	6,4%	1.042	3,5%	31,0%	65	0,5%
Sonstige Dienstleistungen	3.409	8,4%	2.172	5,3%	37,2%	439	0,7%
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	37.576	6,2%	30.610	5,1%	35,7%	6.395	1,0%

Neugründungsquote = Neugründungen in Prozent der aktiven Unternehmen; Schließungsquote = Schließungen in Prozent der aktiven Unternehmen; Überlebensquoten von 2018 neu gegründeten Unternehmen: Anteile der Unternehmen, die fünf Jahre nach der Gründung noch bestehen (Die im Vergleich zu den Jahren vor 2021 deutlich niedrigere Überlebensquote ist auf konzeptionelle Änderungen in der Datenbasis sowie auf die Umstellung auf die neue Einheit »Statistisches Unternehmen« ab dem Jahr 2021 zurückzuführen.); Insolvenzen inkl. ÖNACE S94; Insolvenzquote = Insolvenzen in Prozent der aktiven Unternehmen; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen; vorläufige Werte für Schließungen; Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria (Erscheinungsdatum: Juni 2025); Kreditschutzverband von 1870 (Pressemitteilung 13.01.2025: Unternehmensinsolvenzen 2024; Sonderauswertung; März 2025)

Tabelle 8

Rentabilitäts- und Finanzierungskennzahlen der KMU in Österreich, ausgewählte Sektoren, 2023/24

Sektoren	Umsatzrentabilität	Eigenkapitalquote	Bankverschuldung
Herstellung von Waren	4,7%	40,3%	19,4%
Bau	5,9%	33,3%	14,8%
Handel	3,7%	38,2%	18,7%
Verkehr	5,6%	40,6%	25,0%
Beherbergung und Gastronomie	4,5%	27,0%	49,0%
Information und Kommunikation	9,0%	37,5%	9,7%
Freiberufliche/ wissenschaftliche/ technische Dienstleistungen	12,8%	38,7%	11,0%
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	5,8%	32,7%	21,4%
Erziehung und Unterricht	7,5%	35,3%	16,8%
Gesundheits- und Sozialwesen	8,7%	43,4%	20,1%
Kunst, Unterhaltung und Erholung	6,5%	43,9%	16,3%
Sonstige Dienstleistungen	4,9%	31,8%	28,9%
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	5,5%	37,3%	22,5%

KMU der marktorientierten Wirtschaft

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank (Erscheinungsdatum: November 2025)

4.3 Glossar

Bankverschuldung: Die betriebswirtschaftliche Kennzahl der Bankverschuldung errechnet sich aus der Summe der Bankverbindlichkeiten, dividiert durch das Gesamtkapital, multipliziert mit 100.

Beschäftigte: Die Beschäftigten umfassen gemäß Statistik Austria die tätigen Inhaber/innen (auch Mitinhaber/innen, Pächter/innen), die mithelfenden Familienangehörigen sowie die unselbstständig Beschäftigten. Als unselbstständig Beschäftigte gelten Angestellte, Arbeiter/innen, Lehrlinge und Heimarbeiter/innen.

Beschäftigten-Größenklassen: Die Beschäftigten-Größenklassen beziehen sich auf die Beschäftigten insgesamt (inkl. Unternehmer/innen). Bei Unternehmen mit 0 Beschäftigten handelt es sich zum Beispiel um Holdings, denen keine Beschäftigten zugewiesen werden.

Bruttowertschöpfung: Die Umsatzerlöse abzüglich der Vorleistungen ergeben die Leistung des Unternehmens. Durch Addition der Subventionen ergibt sich die Bruttowertschöpfung.

Eigenkapitalquote: Die betriebswirtschaftliche Kennzahl der Eigenkapitalquote errechnet sich aus dem (buchmäßigen) Eigenkapital, dividiert durch das Gesamtkapital, multipliziert mit 100.

Ein-Personen-Unternehmen (EPU): Trotz der hohen Bedeutung von EPU existiert bislang keine einheitliche Definition für derartige Wirtschaftskonstrukte. Für den vorliegenden Bericht werden unter EPU auf Dauer angelegte Organisationen verstanden, die einer selbstständigen wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen, jedoch keine dauerhaft angestellten Mitarbeiter/innen beschäftigen. Im vorliegenden Bericht werden Unternehmen der Leistungs- und Strukturstatistik mit einem Beschäftigten (insgesamt) als EPU ausgewiesen.

Familienunternehmen: Familienunternehmen (im weiteren Sinne) werden laut Europäischer Kommission definiert als Unternehmen beliebiger Größe, wenn:

- sich die Mehrheit der Entscheidungsrechte im Besitz der natürlichen Person(en), die das Unternehmen gegründet hat/haben, der natürlichen Person(en), die das Gesellschaftskapital des Unternehmens erworben hat/haben oder im Besitz ihrer Ehepartner, Eltern, ihres Kindes oder der direkten Erben ihres Kindes befindet, und
- die Mehrheit der Entscheidungsrechte direkt oder indirekt besteht, und/oder

- mindestens ein Vertreter der Familie oder der Angehörigen offiziell an der Leitung bzw. Kontrolle des Unternehmens beteiligt ist.

Börsennotierte Unternehmen entsprechen der Definition eines Familienunternehmens, wenn die Person, die das Unternehmen gegründet oder das Gesellschaftskapital erworben hat oder deren Familien oder Nachfahren aufgrund ihres Anteils am Gesellschaftskapital über 25 % der Entscheidungsrechte halten.

Aufbauend auf dieser Definition von Familienunternehmen im weiteren Sinne umfasst die Definition von Familienunternehmen im engeren Sinne keine EPU. Hintergrund dafür ist, dass sich EPU, aufgrund ihrer besonderen Struktur (v.a. der Tatsache, dass sie keine Mitarbeiter/-innen beschäftigen), die komplexen Dimensionen (z. B. spezifischen Werthaltungen, besondere Organisationskultur) und die wechselseitigen Einflussphären von Familie und Unternehmen wie auch von Eigentum und Führung nicht ausreichend manifestieren.

Insolvenz: Eine Insolvenz beschreibt gemäß Österreichischer Nationalbank (OeNB) die Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens, die dann vorliegt, wenn das Unternehmen nicht nur vorübergehend (dies wäre eine Zahlungsstockung) nicht mehr in der Lage ist, seine fälligen Verbindlichkeiten zu begleichen. Bei juristischen Personen liegt auch eine Insolvenz vor, wenn eine Überschuldung gegeben ist. Bei einer eröffneten Insolvenz handelt es sich um ein vom örtlich und sachlich zuständigen Gericht eröffnetes Insolvenzverfahren (ohne außergerichtliche Vereinbarungen und Konkursanträge). Eine Schließung des Unternehmens im Zuge eines Insolvenzverfahrens ist nicht zwangsläufig. Im Zuge eines gerichtlichen Ausgleichsverfahrens bleibt das Unternehmen im Regelfall bestehen; in einigen Fällen kommt es jedoch zu einer Unternehmensschließung.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU): Abgrenzungsmerkmale von KMU nach der Definition der Europäischen Kommission stellen die Anzahl der Beschäftigten und der Umsatz oder die Bilanzsumme dar.

Tabelle 9
Abgrenzungsmerkmale von KMU

Unternehmens-Größenklassen	Beschäftigte	und	Umsatz in Mio. €	oder	Bilanzsumme in Mio. €
Kleinstunternehmen	<10		≤2		≤2
Kleinunternehmen	<50		≤10		≤10
Mittlere Unternehmen	<250		≤50		≤43

Anmerkung: Die dargestellten Werte gelten seit 1.1.2005 und stellen Höchstgrenzen dar.
Quelle: Europäische Kommission

Weiters muss ein KMU ein „eigenständiges“ Unternehmen sein. Darunter werden Unternehmen verstanden, bei denen es sich nicht um ein Partnerunternehmen oder ein verbundenes Unternehmen handelt. (Europäische Kommission, 2003)

Marktorientierte Wirtschaft

Unter der marktorientierten Wirtschaft werden nach der Wirtschaftssystematik ÖNACE 2008 bzw. NACE Rev. 2 die nachfolgend dargestellten Abschnitte B bis S ohne O und S94 zusammengefasst:

- Abschnitt B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- Abschnitt C: Herstellung von Waren
- Abschnitt D: Energieversorgung
- Abschnitt E: Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
- Abschnitt F: Bau
- Abschnitt G: Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
- Abschnitt H: Verkehr und Lagerei
- Abschnitt I: Beherbergung und Gastronomie
- Abschnitt J: Information und Kommunikation
- Abschnitt K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- Abschnitt L: Grundstücks- und Wohnungswesen
- Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (z. B. Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, Werbung und Marktforschung)
- Abschnitt N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (z. B. Vermietung von beweglichen Sachen, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Reisebüros)
- Abschnitt P: Erziehung und Unterricht
- Abschnitt Q: Gesundheits- und Sozialwesen
- Abschnitt R: Kunst, Unterhaltung und Erholung
- Abschnitt S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen (z. B. Frisöre)

Neugründungen: Gemäß Statistik Austria liegt eine echte Neugründung dann vor, wenn nur ein Unternehmen beteiligt ist und eine Kombination von Produktionsfaktoren – insbesondere Beschäftigung – geschaffen wird. Das Unternehmen wird sozusagen „aus dem Nichts“ aufgebaut. Zugänge zum Bestand durch z. B. Fusion, Auflösung oder Umstrukturierung sind keine echten Neugründungen. Auch ein reiner Wechsel der Wirtschaftstätigkeit, der Rechtsform oder des Firmensitzes wird nicht als Neugründung betrachtet. Wenn eine ruhende Einheit innerhalb von zwei Jahren reaktiviert wird, wird dies ebenfalls nicht als Neugründung gezählt. Als Jahr der Gründung wird jenes Jahr herangezogen, in dem das Unternehmen zum ersten Mal einen Umsatz erzielte oder erstmals mindestens eine(n) unselbstständig Beschäftigte(n) hatte.

ÖNACE 2008: NACE (= nomenclature générale des activités économiques dans les communautés européennes) stellt eine Einteilung der wirtschaftlichen Tätigkeiten in ein europaweit einheitliches Schema dar. Seit 1.1.2008 ist in der Europäischen Union die revidierte Wirtschaftstätigkeitenklassifikation NACE Rev. 2, die die NACE Rev. 1.1 abgelöst hat, anzuwenden. Die nationale Version für Österreich lautet ÖNACE 2008.

Partnerunternehmen: Ein Unternehmen ist nach Definition der Europäischen Kommission ein Partnerunternehmen eines anderen Unternehmens, wenn:

- es einen Anteil zwischen 25 % und 50 % an diesem anderen Unternehmen hält,
- dieses andere Unternehmen einen Anteil zwischen 25 % und 50 % an dem antragstellenden Unternehmen hält,
- das antragstellende Unternehmen keinen konsolidierten Abschluss erstellt, in den dieses andere Unternehmen durch Konsolidierung einbezogen wird, und nicht durch Konsolidierung in den Abschluss dieses bzw. eines weiteren Unternehmens, das mit diesem verbunden ist, einbezogen wird.

Schließungen: Die Statistik Austria spricht von einer echten Unternehmensschließung, wenn nur ein Unternehmen beteiligt ist und eine Kombination von Produktionsfaktoren wegfällt. Abgänge durch z.B. Fusion, Übernahme, Auflösung oder Umstrukturierung sind keine echten Schließungen. Auch ein reiner Wechsel der Wirtschaftstätigkeit, der Rechtsform oder des Firmensitzes wird nicht als Schließung betrachtet. Ein Unternehmen gilt erst dann als geschlossen, wenn es nicht innerhalb von zwei Jahren reaktiviert worden ist. Das Jahr der Schließung wird mit jenem Jahr festgelegt, in dem das Unternehmen letztmals einen Umsatz erzielte und letztmals unselbstständig Beschäftigte hatte.

Umsatzerlöse: Die Umsatzerlöse beinhalten nach Statistik Austria die Summe der im Unternehmen während des Berichtszeitraumes für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit in Rechnung gestellten Beträge (ohne Umsatzsteuer), welche dem Verkauf und/oder der Nutzungsüberlassung von Erzeugnissen und Waren bzw. gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen nach Abzug der Erlösschmälerungen (Skonti, Kundenrabatte etc.) entsprechen.

Umsatzrentabilität: Die betriebswirtschaftliche Kennzahl der Umsatzrentabilität stellt das Ergebnis vor Steuern (nach Finanzerfolg) in Prozent der Betriebsleistung dar.

Unternehmen: Unter Unternehmen ist nach Definition der Statistik Austria das statistische Unternehmen zu verstehen. Das statistische Unternehmen wird als „kleinste Kombination rechtlicher Einheiten“ mit einem „gewissen Maß an Entscheidungsfreiheit“ definiert. Im Gegensatz zum Unternehmensbegriff im Sinne der »rechtlichen Einheit« (= organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen) können demnach mehrere rechtliche Einheiten zu einer größeren Unternehmenseinheit zusam-

mengefasst werden, wenn diese alleine nicht ausreichend autonom agieren können. Ein Unternehmen muss zudem in zumindest zwei der vier Verwaltungsquellen (Sozialversicherungsdaten, Steuerdaten, Firmenbuch und Daten der WKÖ), die für die Berechnung verwendet werden, aufscheinen. Dargestellt werden alle Unternehmen, die im Lauf eines Kalenderjahres existiert haben (unabhängig davon, ob das ganze Jahr oder nur Teile davon, keine stichtagsbezogene Darstellung der Daten).

Verbundenes Unternehmen: Verbundene Unternehmen, die entweder durch mittelbare oder unmittelbare Kontrolle der Mehrheit ihres Kapitals oder ihrer Stimmrechte die Fähigkeit haben, einen beherrschenden Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, gehören einer Unternehmensgruppe an.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	
Unternehmen, Beschäftigte und Wertschöpfung nach Unternehmensgrößenklassen, 2024	20
Tabelle 2	
Anzahl und Anteil der Unternehmen, Beschäftigten, Lehrlinge, Umsatzerlöse und Bruttowertschöpfung nach Beschäftigten-Größenklassen in Österreich, 2024	114
Tabelle 3	
Neugründungen und Schließungen sowie Überlebensquoten nach Beschäftigten-Größenklassen Österreich, 2023	115
Tabelle 4	
Anteil der Beschäftigten und der Bruttowertschöpfung von KMU an allen Unternehmen sowie Neugründungsquote, Schließungsquote, fünfjährige Überlebensquote von allen Unternehmen der EU, 2023	116
Tabelle 5	
Anzahl der KMU (inkl. EPU), deren Beschäftigte und Output nach Sektoren sowie KMU-Anteil an den gesamten Unternehmen, Beschäftigten und am Output des jeweiligen Sektors Österreich, 2023/2024	117
Tabelle 6	
EPU nach Sektoren Österreich, 2023/2024	119

Tabelle 7

Neugründungen, Schließungen, Überlebensquoten sowie Insolvenzen nach Sektoren Österreich (Gesamtheit der Unternehmen), 2023	120
--	-----

Tabelle 8

Rentabilitäts- und Finanzierungskennzahlen der KMU in Österreich, ausgewählte Sektoren, 2023/24	121
--	-----

Tabelle 9

Abgrenzungsmerkmale von KMU	123
------------------------------------	-----

Grafikverzeichnis

Grafik 1

Entwicklung der KMU, 2019–2025 (Index: 2019=100)	23
---	----

Grafik 2

Umsatzrentabilität und Eigenkapitalquote der KMU, 2015/16–2024/25	24
--	----

Grafik 3

Verteilung der KMU nach Umsatzrentabilität, 2023/24	25
--	----

Grafik 4

Verteilung der KMU nach Eigenkapitalquote, 2023/24	26
---	----

Grafik 5

Rentabilitäts- und Finanzierungskennzahlen, 2023/24	27
--	----

Grafik 6

Indikatoren der Resilienz und Zukunftsfähigkeit von KMU; Anteile in Prozent	34
--	----

Grafik 7

Größte Hemmnisse für die Wettbewerbsfähigkeit von KMU, Anteile der Unternehmen in Prozent, Winter 2025	35
---	----

Grafik 8

Phasen des Unternehmenslebenszyklus	40
--	----

Grafik 9

Anzahl der Unternehmensübernahmen und Übernahmeintensität, 2019–2024	55
---	----

Grafik 10

Anzahl der Unternehmensneugründungen- und -schließungen sowie Anzahl der Insolvenzen 2019–2024	59
---	----

Grafik 11

Bruttowertschöpfung (2023) sowie Anzahl der Unternehmen (2024)	62
---	----

Grafik 12

Reale Entwicklung der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen nach Branchen, 2019–2025	63
--	----

Grafik 13

Digitalisierungsintensität nach Branchen, 2024	65
---	----

Grafik 14

KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa	90
--	----

Literaturverzeichnis

André, C., Gal, P., & Schief, M. (2024): Enhancing productivity and growth in an ageing society: Key mechanisms and policy options (OECD Economics Department Working Papers, No. 1807). Paris: OECD Publishing.

Bachinger, K., Dorr, A., Gavac, K., Heigl, L., Pischikova, S., Robubi, A., & Schiestl, D. (2025): Die ökonomische Bedeutung von Marktaustritten und Überlebensdauer von Unternehmen. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus.

BMWET (2026): Industriestrategie Österreich 2035. Für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort und wirtschaftliche Resilienz. Wien: Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus.

Dörflinger, C./Dörflinger, A./Gavac, K./Vogl B. (2013): Familienunternehmen in Österreich – Status quo 2013. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag der wirtschaftspolitischen Abteilungen der Wirtschaftskammern Österreichs.

Dornmayr, H. (2025): Lehrlingsausbildung im Überblick 2025 – Strukturdaten, Trends und Perspektiven. Ibw-Forschungsbericht Nr. 225, Wien: ibw Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft.

Dornmayr, H./Riepl, R. (2025): Unternehmensbefragung zum Arbeits- und Fachkräftebedarf/-mangel. Arbeitskräftesradar 2025. Ibw-Forschungsbericht Nr. 223, Wien: ibw Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft.

Dorr, A./Enichlmair, C./Pröll, S. (2024): Bürokratiebelastung der gewerblichen Wirtschaft in Niederösterreich. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer Niederösterreich.

Dorr, A./Hosner, D./Heckl, E./Gavac, K. (2021): Unternehmensübergaben und -nachfolgen in Österreich. KMU Forschung Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) sowie der Wirtschaftskammer Österreich (WKO).

Ecker, B./Sardadvar, S./Régent, V./Leitner/K.-H., Pintar/N., Zahradnik, G./Dachs, B. (2024): Studie zu Unternehmensgründungen. WPZ Research GmbH & Austrian Institute of Technology (AIT) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus.

Eiffe, F. F./Biaggi, E. (2025): Digitalisation, skills development and digital innovation in SMEs: Country report: Austria (Working paper WPEF25059). European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound).

Europäische Kommission (2025a): Startups, scaleups and entrepreneurship, Flash Eurobarometer 559. European Union.

Europäische Kommission (2025b): EU Startup and Scaleup Strategy: Choose Europe to Start and Scale. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2023): Employment and Social Developments in Europe 2023: Addressing labour shortages and skills gaps in the EU. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.

Europäische Kommission (2020a): Eine KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2020b): Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on contestable and fair markets in the digital sector. Brüssel: Europäische Kommission.

Friedl, C./Wenzel, R./Kirschner, E. (2025): Global Entrepreneurship Monitor Austria 2024/25: Bericht zur Lage des Unternehmertums in Österreich. FH JOANNEUM Gesellschaft mbH.

Future-Law (2025) Legal Tech Barometer 2025. Zahlen.Daten.Fakten. Seinfeld Professionals Infrastruktur GmbH & Co KG. Wien.

Gavac, K./Fürst, C. (2025a): Sparte Information und Consulting. Konjunkturbericht 2025. KMU Forschung Austria. Wien.

Gavac, K./Fürst, C. (2025b): Konjunkturbeobachtung Gewerbe und Handwerk Österreich. Gesamtjahr 2024 und 1. Quartal 2025. Tabellenband. KMU Forschung Austria. Wien.

Gavac, K./Fürst, C. (2025c): Konjunkturbeobachtung Gewerbe und Handwerk Österreich. 3. Quartal 2025. Tabellenband. KMU Forschung Austria. Wien.

Gavac, K./Fürst, C./Heigl, L./Pröll, S./Ziniel, W. (2025): Jahrbuch Handel 2025 – Zahlen, Daten, Fakten. KMU Forschung Austria im Auftrag des Handelsverbands Österreich.

Gavac, K./Heckl, E./Petzlberger, K. (2020): Familienunternehmen in Österreich 2019. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich.

Heckl, E./Petzlberger, K./Dorr, A./Hosner, D./Danzer, L. (2023): Branchenporträt zur Fachkräftesituation in Wien. Verkehr und Lagerei. KMU Forschung Austria, Wien.

Heinfellner, H./Stranner, G./Schodl, B. (2025): Detailbericht zur Nahzeitprognose der österreichischen Treibhausgas-Emissionen des Verkehrs 2024. REP-0987. Umweltbundesamt Wien.

Hölzl, W./Bierbaumer, J./Klien, M./Kügler, A. (2026): Verhaltene Konjunkturstimmung zu Jahresbeginn. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Kille, C./Schmidt, T./Stölzle, W./Häberle, L./Rank, S. (2023): Begegnung von Kapazitätsengpässen im Straßengüterverkehr – Fokus Personal [Studie]. Der Transporteur.

Kletzan-Slamanig, D./Köppl, A./Sinabell, F./Kirchmayr, S./Müller, S./Rimböck, A./Voit, T./Heher, M./Schanda, R. (2022): Analyse klimakonttraproduktiver Subventionen in Österreich. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

KMU Forschung Austria/Kontext Institut (2025): Die Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen bei österreichischen Unternehmen. Wien: KMU Forschung Austria, Kontext Institut für Klimafragen.

KMU Forschung Austria (2025a) Branchenbericht Friseure, Kosmetiker, Fußpfleger. 2025|Q3. Wien.

KMU Forschung Austria (2025b) Branchenbericht Rechtsberatung. 2025|Q3. Wien.

KMU Forschung Austria (2025c) Branchenbericht Textilreiniger. 2025|Q4. Wien.

KMU Forschung Austria (2025d) Branchenbericht Unternehmensberatung. 2025|Q3. Wien.

KMU Forschung Austria (2025e) Branchenbericht Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung. 2025|Q3. Wien.

Köppl-Turyna, M./Kinsky, P./Berger, J./Gillesberger, M./Graf, N./Perschke, S./Pöll, J./Rabong, S./Strohner, L. (2025): Dachfonds in Österreich. EcoAustria – Institute for Economic Research im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus.

Leitner, K.-H./Pintar, N./Zahradnik, G./Wundsam, H./Raunig, M./Dömötör, R./Schlömmer, M. (2025): Austrian Startup Monitor 2024 (DE). AIT Austrian Institute of Technology GmbH, Center for Innovation Systems & Policy.

Lichtenberger, A./Bernhard Schütz, B./Heimberger, P. (2024): Klima-Förderungen: Eine Analyse der Verteilung von öffentlichen Fördergeldern im Zuge der Dekarbonisierung. Wien: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche.

Mandl, I./Dörflinger, C./Gavac, K./Voithofer, P. (2008): Unternehmensübergaben und -nachfolgen in Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) der Gewerblichen Wirtschaft Österreichs. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit sowie der Wirtschaftskammer Österreich – Gründer-Service.

Mayerhofer, E./Bernleithner, B. (2024): Nachfolge braucht Strategie. Fakten Herausforderungen Maßnahmen. Wien: Junge Wirtschaft.

Menz, S./Mörk, A./Schneider, H./Eckhardt, S./Oliver, M./Tuma, H. (2025): industrie aktuell. 3/2025.

OECD (2025a): Generative AI and the SME workforce: New survey evidence. OECD Publishing.

OECD (2025b): OECD Employment Outlook 2025: Can We Get Through the Demographic Crunch? Paris: OECD Publishing.

Österreichische Bundesregierung (2025): Regierungsprogramm 2025–2029. Jetzt das Richtige tun. Wien: Bundeskanzleramt Österreich.

Pröll, S./Enichlmair, C. (2024): Bürokratiebelastung im Gewerbe und Handwerk in Österreich. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Gewerbe und Handwerk.

Pudschedl, W. (2025): Es ist nicht alles Gold, was glänzt im österreichischen Tourismus. Bank Austria. Analyse Okt. 2025.

Ederer, S./Schiman-Vukan, S. (2024): Zaghaftes Wirtschaftswachstum erschwert Budgetkonsolidierung. Prognose für 2025 und 2026. WIFO-Konjunkturprognose 4/2024. Wien: WIFO.

Schiman-Vukan, S./Ederer, S. (2025a): Österreich schleppt sich aus der Rezession. Prognose für 2025 und 2026. WIFO Konjunkturprognose.

Schiman-Vukan, S./Ederer, S. (2025b): Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels. Prognose für 2025 bis 2027. WIFO Konjunkturprognose.

Schwartz, M./Gerstenberger, J. (2025): Alterung: unterschätztes Hemmnis von Investitionen im Mittelstand, Fokus Volkswirtschaft Nr. 508, Frankfurt am Main: KfW Research.

Simon, H. (2022): Hidden Champions and the Development of Regions. IAR Journal of Business Management, 3(1).

VCÖ (2024): Kapazitäten auf der Schiene im Güterverkehr erhöhen. Factsheet 2024-14. Wien.

Voithofer, P./Dörflinger, C./Dorr, A./Gavac, K./Hölzl, K. (2009): Unternehmensdemografie in Österreich. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ).

WKO Bundessparte Tourismus und Freizeitwirtschaft (2025): Tourismus und Freizeitwirtschaft in Zahlen. Österreichische und internationale Tourismus- und Wirtschaftsdaten 61. Ausgabe, Juni 2025.

Ziniel, W./Dorr, A./Landendinger, P./ Nguyen, B. (2025a): E-Commerce Studie Österreich 2025. KMU Forschung Austria im Auftrag des Handelsverbands Österreich.

Ziniel, W./Pröll, S./Walser, J./Moneke, V. (2025b): Nahversorgung – Die Rolle des Lebensmitteleinzelhandels im Kontext der Nahversorgung in Österreich. KMU Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich.

Abkürzungen

AI, KI	Artificial Intelligence, künstliche Intelligenz
AMS	Arbeitsmarktservice
AWS	Austria Wirtschaftsservice GmbH
BGBI	Bundesgesetzblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIZ-UP	Business Upper Austria – OÖ Wirtschaftsagentur
BMASGPK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
BMEIA	Bundesministerium für Europäische und Internationale Angelegenheiten
BMIMI	Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur
BMLUK	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft
BMWET	Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus
CBAM	Carbon Border Adjustment Mechanism, CO ₂ -Grenzausgleichsmechanismus
CDG	Christian Doppler Forschungsgesellschaft
CIS	Community Innovation Survey, Innovationserhebung
COVID-19	Coronavirus-Erkrankung
CSDDD	Directive on Corporate Sustainability Due Diligence, Richtlinie über die unternehmerische Sorgfaltspflicht im Bereich Nachhaltigkeit
CSRD	Corporate Sustainability Reporting Directive, Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen
DEI	Diversity, Equity & Inclusion
DIH	Digital Innovation Hubs
EBS	European Business Statistics
ELER	Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes
EK	Europäische Kommission
EPU	Ein-Personen-Unternehmen
ESG	Environment Social Governance

ESRS	European Sustainability Reporting Standards, europäische Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EUDR	European Union Deforestation Regulation/ EU-Entwaldungsverordnung
F&E	Forschung und Entwicklung
FFG	Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft
FlexKapG/FlexCo	Flexible Kapitalgesellschaft
FTI	Forschung, Technologie und Innovation
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik der EU
GISA	Gewerbeinformationssystem Austria
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ICS	Internationalisierungszentrum Steiermark
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
IMF	International Monetary Fund/Internationaler Währungsfonds
IP	Intellectual Property (geistiges Eigentum)
IT	Informationstechnologie
KLIEN	Klima- und Energiefonds
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KPC	Kommunal Kredit Public Consulting
KSV, KSV1870	Österreichischer Kreditschutzverband (von 1870)
LSE	Leistungs- und Strukturstatistik
MINT	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
NoVA	Normverbrauchsabgabe
NACE	Nomenclature générale des activités économiques dans les communautés européennes (Wirtschaftstätigkeitenklassifikation)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development/ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OeNB	Österreichische Nationalbank
OeHT	Österreichische Hotel- und Tourismusbank GmbH
ÖNACE	Österreichische NACE-Klassifikation der Wirtschaftstätigkeiten

SAFE	Survey on the Access to Finance
SAT	Standortagentur Tirol
SFG	Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft
SMC	Small Mid-Caps
VCÖ	VerkehrsClub Österreich
VSE	Verified Social Enterprises
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WISTO	Wirtschafts-Standort Vorarlberg
WK	Wirtschaftskammer
WKO	Wirtschaftskammerorganisation
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich



